Montag, 20. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 43 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Polen: Ihre schwache Position bei der Arbeiterschaft und Jugend bereitet der polnischen Partei Sorgen. Besonders in diesen Kreisen sei die Popularität der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" ungebrochen, räumte Politbüromitglied Porebski auf einer Sitzung des Zentralkomitees ein.

Protest in der Kirche: Mit Buhrufen und Pfiffen haben rund 2000 Gottesdienstbesucher im Warschauer Vorort Ursus gegen die Versetzung des regimekritischen Priesters Mieczyslaw Nowak in eine entfernte Landgemeinde protestiert. Der Dekan von Warschau, Jan Gory, hatte versucht, die Maßnahme zu rechtfertigen.

Namibia: Der Chef der namibischen Untergrundbewegung Swapo hat Bundesaußenminister Genscher in Paris zugesagt, die Vereinbarungen zwischen Angola und Südafrika über eine militärische Entflechtung in Südangola zu respektieren. (S. 8)

„DDR": Eine neue Kampagne gegen zunehmenden Schlendrian und mangelnde Leistungsbereitschaft in der Wirtschaft kündigte die SED in der Parteizeitschrift „Einheit" an. (S. 8)

Libanon: Die israelische Luftwaffe bombardierte gestern wieder Stellungen palästinensischer Guerrillas östlich von Beirut. Italien und die USA begannen mit dem Abzug ihrer Truppen. (S. 1)

Verhandlungen: Die USA haben neun Monate lang Gespräche mit der PLO geführt, um sie zur Anerkennung des Existenzrechts Israels zu bewegen, meldete die „New York Times". Sie seien nach Israels Einmarsch in Libanon abgebrochen worden.

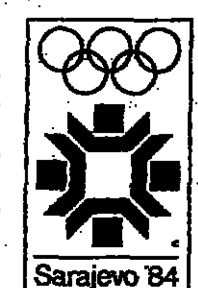
Rotation: Die Grünen im Bundestag wollen am Rotationsprinzip festhalten. Ein Experiment könne erst dann beurteilt werden, wenn es abgeschlossen sei, erklärte der Bundeshauptausschuß.

Botschaft zerstört: Aus Protest gegen den Besuch des jordanischen Königs Hussein in Washington haben offenbar vom Regime aufgestachelte Demonstranten die jordanische Botschaft in Libyen niedergebrannt.

Heute: EG-Ministerratstagung in Brüssel. – „Kleiner Parteitag" der CDU in Bonn mit Lagebericht Kohls. – In Essen beginnt Schlichtung in der Druckindustrie.

Letzte Entscheidungen

- Um 20.16 Uhr erlosch gestern in Sarajevo das olympische Feuer – die XIV. Winterspiele waren zuende.
- Erfolgreichste Mannschaft war die der *„DDR": Sie holte 24 Medaillen.*
- Den 50-km-Skilanglauf gewann der Schwede Wassberg, den Slalom der Herren der Amerikaner Phil Mahre und das Eishokkeyturnier die UdSSR. S. 12



WIRTSCHAFT

Automarkt: Die 1983 eingetretene kräftige Belebung setzt sich fort. Im Januar rollten mit 201 100 Einheiten 12,5 Prozent mehr Neufahrzeuge auf die Straßen als im Vorjahrsmonat.

Getty Oil: Die Übernahme durch Texaco ist abgeschlossen. Nach dem Kauf der 31,8 Millionen Stammaktien des Sarah C. Getty-Trusts besitzt Texaco jetzt 96 Prozent des Aktienkapitals.

Vorrang für Leistung: Die geplante Steuerreform muß sich nach Auffassung von Wirtschafts-Staatssekretär Würzen auf die Stärkung des Leistungswillens konzentrieren. Familienpolitische Aspekte, so wichtig sie seien, dürften nicht ausschlaggebend bei der Ausgestaltung der Steuerentlastung sein. (S. 1 und 9)

Ost-Importe: In einer vorläufigen Entscheidung hat das US-Handelsministerium festgestellt, daß Sonderzölle erhoben werden können, um die einheimische Industrie gegen subventionierte Importe aus Staatshandelsländern zu schützen.

Computer: Deutsche Spitzenmanager tun sich schwer mit der neuen Technologie. Während Computer aus den unteren und mittleren Etagen nicht mehr wegzudenken sind, haben sie sich selbst weitgehend einen elektronikfreien Raum bewahrt. (S. 9)

ZITAT DES TAGES



„Unsererseits ist es notwendig, daß das menschenmögliche an Leistung zugunsten des israelischen Volkes erbracht wird."

Der SPD-Politiker Herbert Wehner, dem am Dienstag die Ehrendoktorwürde der Universität Jerusalem verliehen wird
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Haydn-Messe: Eine unvollendete Messe Joseph Haydns mit dem Titel *„Missa sunt bona mixta malis"*, die 150 Jahre verschollen war, ist in einem Farmhaus in Nordirland entdeckt worden.

Karajan: Eine der höchsten Musik-Auszeichnungen, die „Gold Medal" der Royal Philharmonic Society (London), wird am 25. Februar in Berlin an Herbert von Karajan überreicht.

AUS ALLER WELT

Streikfront verhärtet: Die Protestaktion der französischen Fernfahrer hat sich gestern auf praktisch alle Regionen des Landes ausgeweitet. Verkehrsminister Fiterman hat Verhandlungen angeboten. (S. 16)

Grubenunglück: Keiner der fünf Bergleute, die auf der Gelsenkirchener Zeche „Consolidation" verschüttet wurden, hat offenbar das Unglück überlebt. Bis gestern waren vier Kumpel tot geborgen worden; für den fünften bestand kaum noch Hoffnung.

Wetter: Heiter und überwiegend trocken. Im Norden und Südwesten Bewölkung. Um null Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Warschau gibt Schwäche der Partei zu. „Solidarität" beliebt

ZK bereitet ideologische Offensive vor / Wie steht Tschernenko zu Polen?

DW. Warschau/Bonn

Die kommunistische Partei in Polen wird auf der für den 16. März angekündigten „Delegiertenkonferenz" in Warschau eine ideologische Offensive starten müssen, um aus ihrem desolaten Zustand herauszufinden. Das Politbüromitglied Tadeusz Porebski gestand auf der jüngsten Sitzung des Zentralkomitees am vergangenen Samstag in Warschau ein, daß es der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) trotz beschwörender Appelle der Führung nicht gelungen ist, ihre gravierende Schwäche vor allem bei Arbeitern, Intellektuellen und der Jugend zu überwinden. Der Spitzenfunktionär gab sogar zu, daß die 1982 verbotene unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" gerade in diesen Kreisen weiter beliebt ist.

Eine „verstärkte Schulung" sei notwendig, „um einen entschlossenen Kampf gegen die ständige aggressive Propaganda imperialistischer Kräfte zu führen, die das Bewußtsein einiger Gruppen der Gesellschaft beeinflussen", forderte Porebski.

Die Bilanz, die General Jaruzelski auf der ZK-Sitzung vorgetragen wurde, ist verheerend: Nach dem Austritt von rund einer Million Genossen blieben nach eigenen Angaben der Partei etwas mehr als zwei Millionen Mitglieder übrig. Offiziell spricht man davon, daß die PVAP sich gesundgeschrumpft habe und viele Karrierejäger ihre Mitgliedsbücher zurückgegeben hätten. In Wirklichkeit waren es aber vermutlich vor allem jüngere, kritische und reformbegeisterte Genossen, die auf die Mitgliedschaft verzichteten.

In der Woijewodschaft Liegnitz in Schlesien beispielsweise haben seit 1980 zwei Drittel der Mitglieder die Partei verlassen. Von den heute 26 000 eingeschriebenen Genossen gehören 6000 zum Militär, zur Miliz und zu den „Staatssicherheitsorganen", weitere 6000 sind Rentner, und 2000 Mitglieder stellen die Parteiorgane. 14 000 Mitgliedern dieser Herkunft stehen 12 000 aus den Kreisen der Arbeiterschaft, Bauern und Intelligenz gegenüber. Für eine „Arbeiterpartei" eine mißliche Situation, wie auch in PVAP-Kreisen eingeräumt wird. So wird vielfach selbstkritisch gesagt, daß die PVAP eigentlich nur noch aus ihrer Bürokratie bestehe.

Von den rund sechs Millionen polnischen Jugendlichen unter 30 Jahren sind nach offiziellen Angaben nur 260 000 Parteimitglieder. Das Organ des Zentralkomitees „Zycie Partii" nannte die Gymnasien und Universitäten des Landes „neuralgische Punkte" für das Regime. So hätten in Krakau von 40 000 Studenten nur 400 die Mitgliedschaft in der PVAP erworben.

Auch die neuen, dem Jaruzelski-Regime nahen Gewerkschaften, haben einen schweren Stand. Nach offiziellen Angaben sollen etwa 3,7 Millionen Arbeiter diesen Organisationen beigetreten sein, aber ihre Passivität wird auch in Warschau nicht geleugnet. Ein Beispiel aus der Hauptstadt: Von den 16 000 Beschäftigten der Automobilfabrik FFO haben sich nur 1600 den neuen Gewerkschaften angeschlossen. In den Warschauer Ursus-Traktorenwerken wird der Organisationsgrad mit 20 Prozent, auf der Danziger Lenin-Werft mit 14 Prozent angegeben. Für die gesamte Woijewodschaft Danzig wurde ein Organisationsgrad von 19 Prozent errechnet.

So ist es kein Wunder, daß die „Delegiertenkonferenz" am 16. März sich diesen, für das Regime die inne-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Jaruzelskis Bilanz

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Vor drei Jahren übernahm in Polen General Jaruzelski das Regiment von Moskaus Gnaden; doch so wie damals, so ist auch heute noch seine Herrschaft dem polnischen Volk übergestülpt. Sie entspricht in keiner Weise der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die kommunistische Partei gibt das offen zu, weil alles Leugnen sinnlos wäre.

Seit den Streiks des Sommers 1980 hat die Partei, in die gegenwärtig weniger als zweieinhalb Millionen Menschen eingeschrieben sind, etwa eine Million Mitglieder verloren. Von den jüngsten Parteiwahlen hatte sich die Führung eine kräftige Blutauffrischung aus der Arbeiterschaft und der Jugend versprochen. Doch daraus wurde nichts. Offensichtlich halten die Polen diese Partei noch immer für den desolaten Haufen, als der sie sich im Sturm und Drang der „Solidarnosc" erwiesen hatte. Im Zentralkomitee wurde zugegeben, daß die verbotene und verfolgte „Solidarnosc" auf die Massen, besonders auf die Jugend und die Intellektuellen, ungebrochene Ausstrahlungskraft ausübt.

Nicht anders ist die Lage an der Gewerkschaftsfront. „Solidarnosc" zählte einst weit mehr als zehn Millionen Mitglieder. Die neu aufgelegten Staatsgewerkschaften bringen es vielleicht auf ein Drittel dieser Zahl. Sie sind außerdem zwanzigtausendfach in kleine autonome Betriebsorganisationen zerklüftet, die in solcher Zersplitterung offensichtlich von der Partei noch nicht per Knopfdruck dirigiert werden können. Die offene Rebellion dieser partei- und staatsgetreuen Verbände gegen die horrende Preispolitik des Regimes hat offenbart, in wie drastischem Ausmaß sich diese sogenannten Gewerkschaften einer übermächtigen Konkurrenz der verbotenen „Solidarnosc" ausgesetzt sehen.

Aus allem geht hervor, daß zwar Jaruzelski herrscht und regiert, daß aber die in den Untergrund vertriebene „Solidarnosc" des Friedensnobelpreisträgers Lech Walesa nach wie vor die geistig führende Kraft des polnischen Volkes ist. Nach dem Motto „Die Gedanken sind frei" setzt sie die Maßstäbe, an denen das Regime gemessen wird. Daran könnte eher die katholische Kirche als Jaruzelski mitsamt seiner Partei etwas ändern. Vielleicht erklärt sich das schwer begreifliche Krisenmanagement des Primas Glemp aus der tiefen Sorge, daß der Gegensatz zwischen diktatorischem Regime und freiheitlich gesonnener Gesellschaft der nächsten Explosion zutreiben könnte.

Steuerreform: Streit um Priorität

Entlastung der Familien oder gezielte Förderung des wirtschaftlichen Leistungswillens

DW. Bonn

Zwei Tage vor dem für morgen vorgesehenen Koalitionsgespräch bei Bundeskanzler Kohl über die Steuerreform haben Politiker der Bonner Regierungsparteien unterschiedliche Schwerpunkte genannt. Was soll Vorrang haben – die Entlastung der Familien oder die zielstrebige Förderung des wirtschaftlichen *Leistungswillens*? Hier gehen die Meinungen auseinander.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der an dem Gespräch beim Kanzler teilnehmen will, gab am Wochenende der Finanzierung „lebenswichtiger Projekte" Vorrang vor der reinen Spartätigkeit des Staates. Dieser Grundsatz, so sagte Strauß auf dem Bezirksparteitag der oberfränkischen CSU in Schloß Banz, müsse im besonderen für die Familienpolitik gelten. Er sehe „dem Verfall der biologischen Leistungsgemeinschaft mit wachsender Sorge" entgegen. Es habe keinen Sinn, einem sterbenden Volk gesunde Haushalte zu überlassen, argumentierte Strauß. Um nicht unübersehbare Probleme bei der Rentenfinanzierung heraufzubeschwören, müsse die Familienpolitik noch langfristiger angelegt werden als die Steuerpolitik. Dabei sprach sich der ehemalige Bundesfinanzminister der großen Koalition dafür aus, jungen Ehepaaren „einkommenersetzende Leistungen" in einer Verbindung von Kinder-, Mutterschafts- und Wohngeld zu gewähren".

Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth griff das Thema „Entlastung der kinderreichen Familien" auf. Späth nannte in der WELT am SONNTAG zwei Möglichkeiten: So könnte einmal zu Beginn des Jahres 1986 ein Familienlastenausgleich in Höhe von etwa sechs bis acht Milliarden Mark gezahlt werden. Denkbar wäre aber auch eine Stufenlösung innerhalb des Gesamtpaketes. Späth kündigte an, notfalls im Bundesrat initiativ zu werden.

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, beschrieb die andere Position. Die Reform, so sagte er, müsse sich darauf konzentrieren, den Leistungswillen anzukurbeln. Familienpolitische Aspekte seien wichtig, aber sie dürften doch nicht ausschlaggebend für die Steuerentlastung sein. Denn nur die Reform der Steuertarife entfalte eine breite beschäftigungs- und konjunkturpolitische Wirkung. Wachsamkeit sei geboten, „damit die frei werdenden finanziellen Mittel nicht durch eine Vielzahl von Maßnahmen verzettelt werden", erklärte der Staatssekretär auf der Internationalen Herrenmodewoche in Köln.

Der frühere Bundesfinanzminister Apel bezifferte – aus der Sicht der SPD – das Gesamtvolumen einer Steuerentlastung mit 25 Milliarden Mark. Die SPD strebe dabei eine Konzentration auf Steuererleichterungen für kleine und mittlere Einkommen sowie Kindergelderhöhungen unter Umständen mit Einkommensobergrenzen an, aber sie wolle keine „Riesenlöcher" in den Haushalten, versicherte er im Deutschlandfunk. Es müsse sichergestellt werden, daß die Lohnsteuerzahler nicht ihre eigene Lohnsteuersenkung bezahlten. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnte der SPD-Politiker ab. In einer Presseerklärung forderte Apel von der Bundesregierung auch mit Blick auf Unsicherheiten bei Steuerzahlern und Finanzbehörden, die „Zwangsanleihe" aufzuheben und gegen eine – nicht rückzahlbare – Ergänzungsabgabe zu ersetzen. Die „Zwangsanleihe" sei verfassungswidrig. Der Bundesfinanzhof hatte „trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken" entschieden, daß diese Anleihe bis auf weiteres erhoben werden darf (WELT v. 18./19. 2.).

Assad stellt Beirut neue Forderungen

DW. Tel Aviv/Beirut

Die israelische Luftwaffe hat gestern wieder in die Kämpfe in Libanon eingegriffen. Nach Angaben eines Armeesprechers in Tel Aviv wurden „terroristische Ziele" östlich und südlich von Beirut bombardiert. Die Orte Bamdoun, Hamaneh und Damour liegen im Herrschaftsbereich der syrischen Armee beziehungsweise der mit ihr verbündeten schiitischen und drusischen Milizen.

Syrien hat am Wochenende offiziell den *Acht-Punkte-Plan Saudi-Arabiens* zur Befriedung Libanons abgelehnt und statt dessen eigene Vorschläge unterbreitet. Der Plan Riads sah unter anderem die Aufkündigung des Truppenabzugsabkommens zwischen Beirut und Jerusalem vor.

Saudi-Arabiens Außenminister Prinz Feisal hat nach seiner Rückkehr aus Damaskus, wo er mit Syriens Präsident Assad verhandelt hatte, mitgeteilt, daß die syrische Regierung „eine Reihe von Alternativvorschlägen angeboten hat", die Riad „jetzt der libanesischen Regierung zuleiten wird". Präsident Assad habe klargemacht, daß Damaskus keiner Vereinbarung zustimmen wird, die Israel irgendeine Mitwirkung bei der Sicherung seiner Nordgrenze von libanesischem Gebiet aus erlauben würde.

Die ersten 400 italienischen Soldaten der *multinationalen Friedensstreitmacht* haben gestern das Land verlassen. In den nächsten Tagen soll ihnen der Rest des italienischen Kontingents bis auf 100 Mann folgen. In Beirut gingen auch am Wochenende die Kämpfe weiter.

Chancen für Kompromiß über Falkland

wth. London

Die argentinische Regierung hat auf die britischen Vorschläge zu einer Normalisierung der Beziehung zwischen beiden Staaten am Wochenende mit Gegenvorschlägen geantwortet. Obgleich beide Seiten über den Inhalt dieser Vorschläge Schweigen bewahren, ist inoffiziell zu erfahren, daß die Antwort des argentinischen Präsidenten Alfonsin in London ein günstiges Echo gefunden hat.

Alfonsin hat offenbar wichtige Konzessionen gemacht und besteht nicht mehr darauf, daß die Frage der Souveränität über die Falkland-Inseln bei der *Aufnahme von Gesprächen* mit London absolute Priorität haben soll. Er soll vielmehr bereit sein, mit einer offenen Tagesordnung in die Gespräche zu gehen, ohne freilich dieses Thema fallenlassen zu wollen.

Die britische Regierung ist zunächst an einer schrittweisen Normalisierung der Beziehungen mit Buenos Aires interessiert. Dagegen ist für Frau Thatcher die Frage der Souveränität über die Falklands nach wie vor tabu. Dennoch ist anzunehmen, daß sie auf die argentinischen Offerten positiv reagieren wird, zumal sie in dieser Frage unter starkem Druck der Oppositionsparteien steht.

Frau Thatcher ist der Meinung, daß bei einer Diskussion über die Souveränität der Inseln die Wünsche der Falkland-Einwohner ausschlaggebend sein sollten. Eine Umfrage der britischen *Fernsehgesellschaft ITV* zeigt, daß sie dabei von 46 Prozent der britischen Bevölkerung unterstützt wird.

Diepgen: Berlin wird Impulse geben

Leitlinien für Regierungserklärung des Bürgermeisters / „Geistiger Rang entscheidend"

H. R. KARUTZ, Berlin

„Festigung und Ausbau" der Bindungen Berlins an den Bund sowie die „friedenssichernde Partnerschaft" mit den Schutzmächten will der neue Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen am kommenden Donnerstag in seiner Regierungserklärung besonders hervorheben. Dies geht aus dem Entwurf der Leitlinien hervor, die am Wochenende ihre Endfassung erhielten. Diepgen will die künftige Senatsarbeit in 15 Punkten darstellen.

In dem Entwurf der Richtlinien für *die CDU/FDP-Politik bis zu den Neuwahlen* am 10. März 1985 heißt es bisher einleitend: „Der Senat sieht in der Festigung und dem Ausbau der Bindungen an den Bund sowie der friedenssichernden Partnerschaft mit den alliierten Schutzmächten die unveränderte Voraussetzung für die Existenz des freien Berlins. Der Senat wird seinen Beitrag zur Berlin- und Deutschlandpolitik leisten. Von Berlin sollen Impulse ausgehen, die der Entspannung dienen und sich am Willen zu Frieden und Freiheit der Menschen orientieren. Die mitmenschlichen Kontakte und der Austausch von Meinungen und Informationen sollen verstärkt werden."

Der mit dem FDP-Partner abgestimmte Entwurf enthält zum Teil wortgleiche Formulierungen mit Passagen der Regierungserklärung von Weizsäckers am 2. Juli 1981. Der designierte Bundespräsident hatte damals im Kernpunkt seiner zehn *zustimmungspflichtigen Leitlinien* außerdem erklärt: „Berlin ist Ausdruck des friedlichen Willens der Deutschen zur *Einheit*."

Diepgens stadtpolitische Akzente werden in der Beschreibung der Beschäftigungspolitik als „zentraler Aufgabe" erkennbar. Berlin lag 1983 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 10,5 (83 000) über dem Bundeswert von 9,2. Besondere Sorge bereitet dem Senat die Jugendarbeitslosigkeit. Die Landesregierung unter neuer Führung will vor allem die „Wirtschaftskraft kleiner und mittlerer Unternehmen" verbessern. Die noch von Weizsäcker und Wirtschaftssenator Elmar Pieroth vorbereitete zweite Berlin-Konferenz von Bundeskanzler Helmut Kohl findet nun am 20. Juni im Reichstagsgebäude statt.

Nach Auffassung des Senats bleibt der „geistige Rang" Berlins von „entscheidender Bedeutung für die Zukunft". Außerdem müsse am „Ausbau der Stellung Berlins als Kulturmetropole" festgehalten werden. Einen besonderen Absatz wird Diepgen der 750-Jahr-Feier Berlins 1987 widmen. Der Kanzler hatte Diepgen kürzlich angesichts der enormen Anstrengungen Ost-Berlins eine ausdrückliche weitere Hilfestellung Bonns zugesagt.

Brandt wirbt um die grünen Wähler

DW. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wird zielstrebig um Wähler aus dem Potential der Grünen werben. In einem Interview der „Neuen Presse" (Hannover) forderte Brandt seine Partei zwar auf, den Versuch zu unternehmen, „Arbeitnehmerstimmen von der CDU zurückzugewinnen", fügte aber hinzu, der „größte Brokken" sei bei den Wählern der Grünen zu holen. Denn es könne davon ausgegangen werden, „daß die Grünen als Partei keine große Chance haben zu überleben".

Wenn bisherige Wähler dieser Partei den Weg zurück zur SPD fänden, „dann liegt das genau auf der Linie, die wir für richtig halten". Brandt warnte deshalb davor, die Grünen als „parlamentarische Partner von vornherein auszuschalten". Er wolle und könne ganz bewußt nicht ausschließen, „daß es in den nächsten Jahren in dem einen oder anderen Parlament mal eine Koalitionsmöglichkeit" mit den Grünen gebe. Die Vereinbarung zwischen den hessischen Grünen und der SPD unter Holger Börner nannte der SPD-Vorsitzende „zweifellos interessant, um herauszufinden, was bei den Grünen an Möglichkeiten drinsteckt".

Der aus der Fraktion der Grünen ausgeschiedene Bundestagsabgeordnete General a. D. Gert Bastian hat einen Eintritt in die SPD nicht ausgeschlossen. Ein mögliches Überwechseln zur SPD knüpfte Bastian allerdings an die Voraussetzung, daß der unter den Sozialdemokraten begonnene Prozeß der Veränderung in der Sicherheitspolitik weiter fortschreite. Der Abgeordnete, der zunächst in der Partei der Grünen bleiben will, sprach sich für die politische Richtung des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine aus. Lafontaine zählt zu den Wortführern der Nachrüstungsgegner innerhalb der Sozialdemokratie. Er hatte auch die Frage eines Ausscheidens der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO in die Diskussion gebracht.

Der Bundeshauptausschuß der Grünen hat den Abgeordneten Bastian zur Rückgabe seines Mandates aufgefordert. Eine Kooperation mit ihm sei nicht mehr möglich, weil Bastian diese von sich aus beendet habe. Eine Zusammenarbeit in der „Friedensbewegung" sei mit Bastian jedoch „wie mit jedem anderen Menschen möglich und notwendig".

Seite 2: Der erste klopft an

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Frauschaftsgeist

Von Eberhard Nitschke

Die Bundesregierung, deren Chef auf gute Laune besonderen Wert legt, hat ein im Auftrag ihrer Vorgängerin erstelltes Papier passieren lassen, obwohl sie seinen „pessimistischen Grundton" rügt. Hundert Seiten zum Thema „Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland" wurden mit 34 Seiten regierungsamtlicher Stellungnahme versehen, um dem „no-future"-Tenor der Abhandlung, die immerhin der „6. Jugendbericht" gemäß Paragraph 25 des Jugendwohlfahrtgesetzes ist, eine Stimme der Zuversicht beizuordnen.

Bundesfamilienminister Heiner Geißler hat mit Recht auf die positiven Entwicklungen der letzten Jahrzehnte hingewiesen und angemerkt, daß noch bestehende Ungerechtigkeiten erkannt sind und daß man an ihrem Abbau arbeitet. Er hat sich obendrein bei den Autoren für ihre Arbeit bedankt.

Soweit die äußeren Formen. Wie's drinnen aussieht, will gelesen sein. Geißlers Rüge der allgemeinen Grämlichkeit könnte mit der Frage anfangen, ob die Benachteiligung der Mädchen, von der es wundersam erscheint, daß sie angeblich „geringes Aufsehen erregt", wirklich schon mit der Geburt beginnt. „Wieviel hat er denn bei der Geburt gewogen?", heißt es angeblich in der Alltagssprache, auch wenn man ein Mädchen meint – in Wahrheit wird es wohl nicht viele Alltagssprecher geben, denen so ein Blödsinn unterläuft. Und ist die Erkundigung „wieviel Mann passen in das Boot?" wirklich *schon die in diesem Jugendbericht über viele Seiten beklagte* allgemeine Diffamierung? Wird in historischen Darstellungen, von Hatschepsut bis Indira Gandhi, tatsächlich „der Beitrag von Frauen nicht zur Kenntnis genommen"?

Mit solchen Feinheiten hat sich der Familienminister nicht abgegeben. Für ihn ist interessant, daß „der Eindruck vermieden wird, daß Berufstätigkeit als notwendige Voraussetzung von Emanzipation gesehen und Familientätigkeit demgemäß abgewertet wird", und ähnliches.

Die letzte Bundesregierung hat einen „Jugendbericht" nicht abgenommen, weil er ihr nicht in den Kram paßte. Geißlers Entscheidung, anders vorzugehen, verdient Respekt, aber auch Erklärung.

SPD und Pluralismus

Von Enno v. Loewenstern

Dem Fortschritt gehorchend, nicht dem eig'nen Triebe, hat die SPD nun der Einführung des Privatfernsehens zugestimmt. Aber unter Bedingungen. SPD-Geschäftsführer Glotz hält die „innere Pluralität" und deren Überwachung für unerläßlich, da es – wie er behauptet – „äußere Pluralität" (Vielfalt von Veranstaltern) auf absehbare Zeit nicht geben werde: „Wenn diese innere Pluralität nicht gewahrt wird, ist der Weg nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht unerläßlich."

Zugleich sucht er der äußeren Pluralität vorzubauen, indem er gegen die Verkabelung polemisiert und alles über Satelliten gemacht sehen will. So überrascht die dritte conditio sine qua non niemanden: Der öffentlich-rechtliche Funk soll eine „Bestandsgarantie" erhalten.

Hoffentlich geht die SPD recht bald nach Karlsruhe. Dann würde nämlich der letzte Qualm von der Medienszene geblasen. Die SPD würde erfahren, daß die Verfassung einem freien Fernsehen soviel innere Pluralität (und entsprechende Zensur) vorschreibt wie der freien Presse, nämlich gar keine. Niemand verlangt etwa dem „Vorwärts" Leitartikel zum Lobe von Strauß ab.

Die innere Pluralität, auch Ausgewogenheit genannt, kann nur gefordert werden, wo technischer Mangel an äußerer Pluralität herrscht. Das war bisher beim Fernsehen der Fall. Und wenn die SPD für künstlichen Mangel an Sendekanälen sorgen möchte, indem sie über ihre Amtsträger allenthalben die Verkabelung zu blockieren sucht, dann kann ihr das Bundesverfassungsgericht dazu einiges ins Stammbuch schreiben. Auch dazu, daß selbstverständlich nicht nur Werbung, sondern auch Direktbezahlung („Pay-TV") zur Finanzierung der äußeren Pluralität dienen kann.

Wer noch nicht weiß, warum die SPD gegen das freie Fernsehen kämpfte und kaum verdeckt weiter dagegen kämpft, der erfährt es aus der Forderung nach Bestandsgarantie für die bisherigen Monopolanstalten. Die sind und bleiben fest in gänzlich unpluralistischen Händen. Für welche Partei diese Hände arbeiten, weiß nicht nur Glotz. Karlsruhe wird ihm da garantiert – bestandsgarantiert – einige Illusionen nehmen, falls er wirklich dort anfragen sollte.

Aussteiger nach oben

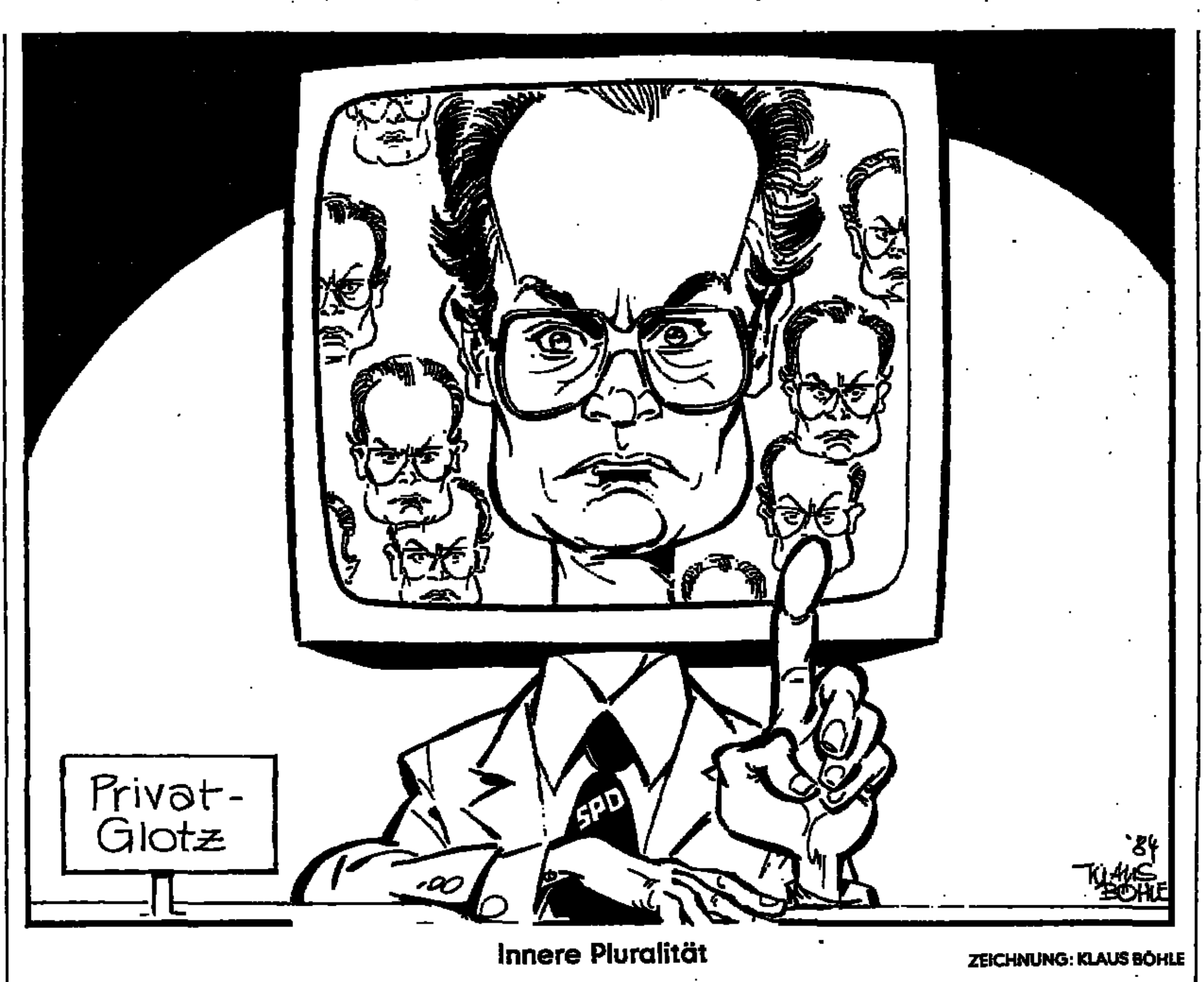
Von Joachim Neander

Wie man Hochbegabte schon im Schulalter gemäß ihren Fähigkeiten fördern soll – das ist in der Bundesrepublik leider noch unbekanntes Terrain. Eliten sind verdächtig. Spitzenbegabungen auch noch zu fördern, sei eine Perversion, fanden führende SPD-Bildungspolitiker noch vor kurzem. So ist es kein Zufall, daß die ersten Versuche auf diesem Gelände von privater Seite gemacht werden (siehe Seite 3).

Umso energischer muß man diese Versuche gegen den (möglichen) Einwand in Schutz nehmen, da sei noch nicht alles perfekt und schlüssig. Natürlich wäre es denkbar, die Schulzeit für Hochbegabte insgesamt zu verkürzen, anstatt ihnen mit Hilfe einer Basis-, Vertiefungs- und Projektphase unter großem Aufwand eine Art künstliches Lernparadies zu errichten, aus dem sie dann in Richtung Massenuniversität und Berufsalltag sowieso mit Sicherheit wieder vertrieben werden. Verständlich wäre auch eine gewisse Skepsis gegenüber jungen Menschen, die es ablehnen, als Preis für die ihnen zugewandte Förderung schon im Voraus ihre Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit anzuerkennen.

Aber man muß das im Zusammenhang sehen. Diese jungen Leute sind das Produkt einer stark auf Gleichheit und Nivellierung ausgerichteten Bildungspolitik. Sie haben gemerkt, daß sie sich mehr zutrauen können. Sie wollen sich erproben, etwas leisten. Aber sie wehren sich dagegen, nun schon wieder in die Gesellschaft hineinverplant zu werden, als amtlich genehmigtes Elitepotential im Dienst der Bundesrepublik. Insofern sind sie sicher eine Art Aussteiger nach oben.

Krasse Egoisten, wie mancher befürchten mag, wachsen da beileibe nicht heran. Prägende Kraft sind hier offenbar vor allem Freundschaften zwischen hochbegabten, selbstbewußten, aber höchst wachen und sensiblen Jugendlichen. Daß solche oft auf Lebenszeit geschlossenen Freundschaften auf hohem geistigen Niveau für die Bildung wirklicher Eliten wichtiger sind als staatliche Institutionen, beweist die Geschichte.



Innere Pluralität

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der erste klopft an

Von Herbert Kremp

Gert Bastian, der grüne General, schließt den Übertritt zur Sozialdemokratischen Partei nicht aus. Die Entschlossenheit zum Sprung traut man einem Mann, der Lagen auf Befehle (auch an sich selbst) zu reduzieren lernte, durchaus zu. Er würde damit die Zentrifugalkräfte in der Fraktion und in der Klientel der Grünen mobilisieren. Dabei würde zunächst der Fraktionsstatus und mit ihm die Finanzierbarkeit eines Teils der politischen Arbeit verlorengehen. Schlimmer wäre aber noch das Anschwellen der Depressionen, die den inneren Status der Partei bestimmen. So könnte aus der Bewegung eine Fluchtbewegung werden. Flucht warum und wohin?

Die Antwort hängt von der Definition der grünen Bewegung ab, die unter dem Instituts- und Organisationszwang der staatlichen Wirklichkeit in den Gerinnungszustand einer Partei überging und in der Folge sogar die Normalität einer Parlamentspartei in Land und Bund annahm. Diese Wandlung brachte für eine Bewegung von der Art der Grünen ein unbekanntes Leiden mit bösartigen Nebenerscheinungen. Sie geriet nämlich in *genau diejenige Verfassung, die sie* von ihrem gefühlsmäßigen politischen Ansatz her bekämpfen wollte und bekämpfte: Die Anti-Etablierten mußten sich etablieren wie die Etablierten. Diese Persönlichkeitsumwandlung, verursacht durch den Fluch des Wahlerfolges, führte zwangsläufig in die Krise. Nach Erscheinungsbild und Verlaufsform haben wir es dabei mit Schizophrenie zu tun.

Die Grünen empfinden den Zustand, Partei zu sein und Bewegung sein zu wollen, als eine Qual, aus der man sich durch schmerzlindernde Mittel wie Rotationsprinzip, kollektiven Arbeitsstil, imperatives Mandat und vor allem durch unendliche Diskussion zu retten sucht. Sie leben ständig in der Vermutung, ihre Seele zu verlieren, die gerne schweifen würde, um sich einmal da, einmal dort freibleibend niederzulassen. Dieses Verhalten ist kennzeichnend für die geistige Voraussetzungslosigkeit in Teilen der jüngeren Generation, für nicht unbegründete Zukunftsfurcht, für leicht einredbare Technologieangst, für propagandistisch verbreitete Kriegshysterie und für die Heim-, Herd- und Erdsehnsucht auch in Teilen der älteren Generation, die es nach der Materialschlacht ihres Wohlstands zu Ernst Wiecherts „Einfachem Leben" drängt, weil man dort endlich seine Gartenruhe haben könnte.

Dieser Geist, nicht untypisch für die aktuelle deutsche Seelenlage, bewegt sich und kann bewegt werden. Politische Organisatoren der harten Linken und, man sollte das nicht übersehen, auch der harten Rechten erblicken in diesem nun seit Jahren kreisenden Geist eine für ihre nüchternen Zwecke formbare, ja verführbare Materie. Kommunisten und National-Neutralisten bieten ideologischen Überbau an, nicht ganz ohne Erfolg, wie man *auf dem Höhepunkt der Friedens*bewegung, die eine Spirale in dem kosmischen Nebel darstellte, wahrnehmen konnte. Die Eingriffe seitens der alten Ideologien führen in der grünen Bewegung, die sich ahnungsvoll als „neu" und „anders" empfindet, zu Spaltung und Konflikt. Es ist also nicht nur die gefühlsfremde Parteiorganisation, die zur Fluchtbewegung anregt, sondern ebenso die Frage des Parteiziels.

Die sogenannten etablierten Parteien beobachten die innere Zerspaltung der Grünen mit großer Befriedigung oder mit der gespielten Anteilnahme desjenigen, der gerne Schmetterlinge fängt. An dieser Stelle ist wieder Altmeister Willy Brandt zu bewundern, der mit seinem ausschließlichen Sinn für alles Kommende und Gehende die grüne Bewegung rechtzeitig in die Perspektive der „neuen gesellschaftlichen Mehrheit" eingeordnet hat, die seiner koalitionsgeschiedenen Partei zu neuem Machtstand verhelfen soll. Er würde den Übertritt des anführenden Generals wie den Einflug des berühmten Nachtpfauenauges ins Sammlernetz begrüßen. Ein Anfang wäre gemacht, und Oskar Lafontaine müßte ja nicht gleich zum Schatten-Verteidigungsminister gekürt werden, wie der General es am liebsten sähe.



Späterer Übertritt zur SPD nicht ausgeschlossen: Bastian (mit Ex-Fraktionskollegin Kelly)

FOTO: SVEN SIMON

Angesichts des komplizierten Aggregatzustands der Grünen spricht schon sehr viel dafür, daß die Bewegung und ihre Repräsentanten truppweise denselben Fluchtweg einschlagen werden, den die Außerparlamentarische Opposition von 1968 an wählte, als Willy Brandt schon einmal Tür und Tor öffnete. Die Sozialdemokratische Partei erlebte dadurch ihren ersten Veränderungsschub, kam sich dabei aber zunächst recht erfolgreich vor und vor allem ungemein modern. Heute lebt sie in einer Opposition, aus der es ohne Wanderungszuwachs für lange Frist kein Entrinnen mehr gibt, es sei denn, es erwüchse ihr in irgendeiner Krise die Chance einer neuen Großen Koalition. Im Augenblick ist diese Idee aber Geist nur im Sinne von Gespenst und Gespinst, die Politik der Integration hingegen Wirklichkeit.

Der zweite Veränderungsschub ist bei der SPD längst im Gange, das konkrete Ergebnis bleibt verhüllt. Darauf bezieht sich die Bemerkung des Vorsitzenden Brandt, die Partei befinde sich „psychologisch wohl noch im Schatten". Qual der Ungewißheit und unvorhersehbar lange Diskussionen also auch dort. Aber die grüne Versuchung wird bei der angekündigten *Neudefinition der künftigen politischen Inhalte* stärker sein als die Vorbehalte aus den gelichteten Reihen der traditionellen Arbeitnehmerpartei. Die Suche nach der Mehrheit schreitet oft mit Wahllosigkeit einher.

IM GESPRÄCH Jürgen Julier

Berlins Schlösser-Chef

Von Peter Hans Göpfert

Schon als Student hat sich Jürgen Julier gern gegen behördliche Verhärtungen gestemmt, etwa beim Kampf um die Erhaltung wichtiger historischer Bausubstanz in Heidelberg. Als er später das Inventar der hochmittelalterlichen Reliefs an San Marco in Venedig erstellte, wurde die Arbeit zur Grundlage der dortigen Restaurierungsarbeiten. Noch heute fragen die Arbeiter nach dem Dottore, der in Windeseile gelernt hatte, venezianischen Dialekt zu sprechen.

In Mainz geboren, wuchs Julier in Neustadt an der Weinstraße auf – im Weinberg sozusagen. Julier, erst 41 Jahre alt, hat Kunstgeschichte, Germanistik und Romanistik studiert. Er promovierte in Heidelberg mit „Studien zur spätgotischen Baukunst am Oberrhein". Nebenbei hat er sich am Ort auch für junge Künstler eingesetzt. Seit 1976 ist er im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. Mit Sitz in Bamberg ist er zuständig für das westliche Unterfranken mit Würzburg und Aschaffenburg. Zwanzigtausend Denkmäler fallen in sein Ressort.

Anfang Juli, wenn möglich schon im April, tritt Julier sein neues Amt an: Er wird Chef der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Berlin. Dazu gehören neben Park und Schloß Charlottenburg (plus Belvedere, Mausoleum und Schinkel-Pavillon), das zugleich eine historische Kompensationsrolle für das 1950 von den Machthabern in Ost-Berlin abgerissene Stadtschloß erfüllt, das Jagdschloß Grunewald, Schloß und Park Glienicke sowie das Schloß- und Gartenensemble der Pfaueninsel.

Für Berlins Kultussenator Volker Hassemer war bei seiner Entscheidung zuallererst Juliers Qualifikation im Bereich der Denkmalspflege ausschlaggebend. Etliche Kunsthistoriker und Museumsleute waren bei einer Anhörung ebenfalls von Juliers Eignung so überzeugt, daß man schließlich dieser Lösung den Vorzug vor einer Haus-Berufung gab und von einer Kompetenzverschiebung in der derzeitigen Schlösser-Hierarchie absah. Hassemer rechnet jetzt freilich



Venezianisch kann er auch: Julier
FOTO: WALTER BECHER

auch mit Juliers freundlichem Naturell, das durch konkurrierende Bewerbungen etwas aufgerauhte Klima in der Schlösser-Leitung wieder kollegial zu glätten.

Julier ist, wie sein vehementer Vorgänger Martin Sperlich, „eher skeptisch" gegenüber staatlichen Neigungen, historische Räume mit Repräsentations-Anlässen zu „beleben". Zwar trennt er deutlich die Kompetenzen von Restauratoren und zeitgenössischen Künstlern bei der Denkmalpflege. Aber auch er begrüßt die Mitwirkung von Künstlern für Partien historischer Gebäude, deren originaler Zustand sich nicht einwandfrei rekonstruieren läßt. Die Deckengemälde von Hann Trier und Peter Schubert in Charlottenburg sind Beispiele solcher Synthese. Allerdings wären Korrekturen denkbar. Mit der Anbringung „moderner" Attika-Figuren, die die Wirkung des Schlosses aus verschiedenen Blickwinkeln stören, ist man eher über das Ziel hinausgeschossen.

Seine ersten Inspektionen im neuen Amtsterrain nahm Julier inkognito vor. Dabei wurde er im Charlottenburger Park von zwei Hunden umgerannt. Es berührte ihn nur äußerlich. Schon heute beschreibt der füllige Pfälzer sein Verhältnis zu den Berliner Schlössern als „äußerst herzlich".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kommentiert Diepgens Pläne:

Der amtsfrische Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hat bereits einige erfreuliche stadtpolitische Akzente gesetzt ... In dieser Woche wird Diepgen in einer Regierungserklärung sein Programm näher umreißen, was vor allem für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gilt. Man wird dabei sehen, wie hoch Diepgen oberhalb der kommunalen Basis die Meßlatte anlegt und ob er einen Anspruch auf geistig-politische Führung anmeldet. Berlin lebt nicht vom Brot allein. Es erhält sich nicht von erhebenden Etiketten wie Kulturmetropole und Dienstleistungszentrum. Es braucht nationale Dimension. *Es muß als der geschichtsmächtige Ort kennbar werden*, von dem aus die deutsche Frage immer neu gestellt wird.

BUSINESS WEEK

Zur Beisetzung Andropows heißt es in der neuesten Ausgabe des amerikanischen Wirtschaftsmagazins:

Die Beisetzung Jurij Andropows diese Woche in Moskau war eines der *bedrückendsten Ereignisse* des Jahrzehnts, jedoch nicht aus den bei solchen Gelegenheiten gewohnten Gründen. Zutiefst deprimierend war der Anblick von Staatsmännern aus aller Welt, die sich anstellten, um den toten Führer zu rühmen, dessen Regime noch vor sechs Monaten den Abschuß eines koreanischen Verkehrsflugzeuges durch die sowjetische Luftwaffe rühmte, bei dem 187 unschuldige Zivilisten ums Leben kamen.

LA STAMPA

Die Turiner Zeitung stellt heraus, daß nur ein nicht-christdemokratischer Regierungschef in Rom das neue Konkordat zwischen Italien und dem Vatikan nach jahrelangen Verhandlungen unter Dach und Fach bringen konnte:

Ein Christdemokrat hätte mit größeren Schwierigkeiten rechnen müssen, da er sich dem Verdacht ausgesetzt hätte, gegenüber dem Heiligen Stuhl zu nachsichtig zu sein. Craxi, der diese Probleme nicht hat – oder sich zumindest darum nicht kümmert –, ist mit unerwarteter Leichtigkeit ans Ziel gelangt.

SUNDAY TELEGRAPH

Zur Situation in Libanon heißt es hier:

Die verächtliche Ablehnung des letzten „Friedensplans" von Präsident Gemayel durch Syrien und Israel hat mehr als das Überleben dieser unglücklichen maronitisch-christlichen Galionsfigur bedroht. Sie bedroht auch Libanons Existenz als integrierten Staat. Die Israelis werden jetzt entschlossener denn je sein, in ihrer südlichen militärischen Enklave sitzen zu bleiben. Die syrische Armee wird weiter den Nordosten okkupieren. Zentral-Libanon wird noch mehr in Lehnsgüter der Schia- und Drusen-Führer zerhackt werden.

GAST-KOMMENTAR / Was noch für die Jugend getan werden kann

Beispielsweise: Lehrlingswerkstätten könnten Konkurse überleben / Von Helmut Buddenberg

Es gibt zwei Themenbereiche, die noch stärker im Mittelpunkt der Bemühungen von Wirtschaft und Politik stehen sollten, als dies heute der Fall ist:

– die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit

– die Ausbildung der Jugendlichen in den Schulen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Die Beseitigung der Jugendar beitslosigkeit ist ein wirtschaftspolitisches Problem, das mit höchster Priorität angegangen werden muß. Von niemandem wird bestritten, daß der mit Arbeitslosigkeit beginnende Eintritt des Jugendlichen in das Erwachsenenleben gleichermaßen eine große Bürde für ihn selbst wie für den Erhalt der gesellschaftlichen Ordnung ist. Eine Gesellschaft, die nur unvollständig in der Lage ist, die nachwachsende Generation in die Aufgaben zu integrieren, die für ihren Selbsterhalt auf Dauer erfüllt werden müssen, würde ihre eigene Lebensgrundlage gefährden.

Es ist sicher richtig, daß aus dieser Erkenntnis erhebliche Anstrengungen von Unternehmen, Verbänden und Politikern gemacht worden sind, die Jugendarbeitslo sigkeit abzubauen. Aber wir alle (Politik, Medien, Wirtschaft, Gewerkschaften und viele andere gesellschaftliche Gruppen) müssen uns noch mehr einfallen lassen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Jeder ausbildungsplatz- oder arbeitsplatzsuchende Jugendliche ist einer zu viel.

Es fehlt häufig an Phantasie oder an Hartnäckigkeit, oft an beidem, um in konkreten Fällen zu Lösungen zu kommen. Auch reagiert die staatliche Bürokratie nicht immer flexibel genug auf unkonventionelle Ansätze der Wirtschaft.

Auf der anderen Seite zeigen sich die Unternehmen oft unbeweglich, wenn sie Ausbildungsverträge nicht im vollen Ausmaß der verfügbaren Ausbildungsplätze abschließen, da nicht uneingeschränkt Garantien für die spätere Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis gegeben werden können. Diese Einstellung ist aus zwei Gründen problematisch. Erstens wird durch die Ausbildung Zeit gewonnen, in der der Jugendliche einer sinnvollen Tätigkeit nachgeht. Wer weiß mit Bestimmtheit vorherzusagen, wie die Arbeitsmarktsituation in zwei bis drei Jahren aussieht? Zweitens erhöht eine berufliche Ausbildung die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden.

Bei Teilstillegungen von Anlagen oder Fabriken sollten die dazugehörenden Lehrlingswerkstätten als Ausbildungsplätze erhalten bleiben. Hier besteht die Möglichkeit, unter Einschluß mittelständischer Unternehmen im Wege eines Selbsthilfemodells die Ausbildungsstätten weiter zu betreiben. Die Nürnberger Bundesanstalt könnte in flexibler Anwendung der Sozialgesetzgebung sich an den Kosten für die Ausbilder beteiligen.

Von Mitarbeitern meines Unternehmens wurde die „Patenschaft Jugendausbildung" gegründet. Mitarbeiter, aber auch Angehörige befreundeter Unternehmen oder Institutionen haben durch Einzelbeiträge die Finanzierung für einige Ausbildungsplätze sichergestellt. Wenn dieses Beispiel Schule machte, würde ein Beitrag zur Überwindung der Jugendarbeits losigkeit geleistet. Konkrete Taten helfen mehr als gute Absichten.

Es ist offensichtlich, daß im Gelingen dieser Aufgabe auch eine Bewährung für unsere Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft liegt. Diese Ordnung hilft, weltwirtschaftlich ausgelöste Struktureinbrüche besser zu bewältigen, als dies anderen Gesellschafts ordnungen möglich ist. Hiermit sind die ideologischen Vorurteile angesprochen, von denen die Ausbildung unserer Jugendlichen an den Schulen gelegentlich bestimmt wird.

Die Behandlung des Themas „Wirtschaft" in der Schule hat hohe gesellschaftspolitische Bedeutung, wenn wir unsere freiheitlich-soziale Ordnung auf Dauer erhalten wollen. Die Bereiche Schule und Wirtschaft dürfen sich nicht wie zwei fremde Welten gegenüberstehen. Unseren Jugendlichen wird es in der Schule häufig nicht leichter, sondern eher schwerer gemacht, in unserer hochtechnisierten Industriegesellschaft einen eigenen Standort zu finden. Die gesellschaftlichen Gruppen, die Wirtschaft eingeschlossen, können hier einen wertvollen Informationsbeitrag leisten.

Einladungen der Unternehmen an die Schulen, um Schüler und Lehrer in fachlich gut vorbereiteten Seminaren in die Welt der Wirtschaft einzuführen, helfen nach unseren Erfahrungen, das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu verbessern.

Staat, Wirtschaft und Bildungssektor sollten in einem Pakt der Vernunft, jeder auf seine Weise, dazu beitragen, unseren Jugendlichen die Wertvorstellungen, aber auch die Erfordernisse unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nahezubringen. Wenn es mit der Jugend in Ordnung ist, ist auch unsere Gesellschaft, ist unser Staat in Ordnung.

Dr. Helmut Buddenberg ist seit 1976 Vorstandsvorsitzer der Deutschen BP

Aus Lust am Lernen der Leistung eine Chance

An der Christophorus-Schule in Braunschweig gibt es das bisher einzige Internat für Hochbegabte in der Bundesrepublik. In diesen Tagen werden dort zum erstenmal *Abiturarbeiten* geschrieben. Freude an der Leistung ist spürbar, doch *Probleme gibt* es auch mit Elite-Schülern.

Von JOACHIM NEANDER

Wer mit Peter und Jörg redet, sollte das ganze Gejammer über Schulstreß und Zeugnisangst erst einmal vergessen. Peter und Jörg, beide 17, zwölftes Schuljahr, haben pro Woche 43 Stunden Unterricht: Deutsch, Englisch, Latein, Geschichte, Mathematik, Physik und Chemie auf Leistungskursniveau; Sozialkunde, Französisch, Sport, Religion und Musik beziehungsweise Kunst auf Grundkursniveau und dazu – freiwillig, weil es doch so schön ist – vier Stunden wöchentlich Griechisch.

Hätte der Tag 28 Stunden, wer weiß, die beiden würden auch noch Russisch lernen und einen Kurs in Astronomie belegen. „Das Schöne hier ist", sagt Peter, „daß man nicht wie zu Hause schon so früh so viele Fächer abwählen muß." „Muß", sagt er. Und fast entschuldigend fügt er hinzu: „Aber es ist nicht etwa so, daß wir hier nur sitzen und lernen."

Spitzenbegabte in einem Land, in dem es modern ist, über die „Überforderung" durch drei Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe zu stöhnen. Streber? Außenseiter? Wundertiere, Genies, Elite von morgen? Als das Christliche Jugenddorfwerk 1981 in Braunschewig damit begann, einem seiner sieben privaten Gymnasien von Klasse 11 bis 13 jeweils eine Spitzenbegabten-Klasse anzugliedern, da hätte man eher vage Vorstellungen. Vorbilder gab es – wenn überhaupt, dann kaum übertragbar – allenfalls in England und den USA. Neuere psychiatrische Untersuchungen hatten gerade gezeigt, daß Spitzenbegabte (geschätzt etwa 0,5 bis 1 Prozent eines Jahrgangs) ein viel größeres Problem darstellen als vermutet: Verhaltensstörungen, Psychosen, ja sogar Kriminalität als Folge ständiger Unterforderung sind nicht selten.

Hier wird keine Elite gezüchtet, sondern geholfen

Burghard Eichholz, der junge Leiter der Braunschweiger Schule, legt aus dieser Sicht sehr großen Wert darauf, daß hier nicht etwa eine neue Elite gezüchtet, sondern zuallererst einmal geholfen werden soll – jungen Menschen, deren Gaben sonst brach lägen oder gar ganz verschüttet würden.

So wuchs das Braunschweiger Modell, von den Fachleuten und den Kultusverwaltungen teils neugierig, teils argwöhnisch beobachtet. Zur Zeit lernen hier in den drei Spitzenbegabten(SB)-Klassen der Braunschweiger Jugenddorf-Schule – die insgesamt 330 Schüler, darunter je 10 Prozent Ausländerkinder und Behinderte, umfaßt – 31 junge Menschen vor allem aus Nord- und Westdeutschland: ganze sieben in der Klasse 13, die jetzt Abitur macht, neun in Klasse 12 und immerhin schon sechzehn in Klasse 11, unterrichtet von denselben Lehrkräften, die auch in den normalen Klassen tätig sind.

99 Prozent der SB-Schüler wohnen im Internat. Nur sechs Väter sind auf Grund ihrer Einkommensverhältnisse in der Lage, die vollen Internatskosten *(monatlich 1020 Mark plus eine* einmalige Aufnahmegebühr in derselben Höhe) allein zu tragen. Es sei kein einziges Kind aus wirklich reichem Hause dabei, berichtet Eichholz. Und das klingt fast etwas besorgt, denn die fehlenden Mittel müssen allein aus Zuschüssen und privaten Spenden aufgebracht werden. Dabei findet sich hier weder in den Unterrichtsräumen noch in den Zwei- oder Dreibettzimmern des Internats jener Hauch von Komfort, den man gemeinhin mit dem Begriff einer Eliteschule zu verbinden pflegt.

Wer wird hier aufgenommen? Ein sorgfältiger Intelligenz- und Persönlichkeitstest sowie ein Probeunterricht (ein für alle chancengleicher Test, zum Beispiel Anfangsgründe in Rumänisch), nicht aber das heimische *Zeugnis entscheidet*. Gefragt sind eine „weit überdurchschnittliche allgemeine Intelligenz", Lernfähigkeit, Gedächtnis, konstruktives Denken, Sprachbeherrschung, Neigung zu eigenständiger Beschäftigung mit selbstgewählten Informationsquellen, Abstraktionsvermögen.

Oft sind die Lücken so groß wie das Talent

Unter denen, die hier leben, sind solche mit zu Hause 14 Einsern im Zeugnis, aber auch solche, die den Unterricht daheim todlangweilig fanden und ihre Hausaufgaben bei den Schwächeren abschrieben. Einer ist dabei, dem die heimische Schule (sie sei schamhaft verschwiegen) zweimal die Fähigkeit zum Besuch der gymnasialen Oberstufe absprach.

Manche bringen von daheim riesige stoffliche Lücken mit. Einer kam nach Braunschweig mit der Mitteilung, er habe daheim noch nie den Namen Pythagoras gehört. Eine hessische Gesamtschülerin mußte monatelang psychisch gestützt werden, weil der Berg dessen, was sie alles nachzuholen hatte, sie zu entmutigen drohte. Einer mit Lücken in Biologie versuchte, ein Fachlexikon auswendig zu lernen: Systematisches Lernen hatte er zu Hause nie gelernt.

Auch psychologisch ist der Start für viele nicht so ganz leicht, wie Deutsch-Lehrer Hans Joachim Gardyan, an der Schule speziell für die SB-Schüler zuständig, verrät. Imponiergehabe, Kontaktarmut, Mißtrauen, Unsicherheit werden erst mit der Zeit abgebaut. Nicht alle sind sich darüber im klaren, daß ihr Notendurchschnitt in dieser elitären Umgebung und bei diesen enorm hohen Leistungsansprüchen sich verschlechtern wird.

Doch wer diese Hindernisse erst einmal überwindet, scheint eine neue Qualität des Schullebens zu gewinnen. „Sie sind kaum zu bremsen", sagt Gardyan. „Die Griechisch-Arbeitsgemeinschaft war gar nicht geplant, sie haben sie regelrecht erzwungen." Im Gespräch mit den jungen Leuten – etwa drei Fünftel übrigens Mädchen – wird fast Euphorie spürbar. Es sei hier „wahnsinnig schön", sagt einer. Einmal, so gibt er freimütig zu, sei er sogar vorzeitig aus den Ferien nach Braunschweig zurückgekehrt, weil er diese unvergleichlich anregende, geistig fordernde Atmosphäre zu Hause vermißte.

Einen anderen ertappten die Lehrer, wie er mutwillig schlechte Arbeiten schrieb. Eingehende Gespräche ergaben: Er hatte heimlich gehofft, auf diese unsinnige Art sitzenbleiben und so die schöne Zeit verlängern zu können.

Die Lehrer – ungefähr zur Hälfte Frauen – haben es nicht leicht. Sie sind keine Beamten, sondern Angestellte. Die meisten hat die Schule seinerzeit direkt vom Studienseminar abgeworben. So sind sie vom normalen Schulalltag und seinen Enttäuschungen noch verschont geblieben. Die Fragen, die ihnen hier gestellt werden, sind manchmal nicht von Pappe. Persönlicher Kontakt ist selbstverständlich. Die staatlich vorgeschriebenen 23 Wochenstunden für Lehrer werden hier „nicht mit der Stoppuhr eingehalten" (Eichholz). Jede ausgefallene Stunde wird – unentgeltlich – durch Kollegen ausgeglichen. Der tatsächliche Unterrichtsausfall ist also gleich Null. Schüler-Dorado? Intelligenz-Paradies?

Widersprüchliche Impressionen – wie sie bei einem Vorstoß in wirkliches Neuland völlig selbstverständlich sind. Die Erziehungsziele dieses Förderungsmodells sind – der Ausrichtung des Trägers gemäß – dem Neuen Testament entlehnt: Nächstenliebe, Toleranz, Wahrheit, Hilfsbereitschaft. Der Umgangston zwischen den jungen Menschen ist eindrucksvoll offen und zivilisiert zugleich. In einigen Arbeitsgemeinschaften (eine pflegt den Rock'-n-Roll-Tanz)kommen Spitzenbegabte und „normale" Jugenddorfschüler zusammen, auch Freundschaften entstehen. Besuche in Altenheimen oder sonst an Stätten der normalen Bürgerwelt *sollen ständig* für Verbindung sorgen. Die Pop-Musik, die hier gehört wird, ist sowieso die gleiche wie anderswo.

Und doch ist das Besondere der Atmosphäre sofort spürbar. Die stundenlangen Gespräche im kleinen Kreis der Gleichbegabten und Gleichinteressierten prägen. Er sehe nur noch selten fern, gesteht Peter. Uninteressant. Auch der Sportverein sei als Ort, wo man Kontakt findet, nun nicht mehr nötig.

„Hier geht es zunächst um uns selbst"

Wünsche? Vielleicht eine noch individuellere Gestaltung des Unterrichts, noch mehr Möglichkeiten. Berufsängste drücken hier nicht. Jörg ist sich seit langem sicher, daß er einmal Professor für Philosophie sein wird. Zur Zeit interessieren ihn Mathematik und Physik besonders. Carl Friedrich von Weizsäcker – „vielleicht eine Art Vorbild" für ihn. Peter wehrt die Frage nach dem Vorbild ab. Er könne sich vorstellen, vielleicht eines Tages Jura oder Betriebswirtschaft zu studieren.

Den Gedanken, sie müßten angesichts so qualifizierter Förderung ihrer Gaben der Allgemeinheit schon jetzt versprechen, ihr dies eines Tages in dienender Spitzen- und Verantwortungsfunktion zurückzuerstatten, weisen die beiden, genau wie die meisten ihrer Braunschweiger Freunde, entschieden zurück: „Hier geht es zunächst um uns selbst."

Als er das zu erklären versucht, benutzt einer der Schüler das Wort „Karriere". Doch er korrigiert sofort: Nicht Karriere, sondern Werdegang sei gemeint. In den Verdacht, sie wollten eines Tages mit ihren großen Gaben das große Geld machen, will keiner von ihnen geraten.



Das Parlament der Zehn im Straßburger Rund: „Immer für Überraschungen gut" und „interessanter als jedes nationale Parlament"
FOTO: MANFRED GROHE

Mutig rudern sie gegen den Verfall

Am 17. Juni wird das Europäische Parlament zum zweiten Mal direkt gewählt. Vor dem Hintergrund der tiefen *Krise in der EG ist das* Parlament in Straßburg in den letzten fünf Jahren zur *europäischsten der* Institutionen Europas *geworden*. Sein politischer Wille ist allerdings *größer* als seine Macht.

Von ULRICH LÜKE

Carlo Schmid, Europäer der ersten Generation, hielt es schon *vor 30 Jahren mit der Ehrlichkeit*. Gefragt, was ihn nach Straßburg ziehe, antwortete er: „Vor allem Erholung von Bonn." Heute sagt der Europa-Abgeordnete Horst Langes von der CDU ohne Umschweife: „Jedes zweite Mal habe ich keine Lust, hier hinzukommen".

Die Unlust des Rheinland-Pfälzers Langes – Resultat des Straßburger *„Treibhausklimas", einer bis in die* Nächte vollgepackten Sitzungswoche – verfliegt jedoch genauso schnell, wie sie gekommen ist. Denn: „Das Europäische Parlament ist interessanter als jedes nationale Parlament, die Kollegen sind hier immer für Überraschungen gut."

Auch Rudi Arndt, prominenter deutscher Sozialdemokrat in Straßburg, *flüchtet sich ins Meteorologische*, soll er das Europäische Parlament bewerten. Er spricht vom ständigen Wechsel „vom absoluten Hitzepol zum absoluten Kältepol", vom immerwährenden Wechselbad aus Erfolgserlebnissen und Enttäuschungen.

Sie waren angetreten, die Europäische Gemeinschaft zu demokratisieren – *die 434 direkt gewählten Abgeordneten* aus den zehn Ländern der Gemeinschaft. Das konnte im ersten Anlauf nicht gelingen, da lag die Latte einfach zu hoch. Zumal die Regierungen die Abgeordneten zunächst einmal betrogen: Mehr Kompetenzen wie vor der 79er Wahl versprochen, gab es für die Straßburger Versammlung nicht. Auch Hans-Dietrich Genschers „feierliche *Erklärung zur Europäischen Union*", der einzige papierne Fortschritt in der Wahlperiode, kann angesichts der Minimalverbesserung darüber nicht hinwegtäuschen.

Wie alle Parlamente in der Welt muß sich auch das Straßburger mehr Kompetenzen selbst erkämpfen. Die Abgeordneten haben das mit manchmal bewundernswerter Raffinesse getan. Gewiß, das Haushaltsrecht, die echte *Mitentscheidung* über das EG-Budget, hatte das noch delegierte alte Europäische Parlament seinen direkt *gewählten* Nachfolgern überlassen. Aber die Europa-Parlamentarier haben dieses Recht Jahr für Jahr konsequent ausgebaut. Sie lehnten gleich nach der Direktwahl den Haushaltsentwurf ab, weil er ihren Wünschen nicht entsprach. Sie stellten durch die *Parlamentspräsidentin* Simone Veil ein Jahr später einen Haushalt fest, der die Ansätze des Ministerrats auf den Kopf stellte: Mehr Geld für die Regional- und Sozialpolitik, mehr Geld für Forschung und Technologie und für den Kampf gegen den Hunger in der Welt – das blieb die ganze Wahlperiode hindurch die Maxime.

Im letzten Dezember setzte Straßburg einen noch stärkeren Hebel an. Die Abgeordneten blockierten die auf dem Stuttgarter Gipfeltreffen ausge*kungelte Rabattzahlung an Großbritannien*. Die Mittel werden erst freigegeben, wenn die anstehende EG-Reform tatsächlich auf den Weg gebracht ist.

Die Kommission wurde zu einem Verbündeten

Das zweite wirkungsvolle Recht der Parlamentarier ist das Mißtrauensvotum gegen die Kommission, die Möglichkeit, sie abzusetzen. Noch zur Mitte der Wahlperiode galt es als ausgemacht, daß die Abgeordneten zu *dieser Waffe greifen würden. Sie ha*ben es nicht getan aus zwei Gründen: Je stärker der Verfall der Entscheidungsfähigkeit im Ministerrat voranschritt, desto stärker wurden Kommissare und Abgeordnete zu Verbündeten in Sachen Europa. Und je deutlicher die Drohung mit der Absetzung in den Wandelgängen von Straßburg geäußert wurde, desto mehr näherten sich die Kommisssare den Parlamentariern an, desto deutlicher wurde ihreSprache gegenüber dem Ministerrat. Heute ist klar: Mit einem Mißtrauensvotum hätten die *Abgeordneten den Sack geprügelt*, aber den Esel gemeint.

Über mangelnde Unterstützung aus Straßburg können sich die 13 Kommissare um ihren Präsidenten Gaston Thorn weiß Gott nicht beklagen. Zu allen Streitfragen der aktuellen EG-Reform, von der Agrarpolitik über die Sparpolitik, von der Entwicklung einer neuen Politik und eines neuen Finanzierungssystems bis hin zur Erweiterung der EG um Spanien und Portugal haben die Abgeordneten fundierte Konzepte vorgelegt. Ihr Pech, daß kaum jemand im Ministerrat sie zur Kenntnis nahmen, geschweige, den Ratschlägen aus Straßburg *folgte*.

Dennoch blieben die kleinen Erfolge nicht aus. Noch vor Jahren mußte ein Kommissar viermal gebeten werden, ehe er in einem Parlamentsausschuß tatsächlich erschien. Heute gehen kluge Kommissare von sich aus zu den Abgeordneten. Im Herbst 1981 versammelte sich zum erstenmal der gesamte Außenministerrat zu Gesprächen *mit der Parlamentsspitze* in Straßburg, und ausgerechnet Margaret Thatcher begründete im selben Jahr die gute Sitte, die Abgeordneten direkt über die Ergebnisse der jeweiligen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zu informieren – wenn auch meist über Mißerfolge.

Das Parlament agierte populär und penibel. Populär, wenn man an die *Aktionen im Kampf gegen das Ab*schlachten der Robbenbabys vor Kanadas Küsten denkt, penibel, wenn man die zahllosen Aktionen zur Wahrung der Menschenrechte ins Auge faßt. „Wir sind doch hier keine Mini-UNO", beklagte sich zum Anfang der Wahlperiode noch die deutsche Liberale Mechtild von Alemann angesichts der schier endlosen *„Resolutionen-Fabriziererei"*. Heute weiß sie, daß das Parlament seine Menschenrechtskampagne eindeutig auf der Haben-Seite verbuchen kann.

Es ist wahr: Die Sitzungen sind manchmal auch heute noch geprägt von einem liebenswürdigen Chaos, von unstrukturierten, auf zahllose Tage verteilten Debatten, von Debatten vor leerem Plenum. Aber an den Straßburger Plenartagen zeigt sich auch Courage, denn in einer Zeit des offensichtlichen Verfalls der Gemeinschaft gehört schon Mut dazu, einen Entwurf für eine Europäische Verfassung *auszuarbeiten* oder sich an einen Gesamtplan für die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas heranzuwagen.

Die Straßburger Bilanz ist nicht frei von Widersprüchen. Massives Eintreten für die Agrarreform, aber regelmäßiges Nachgeben gegenüber der Agrar-Lobby, wenn es um die jährliche Neufestsetzung der Garantiepreise geht. Einsparungen in Milliardenhöhe, aber hier und da die Schwäche, sich mißbräuchlich mit Spesen zu versorgen.

Ein Sündenbock für Fehler der Regierungen

Eins ist gewiß, Desinteresse und Routine hat die ersten fünf Jahre des direkt gewählten Parlaments nicht geprägt. Die Abgeordneten jammerten nicht, sie klagten – beispielsweise vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg wegen Untätigkeit des Ministerrates in Sachen Verkehrspolitik.

„Die Arbeit im Europäischen Parlament hat sich gelohnt", sagt der Berliner Sozialdemokrat Hellmut Sieglerschmidt, nicht ohne gleich hinzuzufügen: „Dies stelle ich fest, obwohl ich oft genug unzufrieden, verärgert und manchmal auch wütend über das Geschehen hier war und bin."

Sieglerschmidts subjektives Urteil wird vom Europäischen Hochschulinstitut bestätigt: Je höher die eigenen Erwartungen der Abgeordneten waren, desto enttäuschter sind sie heute. Viele von ihnen bewegt der Spruch der Neuen Deutschen Welle: „Stell dir vor, es ist Direktwahl und keiner geht hin". Diese Befürchtung speist sich jedoch nicht so sehr aus dem Eindruck eigenen Versagens als vielmehr aus der Gefahr, daß die Wähler das Parlament zum Sündenbock für die Versäumnisse der nationalen Regierung machen könnte.

Oder wie es der deutsche Sozialdemokrat Klaus Hänsch formuliert: „Als ich vor fünf Jahren anfing, ahnte ich, daß die europäischen Bretter, die es zu bohren geben würde, noch dikker und härter sind als die nationalen. Heute weiß ich, daß es keine Bretter, sondern Eisenbahnschwellen sind."

SPD setzt im Wahlkampf auf Heimat-Dialekte

Von XING-HU KUO

Pünktlichkeit und Ordnung sind für die Grünen immer ein Greuel etablierter Art gewesen: deshalb haben sie es wohl verschlafen, ihren Spitzenkandidaten Holger Heimann rechtzeitig in Eßlingen beim Kreiswahlausschuß anzumelden. Nun ist das grüne Wehklagen groß, die verpaßte Chance wollten die Ökologen durch eine Beschwerde beim Landeswahlleiter wettmachen. Die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens brachte sie jedoch davon ab.

Konkret bedeutet diese Schlamperei, daß die Grünen bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 25. März in drei Wahlkreisen nicht wählbar sind. Bei der letzten Landtagswahl 1980 erhielten die Grünen immerhin sechs Prozent in dem jetzt verlorengegangenen Gebiet oder rund 19 000 Stimmen. Dies sind wiederum 0,3 Prozent aller damals von den Ökologen im Südwesten erzielten Wählerstimmen.



Landesbericht Baden-Württemberg

Das neue Vakuum in Eßlingen hat vor allem bei der oppositionellen SPD Hoffnungen geweckt, aus der grünen Vergeßlichkeit Kapital zu ziehen. SPD-Kreisvorsitzender Rainer Arnold in einem WELT-Gespräch: „Ich mache keinen Hehl daraus, daß wir darauf hoffen und damit rechnen, daß viele junge Leute, die die Grünen gewählt hätten, jetzt die SPD in Eßlingen favorisieren."

Dieses grüne Kuriosum ist jedoch nicht die einzige Merkwürdigkeit im baden-württembergischen Landtagswahlkampf, der nach wie vor recht lau und lustlos verläuft. Sowohl das kalte Wetter als auch die ziemlich klaren Verhältnisse in diesem Bundesland locken nicht allzu viele potentielle Wähler in die Wahlkampf-Arenen.

Die SPD sorgte daher für eine kleine „Sensation", als der stellvertretende Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag, Peter Bogusch, in einem Zeitungsinterview mit dem „Mannheimer Morgen" über eine „große Koalition" zwischen SPD und CDU räsonierte. Es werde nach der Wahl, so der Funktionär weiter, doch sicherlich zu Gesprächen „zwischen allen klassischen Parlamentsparteien" kommen. Da die Diskussion um die Zukunft dieses Landes nur zwischen CDU und SPD geführt werde, wäre die Union „von allen guten Geistern verlassen", wenn sie nicht auch mit der SPD reden würde.

Diese Spekulation wurde sowohl von SPD-Chef Ulrich Lang, der seinem Mitarbeiter sofort einen „Maulkorb" anlegte, als auch von Lothar Späth – Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender – als „Quatsch" heftigst dementiert. Für die SPD war dieser Ausrutscher natürlich besonders peinlich, denn sie hat die CDU zum „Hauptgegner" erklärt.

In dem Bemühen, sich als echte baden-württembergische „Volkspartei" darzustellen, hat sich die Landes-SPD ein weiteres Kuriosum ausgedacht: die Kernaussagen der „Minister" im Schattenkabinett der SPD sind nunmehr nicht nur in Hochdeutsch, sondern ins Schwäbische, Alemannische, Kurpfälzische und Hohenlohisch-Fränkische „übersetzt" worden. Gleich 20 000 Mal wurde die 64seitige Schrift an die Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten verteilt, die *möglicherweise mit* dem hochdeutschen Partei-„Chinesisch" der „Ess-Bee-De", wie die Partei jetzt im Dialekt genannt wird, noch nicht ganz zurecht kommen.

Die Absage der Göppinger CDU an Franz Josef Strauß, wegen der Wörner/Kießling-Affäre nicht im Wahlkreis des Verteidigungsministers aufzutreten, hat inzwischen Späth veranlaßt, sich beim gewichtigen bayerischen Amtskollegen zu melden. Späth bedauerte in dem Telefonat mit München den „kreisspezifischen Vorgang" und betonte, daß Strauß selbstverständlich im Musterländle „herzlich willkommen" sei. Auch der Urheber des „Mißverständnisses", der Göppinger Landtagsabgeordente und CDU-Kreisvorsitzende Hermann Seimetz, ließ durch Späth erklären, wie sehr ihm das Ganze „leid" tue.

„Neurotische Reizbarkeit gegen Eliten"

hey. Bonn

Eine „weitverbreitete und schon fast neurotische Reizbarkeit" gegenüber dem Wort „Elite" hat der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Neuhausen, im Gespräch mit der WELT beklagt. Dabei zeige sich eine „erschreckende Vergeßlichkeit". Denn schon zu Beginn der 80er Jahre hätten führende Vertreter aus Bildung und Wissenschaft auf die zunehmende Mittelmäßigkeit und Vernachlässigung der Förderung von Spitzenleistungen in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Es sei an der Zeit, daß die vom FDP-Vorsitzenden Genscher erhobene Forderung nach der Gründung von Privatuniversitäten und der Förderung von Eliten ernst genommen würde, meinte Neuhausen.

SPD-Chef Willy Brandt hat dagegen Bestrebungen zur Schaffung neuer Eliten kritisiert und „harten Widerstand der SPD und der Gewerkschaften" für den Fall angekündigt, daß es dabei lediglich zu einer Umverteilung von unten nach oben kommen sollte. In der Zeitschrift „medical tribune" warnte der SPD-Politiker davor, daß das „Trommeln für neue Eliten" mit der Abneigung gegen das „gemeine Volk" einhergehe.

Julis sind gegen Genschers Kandidaten

hey. Bonn

Die Nachwuchsorganisation der FDP, die Jungen Liberalen, haben Bedenken gegen die geplanten Änderungen im FDP-Präsidium angemeldet. Ihr Vorsitzender, Guido Westerwelle, kündigte in Düren auf einem Kongreß der NRW-Julis den „entschiedenen Widerstand" gegen Versuche an, aus dem Generalsekretär einen „Ober-Bundesgeschäftsführer ohne politische Kompetenzen" zu machen. Er wandte sich damit gegen den Vorschlag von FDP-Chef Genscher, den ehemaligen Düsseldorfer Staatssekretär Karl-Friedrich Brodeßer, einen Berufsbeamten, als Nachfolger von Irmgard Adam-Schwaetzer zum Parteigeneralsekretär zu berufen. Gleichzeitig bezeichnete er es als „bedenklich", den Vorsitz der Programmkommission vom Amt des Generalsekretärs zu trennen.

Renten und die Lohnentwicklung

Bundesversicherungsanstalt kritisiert Bonn / Prognosen für die nächsten fünf Jahre

GISELA REINERS, Bonn

Die zahlreichen Eingriffe im Rentenrecht für die Jahre 1983 und 1984 haben die Rentenfinanzen zwar entlastet, aber die mittelfristige Vorausschau bis 1988 ist noch immer mit einigen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Das machte der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Klaus Hoffmann, bei einem Presseseminar in Berlin deutlich.

Hoffmann bezog sich dabei auf die übliche vierteljährliche Vorausschätzung, die gemeinsam mit dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), dem Bundesversicherungsamt (BVA) und dem Bundesarbeitsministerium in Bonn Ende Januar vorgenommen wurde. Die Schätzung betrifft das laufende Jahr und den Zeitraum der kommenden fünf Jahre. Wichtig dabei sind die Grundannahmen über die Lohnentwicklung und die Beschäftigungslage. Diese Daten werden von der Bundesregierung vorgegeben. An diesen Vorgaben setzt denn auch die Kritik der Rentenversicherer an.

Schätzungen übertroffen

Das Jahr 1983 hat etwas besser abgeschlossen als erwartet, teilte Hoffmann mit. Die Schwankungsreserve, gesetzlich vorgeschrieben in Höhe einer Monatsausgabe, lag Ende 1983 noch bei 1,4 Monatsausgaben. Mit rund 600 Millionen, die aussschließlich aus den Pflichtbeiträgen der Erwerbstätigen stammen, übertraf das Ergebnis die Schätzungen vom November. Dennoch: 1982 hatte noch mit 2,1 Monatsausgaben abgeschlossen; 5,5 Milliarden Mark waren im Jahresverlauf vom Vermögen abgeschmolzen worden.

Die Schwankungsreserve dient dazu, auftretende Engpässe in den Einnahmen aufzufangen. Die Hälfte davon ist jedoch langfristig festgelegt. Deshalb wird der Bund einspringen, wenn in diesem Jahr im Oktober/November das Geld bei der BVA knapp wird. Der Bund wird von seinem Zuschuß, den er für sogenannte Fremdleistungen zahlt, immer so viel vorschießen, daß die Schwankungsreserve eine halbe Monatsausgabe nicht unterschreiten muß. Dieses Verfahren nahm Hoffmann zum Anlaß, die Bundesregierung heftig zu kritisieren, weil sie auf einer stärkeren Belastung der Sonderzahlungen mit Beiträgen beharrt hatte, statt wie von Wirtschaft und Versicherung vorgeschlagen, den Beitragssatz für die Rentenversicherung von 18,5 auf 19 Prozent anzuheben.

Die Finanzklemme im Herbst kommt nicht zuletzt deswegen zustande, weil die Beiträge aus den Sonderzahlungen nicht regelmäßig fließen. „Man hat gesagt, man wolle die Rentenfinanzen konsolidieren. Tatsächlich wollte der Bund aber Entlastung für seinen Haushalt. Denn durch die Beiträge von den Sonderzahlungen auch für die Arbeitslosenversicherung verringert sich der Bundeszuschuß für die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit", monierte Hoffmann.

Bis 1988 wird nun eine Verbesserung der Schwankungsreserve auf zwei Monatsausgaben errechnet, ausgehend davon, daß 1984 die Löhne und Gehälter um 3,4 Prozent und 1985 bis 1988 im Schnitt um 4,6 Prozent steigen. Weiter wird unterstellt, daß die Zahl der Beschäftigten 1984 um 0,1, von 1985 bis 1988 um 0,7 Prozent zunimmt, während die Zahl der Arbeitslosen von 2,22 in 1984 auf 1,97 in 1988 sinkt.

Nullrunde ist berücksichtigt

Hierin ist nach den Angaben von Hoffmann von der Regierung schon eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst berücksichtigt, eine Arbeitszeitverkürzung wie die Vorruhestandsregelung, die durch Lohnverzicht zum Teil bezahlt werden müßte, jedoch noch nicht. Die Rentenversicherer haben deshalb die Annahmen variiert: Entgeltsteigerung von 1984 bis 1988 durchgehend 3 Prozent. Ergebnis: Die Schwankungsreserve liegt 1988 bei gerade einer Monatsausgabe, bei 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt bei 1,4 Monatsausgaben. Das bedeutet, die Lage der Rentenfinanzen bedarf weiterhin der Aufmerksamkeit. Denn, so der Arbeitgebervertreter im BVA-Vorstand, Reinhold Schulze, in Berlin: „Wir rechnen 1984 natürlich nicht mit 3,4 Prozent Entgeltsteigerung."

CDU fürchtet Ausverkauf von Bremen

W. WESSENDORF, Bremen

Der Bremer Senat muß in den nächsten vier Jahren 1,18 Mrd. DM im Landeshaushalt einsparen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein Verkauf von Vermögenswerten geplant. Das gaben Bürgermeister Hans Koschnick, sein Stellvertreter und Finanzsenator Moritz Thape und der SPD-Fraktionschef Klaus Wedemeier sowie SPD-Landeschef Konrad Kunick am Wochenende gemeinsam bekannt.

Bürgermeister Koschnick erläuterte die Marschroute für den Haushalt während der kommenden vier Jahre: „Konsolidierung hat absoluten Vorrang. Gerüchte über eine Steuersenkung stimmen nicht." Und so sieht das Sparprogramm aus: Über 2800 Stellen im öffentlichen Dienst sollen abgebaut und über 200 Mill. Mark an Sachkosten gekürzt werden. Da aber dies allein nicht hilft, will der Senat Vermögenswerte veräußern. Die Opposition befürchtet bereits den Ausverkauf der Hansestadt.

Es sollen rund 600 Mill. Mark – also die Hälfte der Deckungslücke – damit gestopft werden. Bürgermeister Thape wollte sich nicht zu Einzelheiten äußern. Es handelt sich dabei um Grundstücke, Aktien und Beteiligungen.

Auch Bürgermeister Koschnick konnte die einzelnen Positionen nicht erläutern. Es müsse den einzelnen Ressorts überlassen bleiben, den Rotstift anzusetzen. Sozialsenator Henning Scherf darf weniger Geld ausgeben. Horst-Werner Franke, Ressortchef für Bildung, Wissenschaft und Kunst, wird am schärfsten betroffen. Mit 63,5 Mill. Mark sind die Einsparungsvorhaben zum Ausgleichskonzept für Franke am höchsten. Auf das Innenressort kommen ein Drittel an Einsparungsmaßnahmen zu, das Bauwesen muß eine Lücke in Höhe von 38,7 Mill. Mark schließen.

Die allein regierenden Sozialdemokraten wollen die Gewerbesteuer von 400 auf 420 Punkte anheben. Thape verspricht sich davon eine Mehreinnahme in Höhe von 75 Mill. Mark. Die CDU-Opposition, die Handelskammer und Wirtschaftsexperten haben vor diesem Schritt schon eindringlich gewarnt.

Tirol feiert Freiheitsheld Andreas Hofer

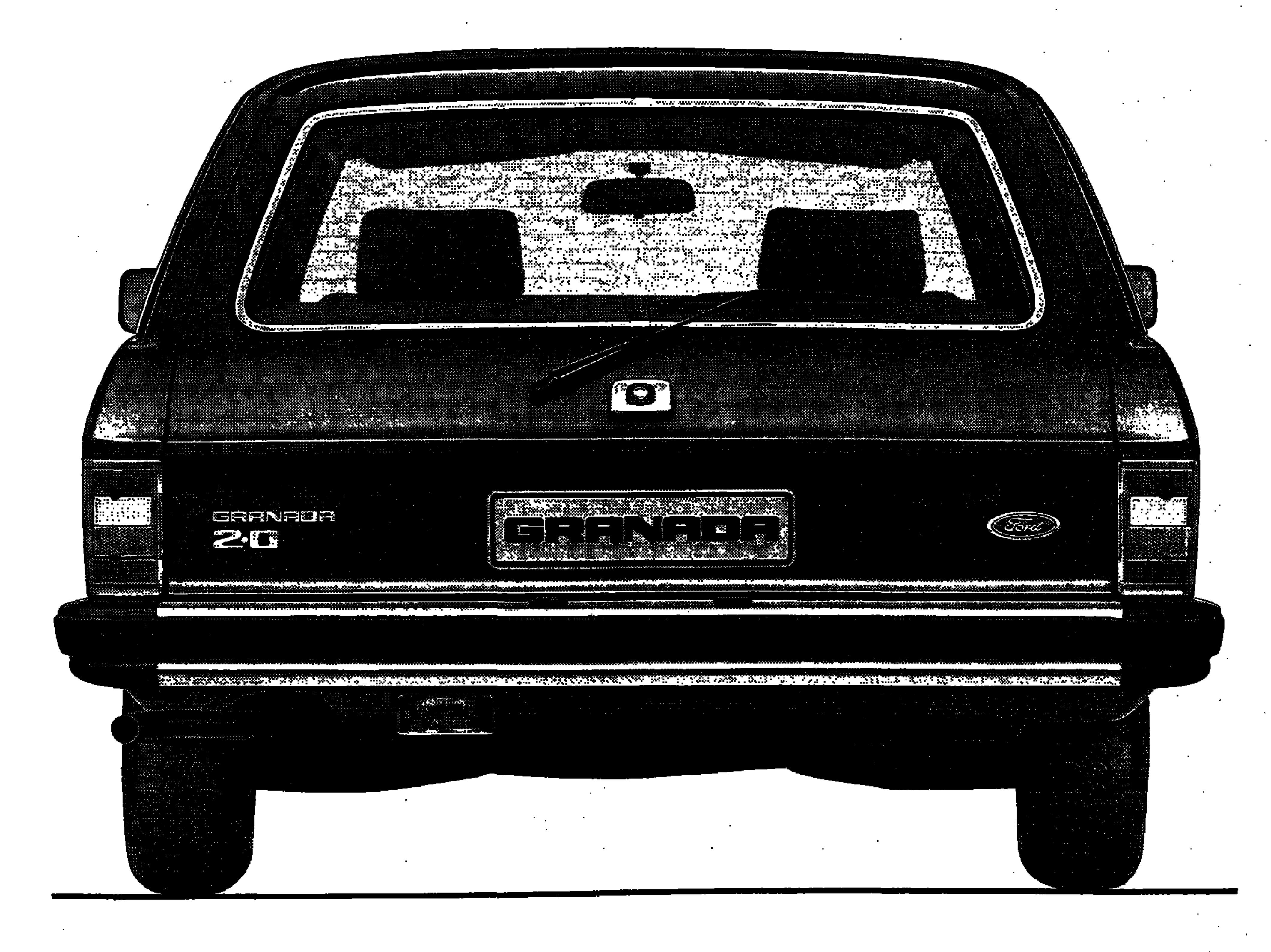
CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Anwesenheit der Landeshauptleute (Regierungschefs) von Nord- und Südtirol, Eduard Wallnöfer und Silvius Magnago, und unter Teilnahme von 800 Tiroler Schützen in ihrer traditionellen Tracht wurde in der oberitalienischen Stadt Mantua ein Gedenkstein für den Tiroler Freiheitskämpfer Andreas Hofer eingeweiht. Hofer, der im Jahre 1809 den Volksaufstand der Tiroler gegen Napoleon angeführt hatte, war nach seiner Gefangennahme am 20. Februar 1810 durch die Franzosen in Mantua hingerichtet worden. Er gilt heute noch als symbolische Gestalt und Freiheitsheld sowohl im österreichischen Nordtirol, als auch in Südtirol, das 1919 an Italien gefallen ist.

Mit der Einweihung des Hofer-Denkmals in Mantua – an dem auch der Bürgermeister der italienischen Stadt teilnahm – beginnen die Tiroler Landesfeiern zum 175. Jahrestag des Aufstandes gegen Napoleon. Der Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer nannte Hofer die Verkörperung des Freiheitswillens. Sein Vorbild habe bis in den Ersten Weltkrieg und in die Gegenwart das Denken und Handeln der Tiroler bestimmt. Der Gedenkstein in Mantua soll ein Mahnmal für kommende Generationen sein, den hohen Wert der Freiheit nicht zu verspielen.

Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol – auf dessen Territorium die Heimatgemeinde Hofers, des „Sandwirts von Passeier" liegt –, bezeichnete den Tod des Freiheitshelden als Opfer, „das uns alle verpflichtet". Der Glaube an das eigene Volk, das Vertrauen auf Gott und die Liebe zur Heimat hätten Hofer idie Kraft gegeben, Tirol unter Hingabe seines Lebens zu verteidigen. „Die gleichen Charaktereigenschaften und Ideale müssen wir auch heute besitzen, wenn wir unser zerrissenes Land als Einheit bewahren wollen", forderte Magnago. Die Feierstunde endete mit der Tiroler Landeshymne, die mit den Worten beginnt: „Zu Mantua in Banden".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.





Mehr Interesse von Schülern an Grenzbesuchen

bh. Bonn

Für die Schaffung von Zentralstellen zur Koordination von Informationsreisen an die innerdeutsche Grenze haben sich die Leiter der hessischen Grenzinformations- und Betreuungsstellen ausgesprochen. Durch derlei Einrichtungen in den Bundesländern Bayern, Hessen und Niedersachsen *erklärten sie bei einer* Tagung in Altenburschla (Werra-Meißner-Kreis) könnten die Bundesmittel für Fahrten zur „DDR"-Grenze sinnvoller werden.

Entlang der innerdeutschen Grenze werden derzeit 42 Informations- und Betreuungsstellen für Grenzbesucher unterhalten, in denen Besuchergruppen *durch Filmvorführungen* und Vorträge über die „DDR"-Grenze und die Folgen der deutschen Teilung informiert werden. Allein 1982 wurden 1,7 Millionen Besucher durch diese regionalen Einrichtungen betreut. Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen finanziert Verwaltung *und Unterhaltung mit* jährlich rund 900 000 Mark. Das Ministerium kündigte an, daß im Interesse der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit zusätzliche Betreuungsstellen eingerichtet werden sollen. Von den Teilnehmern der Tagung in Altenburschla wurde darauf hingewiesen, *daß die finanzielle* Förderung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt werde. So erfolge die Bereitstellung von Mitteln in Hessen durch die Landkreise, während in Niedersachsen beim Minister für Bundesangelegenheiten abgerechnet werde.

Durch die Einrichtung von Zentralstellen in den an der innerdeutschen Grenze gelegenen Bundesländern lasse sich Koordintation und Betreuung der Besuchergruppen verbessern. Bislang sei es nicht gelungen, die Unterrichtung von Grenzbesuchern zwischen den Betreuungsstellen, dem Bundesgrenzschutz und dem Zollgrenzdienst abzustimmen.

Deutlich zugenommen, hieß es bei der Tagung, habe das Interesse von Schülern *und Jugendlichen* an Informationsreisen an die innerdeutsche Grenze. An den 1983 in Hessen betreuten 2200 Gruppen mit 190 000 Teilnehmern hätten Schulklassen einen Anteil von mehr als 50 Prozent gehabt.

„DDR" pflegt Kontakte zu 300 westlichen Städten

Bonn nicht in der Lage, Partnerschaften zu vermitteln

BERND HUMMEL, Eschwege

Bemühungen um den Abschluß von Städtepartnerschaften zwischen Orten in der Bundesrepublik und der „DDR" haben keine Aussichten auf Erfolg. Nach Auffassung des Leiters der Ständigen „DDR"-Vertretung in Bonn, Ewald Moldt, fehlen für derlei kommunale Verbindungen „die entscheidenden Voraussetzungen". In einem Brief an den Kronacher Landrat Heinz Köhler *vor einigen Tagen*, der nach den Voraussetzungen für Partnerschaften mit Orten in der „DDR" gefragt hatte, weist Moldt darauf hin, daß diese Fragen nur im „Gesamtzusammenhang der Beziehungen zwischen den beiden Staaten" entschieden werden könne. Er sehe derzeit keinen Anlaß, Partnerschaften mit Städten und Gemeinden *in der Bundesrepublik zu fördern.*

Statt dessen pflegt die „DDR" schon seit langem kommunale Kontakte auf internationaler Ebene. Seit sie 1960 Mitglied des „Weltbundes der Partnerstädte" wurde, kamen etwa 300 Partnerschaften zwischen Städten der „DDR" und Orten des sogenannten nichtsozialistischen Auslandes zustande. Wie wichtig diese Kontakte genommen werden, läßt sich daran erkennen, daß die „DDR" die kommunalen Kontakte auf drei Ebenen pflegt: Kontaktaufnahme mit Kommunalverbänden, Abschluß von *Freundschaftsverträgen und* internationale Städteverbindungen über den Weltbund der Partnerstädte.

Bescheidene Kontakte

Allein Ost-Berlin unterhält zu vier Städten – nämlich Coventry, Stockholm, Malmö und Neu-Delhi – derlei Partnerschaften. Entsprechende Vereinbarungen gibt es außerdem zwischen Dresden und Straßburg, Erfurt und Lüttich, Potsdam und Rouen sowie zwischen Weimar und Florenz.

Von den Städten und Gemeinden *in der Bundesrepublik werden mehr* als 2000 Partnerschaften zu Orten in 40 europäischen Ländern unterhalten. *Kontakte zu Kommunen* in Osteuropa sind jedoch vergleichsweise bescheiden: Nach Angaben des Auswärtigen Amtes bestehen zu 49 Städten des Ostblocks – vornehmlich in Polen und der CSSR – offizielle Partnerschaften.

Im innerdeutschen Ministerium in Bonn hält man Partnerschaften mit „DDR"-Kommunen für „wünschenswert". In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Friedmann mußte man jedoch einräumen, daß alle bisherigen Bemühungen erfolglos blieben. Die Bundesregierung, heißt es in der Antwort an den CDU-Abgeordneten, sehe sich nicht in der Lage, Partnerschaften mit der „DDR" zu vermitteln.

Einladung ignoriert

Zu den Orten in der Bundesrepublik, die derlei Kontakte auf eigene Faust herzustellen versuchten, gehört die nordhessische Stadt Wanfried im Werra/Meißner-Kreis. Von dort aus bestanden bis zur Grenzziehung enge Beziehungen in die beiden nur 25 Kilometer entfernten thüringischen Städte Mühlhausen und Eisenach, weil diese beiden Städte mit ihrer Industrie zahlreichen Wanfriedern Arbeitsplätze geboten hatten.

Durch persönliche Kontakte zwischen dem Wanfrieder Bürgermeister Erich Thomas und Mitgliedern des Rates der Stadt Eisenach kamen nach einem Besuch Wanfrieder Kommunalpolitiker in der „DDR" Verbindungen zustande, die diesseits der „DDR"-Grenze zu einem entsprechenden Beschluß im Stadtparlament *führten*: Wanfried und Eisenach sollten eine Partnerschaft eingehen.

Dies war allerdings die letzte offizielle Handlung. Die Einladung zu einem Gegenbesuch in der hessischen Kleinstadt blieb vom Rat der Stadt Eisenach unbeantwortet. Der Wanfrieder Bürgermeister Erich Thomas: *„Wir haben erst später erfahren,* daß die Kontakte durch Anweisungen der Parteigliederungen in der ‚DDR' untersagt worden waren."

Die Folge: Die 5000 Einwohner zählende Stadt unterhält seither wie zahlreiche andere Orte im hessischen Grenzgebiet zur „DDR" partnerschaftliche Verbindungen zu einer *Stadt in der Bretagne*, gut *1500* Kilometer entfernt. Der Bürgermeister, obwohl diese Städtepartnerschaft bestens *funktioniert*: „*Warum in der* Bretagne Champagner trinken, wenn uns von jeher Radeberger Pils von drüben besser geschmeckt hat?"

Konservative für EG-Beitritt Spaniens

Gö. Madrid

Die in der Internationalen Demokratischen Union (IDU) vereinten Parteien des konservativen Lagers in Europa, Nordamerika und im pazifischen Raum haben die Sozialistische Internationale (SI) aufgefordert, bei der Unterstützung der demokratischen Parteien Zentralamerikas gegen die Bedrohung totalitärer Regime keine Unterschiede zwischen Rechts und Links zu machen. IDU-Präsident Alois Mock, Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei, bekräftigte während der Jahrestagung der IDU in Madrid die Unterstützung der konservativen Internationale für die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe in Zentralamerika sowie die Empfehlungen des Kissinger-Reports.

Nachdrücklich setzten sich die Parteien der IDU *für den Beitritt* Spaniens und Portugals in die EG ein. Sie vom Rest Europas zu isolieren, hieße, das existierende Ungleichgewicht zwischen dem *fortgeschrittenen* Norden und einer halbentwickelten Peripherie zu vertiefen und damit die Zukunft Europas zu erschweren.

Die konservativen Parteien forderten unter anderem eine gemeinsame Bekämpfung des „internationalen Terrorismus". Den Terroristen dürfe nicht der Status politischer Flüchtlinge zuerkannt werden.

Höhere Steuern für Zigaretten?

DW. Bonn

Die Bundesregierung denkt offenbar doch an Steuererhöhungen für Zigaretten und *Benzin*. Der *CDU*-Finanzexperte Ludolf-Georg von Wartenberg sagte der „Bild"-Zeitung: *„Um die geplante Senkung der Lohn-* und Einkommensteuer bezahlen zu können, müssen die Verbrauchssteuern erhöht werden. Dafür kommen praktisch nur die Mineralöl- und die Tabaksteuer in Frage." Das könnte bedeuten: Benzin und Diesel werden etwa sieben Pfennig teurer, eine Zigarette etwa einen Pfennig.

Die Mehrwertsteuer soll dagegen nicht erhöht werden. Wartenberg: „Damit würden wir den Familien nur *das Geld wieder wegnehmen*, das wir ihnen gerade durch eine Steuersenkung gegeben haben. Das wäre sinnlos."

Die Namibia-Diplomatie kommt voran

Dreier-Kommission überwacht Truppenentflechtung Südafrika–Angola / Erfolg der USA

kie./M. G. Washington/Johannesburg

Im südlichen Afrika ist die amerikanische Diplomatie in den letzten Wochen einen guten Schritt vorangekommen. Äußeres Zeichen war die Erklärung in der sambischen Hauptstadt Lusaka, wonach die Regierungen Südafrikas und Angolas eine gemeinsame Kommission zur Überwachung der Truppenentflechtung entlang der angolanisch-namibischen *Grenze vereinbart haben.*

Südafrikas Außenminister Pik Botha bezeichnete die Gespräche, an denen auch der Afrika-Direktor des US-Außenministeriums, Crocker, teilnahm, als „sehr erfolgreich".

Shultz: „Es liegen ermutigende Anzeichen vor"

Der Rückzug der südafrikanischen *Truppen hatte am 31. Januar für eine* Übergangsperiode von 30 Tagen begonnen. Doch der Zeitfaktor, so Botha, spiele jetzt keine Rolle mehr. Angola habe „gewisse Konzessionen in bezug auf die Swapo und die Kubaner" gemacht, sagte Botha, „diese werden unter keinen Umständen in den Gegenden, in denen die Beobachtergruppe tätig ist, zugelassen werden".

Wenn es einen Taufpaten der Übereinkunft von Lusaka gibt, dann muß er Crocker heißen. Er und seine Delegation bildeten das Bindeglied des Dreiergipfels, der für sich genommen schon eine kleine Sensation darstellt, ist es doch die erste direkte Kontaktaufnahme auf hoher Regierungsebene zwischen Luanda und Pretoria.

Experten im State Department können ihre freudige Hoffnung kaum verbergen. Sie nennen das jetzt erreichte Stadium in der Namibia-Frage die in Jahren beste Chance für den Frieden im südlichen Afrika.

Selbst der sonst eher zurückhaltende George Shultz ließ während eines Vortrages in Boston Optimismus anklingen. „Es ist zu früh für die Vorhersage von Durchbrüchen", meinte der US-Außenminister, „doch liegen ermutigende Anzeichen vor".

Noch vor einem Monat hätten sich amerikanische Diplomaten gehütet, über die seit Jahren unlösbar erscheinende Lage im südlichen Afrika so positiv zu sprechen. Aber Crockers weitgehend der Öffentlichkeit entzogene beharrliche Pendeldiplomatie in drei Kontinenten beginnt sich allmählich auszuzahlen: Zwischen dem 20. und 22. Januar traf sich die Crokker-Gruppe auf den Kapverdischen Inseln mit einer hochrangigen angolanischen Abordnung, und die seit langem geführten Geheimsondierungen zu konkretisieren und eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten, die man Südafrika vorlegen könne.

In Pretoria argumentierte Crocker anschließend erfolgreich genug, so daß auch Südafrika in die Beschleunigung der Verhandlungen einwilligte. Am 31. Januar verkündete Premierminister Pieter Botha einen Waffenstillstand, nachdem südafrikanische Einheiten mehrere Wochen lang Schläge gegen Stellungen der Swapo in Angola geführt hatten. Botha sicherte gleichzeitig den Rückzug der südafrikanischen Truppen zu, wenn auch Angola und die Swapo sich an das Waffenstillstandsabkommen hielten und weitere Übergriffe auf das Gebiet Namibias unterlassen würden.

In die Überwachung dieser militärischen Entflechtung, wollen sich jetzt die USA aktiv einschalten. Das kann sogar bedeuten, daß Washington in diese von kriegerischer Potenz angefüllte Region amerikanisches Personal entsendet, als Mitglieder eines Dreierkontingentes, das auf die künftige Einhaltung der Entflechtungsmodalitäten zu achten hätte. Bei Streitigkeiten zwischen den angolanischen und südafrikanischen Mitgliedern müßten dann die USA Schiedsrichter-Funktionen übernehmen.

USA in der Rolle des Schiedsrichters?

Diese überraschende Bewegung in der langen festgefahrenen Namibia-Problematik wäre nicht möglich gewesen, hätten nicht sowohl Pretoria als auch Luanda in der amerikanischen Vermittlerrolle einen Faktor ihres jeweils eigenen Interesses gesehen. Crocker und seinem Konzept des „konstruktiven Engagements" gegenüber der weltweit verfehmten Regierung in Pretoria ist es vor allem zu verdanken, daß die Südafrikaner in den letzten Jahren genügend Vertrauen zur Reagan-Administration gefaßt haben.

Unter Reagan vermeiden die Amerikaner alle schrillen, auf Konfrontation angelegten Töne Pretoria gegenüber. Freundlichkeit ist die Devise. Shultz formulierte das in Boston so: „*Es ist unsere Aufgabe*, auf konstruktiven, positiven Wandel in Südafrika hinzuarbeiten, nicht die Kräfte der Polarisation zu begünstigen ..., die die ganze Region destabilisieren könnten." Damit hebt sich die jetzige Regierung markant von den Präsidentschaftsherausforderern der demokratischen Partei ab, die fast ausnahmslos Sanktionen und ähnliche *Mittel befürworten, um Pretoria zur* Überwindung der Apartheid zu zwingen.

Auch Angola scheint sich von einer Befriedung im südlichen Afrika und der amerikanischen Rolle jetzt mehr *zu versprechen. Zum einen zerrt die* beständige Herausforderung der UNITA-Rebellen des Jonas Savimbi, der die Unterstützung Südafrikas genießt, trotz der 25 000 Mann der Kubanischen Truppen an der inneren Stabilität des Landes. Zum anderen erstrebt Luanda endlich die diplomatische Anerkennung durch die USA – ein Preis, den die Amerikaner so lange vorenthalten, als die kubanische Präsenz in Angola anhält.

Seite 8: Appell an Swapo-Chef

Berufssoldaten als Kern der französischen Armee

Sozialisten realisieren, was sie früher verwarfen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreich will wahr machen, was es dem deutschen Partner im Rahmen der neuen strategischen Abstimmung zwischen beiden Regierungen zugesagt hat: Es will die konventionelle Komponente seiner Streitkräfte zu einem koordinierten Einsatz in Europa und einem schnelleren Einsatz in Übersee wesentlich verstärken und straffer organisieren. Hierzu wird die französische Armee zwar personell verringert (wie das im Fünfjahresrüstungsplan 1984/88 angekündigt wurde), aber mit mehr Feuerkraft versehen und vor allem „professionalisiert". Von den 160 Regimentern des Heeres werden von 1987 an 40 voll oder zu einem großen Teil aus Berufssoldaten bestehen. Das hat General René Imbot, Generalstabschef des Heeres, am Wochenende vor Offizieren des 35. Infanterie-Regiments in Belfort angekündigt.

Damit realisiert die sozialistische Regierung etwas, was sie einst in der Opposition nachhaltig bekämpft hatte: die Bildung einer Elitetruppe aus lang dienenden Berufssoldaten als Kern einer Wehrpflichtigen-Armee. Was früher als Keimzelle der Reaktion, als Fußtruppe eines Umsturzversuchs der Rechten gegen eine legal zur Macht gekommene Linke gebrandmarkt wurde, hat sich – wie vieles andere an sozialistischen Theorien – längst durch die Zwänge der Realität als Utopie entpuppt.

Frankreich ist seit zwei Jahren an zwei Fronten, in Libanon und in Tschad, bis zur Grenze seiner Möglichkeiten militärisch gefordert. Es mußte praktisch alle seine Reserven an gut ausgebildeten, schnell einsatzbereiten, lufttransportfähigen Truppen – Fallschirmjäger, Marine-Infanteristen, Kommando-Truppen – einsetzen, um allen Anforderungen gewachsen zu sein. Aus diesen Lehren hat Verteidigungsminister Charles Hernu, ein in der Armee außerordentlich beliebter Pragmatiker, die Konsequenzen gezogen. Die Zahl der Berufssoldaten und länger dienenden Freiwilligen wird verdoppelt. Allein die letzteren werden rund 20 000 Mann ausmachen.

Hinzu kommt die Notwendigkeit, die im Vorjahr beschlossene Aufstellung der „Schnellen Eingreifstreitkräfte" (FAR) in Europa personell sicherzustellen. Hier macht Frankreich eine große Anstrengung für das Atlantische Bündnis, eine Anstrengung, die von den Alliierten bisher weder gewürdigt noch ganz verstanden wird. Vier schnelle, zur Mehrheit aeromobile Eingreifdivisionen, leicht gepanzert und mit etwa 150 Kampfhubschraubern zur Panzerabwehr und zum Erdkampf ausgerüstet, werden von 1987 an in Ost- und Nordfrankreich bereitstehen, um jederzeit in Europa oder an einer neu bedrohten Front in Übersee (Mittelmeer, Afrika, Karibik) eingesetzt zu werden. Ihr Personal wird größtenteils aus Berufssoldaten bestehen, da ein schneller Wechsel von Mannschaften, wie das bei normalen Truppenteilen aus Wehrpflichtigenbeständen üblich ist, die Kampfkraft der FAR-Truppen herabsetzen würde. Neben den herkömmlischen Luftlandetruppen für den punktuellen Einsatz an örtlichen Konfliktherden in „Friedenszeiten" wird es also in Europa eine Eingreifreserve für den Kriegsfall geben, die ihrer ganzen Natur nach auf enge Zusammenarbeit mit der NATO angewiesen ist.

Hier aber ergeben sich ernste Reibungen innerhalb der sozialistischen Partei und in der Koalition mit den Kommunisten. Die KPF hat öffentlich Reserven angemeldet gegen die herrschende französische Militärdoktrin, die von Staatspräsident Mitterrand festgelegt wird. Sie ist gegen eine europäische Verteidigung, gegen eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte im Interesse eines europäischen Partners (in diesem Falle der Deutschen) und gegen eine Rückkehr Frankreichs in die Bündnis-Integration. Alles, was neuerdings entwickelt wird, deutet aber gerade in diese Richtung.

Präsident Mitterrand hat schon vor längerer Zeit im Ministerrat seinen Willen bekundet, die konventionelle Komponente der Armee „als beste Abwehr gegen eine sowjetische Bedrohung" erheblich zu stärken. Mit der Aufstellung der Schnellen Eingreiftruppe für Europa ist dies zum großen Teil verwirklicht. Gleichzeitig ist damit eine teilweise Rückkehr in die NATO vollzogen.

Gegen beides, die eindeutige Bezeichnung des Gegners sowie die Reintegration eines Teils der Streitkräfte in das Atlantische Bündnis, muß die KPF Stellung nehmen.

„Südamerika will wegen Schulden keinen Streit"

MANFRED NEUBER, Bonn

Der Außenminister von Ecuador, Luis Valencia Rodriguez, übergab Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die „Erklärung von Quito". Darin fordern 27 lateinamerikanische Länder die westlichen Industriestaaten zu einem „positiven Dialog" über ihre Auslandsschulden auf. In einem Gespräch mit der WELT in Bonn betonte Valencia Rodriguez, die Südamerikaner wollten keine Konfrontation in der Schuldenfrage. Auf der Konferenz im Januar in Quito hatten Brasilien und Mexiko das Vorhaben militanter Staaten durchkreuzt, ein Schuldner-Kartell zu bilden.

Der Außenminister, der auch von Bundespräsident Karl Carstens empfangen wurde, würdigte die „traditionell guten Beziehungen" zwischen Ecuador und Deutschland und die Entwicklungshilfe, die Bonn seinem Lande gewährt. Im vorigen Jahr hatte Jürgen Warnke, der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ecuador besucht.

Zwischen beiden Ländern ist ein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen worden. Im Warenaustausch trat eine weitere Steigerung ein, wobei für Ecuador das Handelsdefizit zunahm. Außer Agrarerzeugnissen wie Kaffee, Kakao und Bananen, will das südamerikanische Land künftig mehr Fischprodukte in die Bundesrepublik liefern.

Nach Ansicht des Außenministers haben die Staaten der Anden-Gruppe (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela) mit der „Vereinbarung von Cartagena" eine gute Grundlage für eine Ausweitung des Handelsverkehrs mit den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft geschaffen. Um ihre Schulden tilgen zu können, suchten die Südamerikaner einen besseren Zugang zum EG-Markt.

Zur Lage in Mittelamerika lautete die Bewertung des Ministers: „Ohne die Bemühungen der Contadora-Gruppe herrschten dort heute Zustände wie in Libanon." Durch die Vermittlung der vier Länder (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) habe ein offener Krieg verhindert werden können. Valencia Rodriguez wandte sich gegen jede fremde Einmischung in dieser Region. Der Konflikt habe soziale und wirtschaftliche Ursachen und dürfe nicht in die Ost-West-Auseinandersetzung gezogen werden.

Syrien gewinnt wieder Schlagkraft

Luftverteidigung neu aufgebaut, Heeresstärke verdoppelt / Modernste Raketen aus Moskau

G. DESCHNER, Damaskus

Es sah zunächst aus wie ein Versehen in der Dunkelkammer: Das Foto zeigte einen verwackelten, dunkelgrauen Strich, umgeben von Qualmwolken, und im Hintergrund eine eintönige hellere Fläche. Alle Zeitungen der staatlich kontrollierten Presse der Syrischen Arabischen Republik brachten das Bild in den vergangenen Wochen an prominenter Stelle. Erst der Bildtext erläuterte das Geschehen. Es handelte sich demnach um ein Probeschießen mit den neuesten, von der Sowjetunion gelieferten Boden-Boden-Raketen im Beisein von Verteidigungsminister Generalleutnant Mustafa Tlass.

Wie kaum ein zweiter Vorfall beleuchtet diese zweifellos staatlich angeordnete Veröffentlichung das militärische Hochgefühl, das Syriens Armee und Regierung neuerdings zeigen. Nach der demütigenden Niederlage, die die eigene Luftwaffe im Sommer 1982 über dem libanesischen Schlachtfeld hatte hinnehmen müssen, hatte Damaskus mit Unterstützung durch seinen gegenwärtigen Hauptverbündeten Sowjetunion vor allem die Modernisierung der Luftstreitkräfte und der Raketenwaffe vorangetrieben – in einem Ausmaß, das westliche Beobachter uneingeschränkt von einem „Comeback" der syrischen Schlagkraft sprechen läßt.

Den modernen SS-21-Raketen kommt dabei mehr propagandistische als operative Bedeutung zu, verfügt die syrische Artillerie doch schon seit langem über das ebenfalls sowjetische Raketensystem „Scud" mit größerer Reichweite.

Verluste ausgeglichen

Viel größere Beunruhigung löst beim israelischen Nachbarn der Neuaufbau eines überlappenden Luftverteidigungssystems aus, dessen Kernstück ein Kontingent modernster Boden-Luft-Raketen des Typs SAM-5 darstellt. Im Kriegsfall kann die SAM-5 mit ihrer Eindringtiefe von nahezu 300 Kilometer und ihrer Höhenreichweite von 30 000 Meter Flugzeuge bereits über Israel abschießen und auch die für die Führung eines Luftkriegs unverzichtbaren amerikanischen Fernaufklärungssysteme Awacs oder „Hawkeye" („Habichtauge") vom Gefechtsfeld fernhalten.

Elektronisch verknüpft mit anderen Luftabwehrsystemen, sind die Stellungen der neuen Waffe östlich von Damaskus und bei der Stadt Homs aus der Luft auch kaum auszuschalten. Zusammen mit den bisherigen Systemen SAM-2 und 3 sind nicht nur die syrischen Industriegebiete, sondern auch die ebenfalls reorganisierten Luftverteidigungsbezirke mit ihren Frühwarnsystemen, ihren Flughäfen, Munitions- und Treibstofflagern besser geschützt als bei jeder israelisch-syrischen Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren.

Auch die Verluste an Abfangjägern und Jagdbombern, die Syrien im Sommer 1982 erlitten hatte, sind aus der sowjetischen Rüstungsschmiede ausgeglichen worden. Damaskus kann jetzt wieder über mehr als 400 solcher Flugzeuge verfügen, darunter die modernste MiG 25 (Nato-Code „Foxbat").

Militärbeobachter sehen in der forcierten Luftrüstung aber nur die Spitze des Eisbergs. Denn unter der Oberfläche spektakulärer Lieferungen hat Syrien auch seine Landstreitkräfte innerhalb weniger Jahre nahezu verdoppelt. Bereits 1983 hatte Damaskus die Heeresstärke von 170 000 Mann durch Reservisteneinberufungen auf 270 000 Mann gesteigert.

Bis Anfang 1984 gewann auch eine auf sowjetischen Rat durchgeführte Heeresreform Gestalt. Zusätzlich zu den bereits bestehenden drei vollmechanisierten Divisionen wurden die 7. und 9. Heeresdivision neu aufgestellt. Die Zahl der Brigaden je Division wurde von drei auf vier erhöht, dabei aber gleichzeitig deren Mannschaftsstärke verringert. Die größere Zahl verschlankter Brigaden, die über eigene Versorgungstruppen und mit den beweglichen Raketensystemen SAM-7, 8 und 9 auch über eigene Luftabwehr verfügen, soll der syrischen Armee offenkundig deren frühere Schwerfälligkeit nehmen und sie beweglicher machen.

Addiert man zur Heeresstärke die Verbände der Luftwaffe und der kleinen Marine, dürfte das Land gegenwärtig allein in den regulären Streitkräften an die 350 000 Soldaten einberufen haben. Hinzu kommen allerdings die verschiedenen Prätorianergarden des Assad-Regimes. Die „Saraya al-Difaa", die Verteidigungskompanien, die von Assads Bruder Rifaat befehligt werden, und die über modernste Bewaffnung einschließlich des Kampfpanzers T 72 verfügen, schlagen mit 25 000 Mann zu Buch. Die von dem Präsidenten-Vertrauten Ali Hajdar geführten „Special Forces", die ihre Schlagkraft und Brutalität vor zwei Jahren bei der blutigen Niederschlagung der fundamentalistischen Unruhen in Hama demonstrierten, zählen weitere 15 000 Mann.

Zusammengenommen verfügt das Syrien des Jahres 1984 über annähernd 400 000 Mann bewaffneter Kräfte und bei einer Einwohnerzahl von weniger als elf Millionen damit über den zur Zeit höchsten Militarisierungsgrad der Welt.

Keine Abhängigkeit

Das militärische Muskelspiel, so meinen Beobachter in Damaskus allerdings, gibt für die syrischen Machthaber vorwiegend die Voraussetzung für die ehrgeizigen Ziele in der neuen syrischen Außenpolitik ab, die sich anschickt, für sich die Führungsrolle in ihrem Teil des Nahen Ostens zu reklamieren. „Friede", so läßt sich Hafiz el-Assad gern zitieren, „kann in der Region nur auf der Basis militärischen Gleichgewichts geschaffen werden."

Viele Anzeichen deuten auch darauf hin, daß der ehrgeizige Assad die durch sowjetische Waffenhilfe gewonnene militärische Stärke nicht mit auch politischer Abhängigkeit von der Sowjetunion bezahlen möchte. „Am liebsten wäre ihm", so ein westlicher Diplomat in der Hauptstadt, „wenn der syrische Schwanz mit dem russischen Dackel wackeln könnte und nicht umgekehrt."

Davon ist Damaskus aber (noch) weit entfernt. Allen Militärbeobachtern vor Ort ist klar, daß die potentiell überlegene Schlagkraft der syrischen Armee wenigstens noch für die nächsten beiden Jahre, von der Anwesenheit sowjetischer Berater und auch von der jeweiligen Interessenlage der sowjetischen Nahostpolitik abhängt. Vor allem in der Luftverteidigung und ihren Kernstücken, den Frühwarnsystemen und den SAM-5-Stellungen, sind ausschließlich russische Experten tätig. Ihre Zahl wird derzeit auf 6000 geschätzt, und ohne sie dürfte weder die unverzichtbare elektronische Verknüpfung der überlappenden Luftverteidigungsräume noch der operative Einsatz jener sowjetischen „Wunderwaffen" möglich sein, auf denen Assads militärische Größe derzeit ausschließlich steht.

Perez bedauert Verletzung der Menschenrechte

rtr, Warschau

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar, hat gestern Verletzungen der Menschenrechte, darunter auch das Recht der Gewerkschaftsfreiheit, verurteilt. Perez kritisierte in Krakau, daß einige Länder lediglich Lippenbekenntnisse zu politischen, gesellschaftlichen, religiösen und gewerkschaftlichen Rechten ablegten. Perez, der heute mit dem polnischen Partei- und Regierungschef, Armeegeneral Wojciech Jaruzelski, zusammentreffen wird, vermied des jedoch, Staaten beim Namen zu nennen.

Perez sagte, es gehe nicht nur um lebensbedrohende Menschenrechtsverletzungen, die viele Menschenleben kosteten. Ebenso tragisch sei, daß wichtige Menschenrechte wie die Religions- oder Gewerkschaftsfreiheit mißachtet würden. Vor Mitgliedern der Krakauer Universität sagte der Generalsekretär, die Vereinten Nationen hätten den klaren Auftrag, für die Achtung der in der Menschenrechtsdeklaration niedergelegten Freiheiten Sorge zu tragen.

Der UN-Generalsekretär hat bereits mit Außenminister Olszowski konferiert und wird im Rahmen seiner Osteuropa-Reise noch die CSSR, Ungarn und Bulgarien besuchen.

400 000 gegen Pariser Schulpolitik

dpa, Rennes

An der bisher größten Demonstration gegen die Schulpolitik der französischen Regierung haben am Samstag in Rennes (Bretagne) zwischen 300 000 und 400 000 Menschen teilgenommen. Sie protestierten gegen die Pläne zur weitgehenden Angleichung der privaten Schulen an das staatliche Schulsystem.

Die Regierung hat die ursprünglichen Pläne des sozialistischen Ministers Savary zur Gleichschaltung der freien, überwiegend katholischen Schulen und ihrer Lehrpläne bereits überarbeitet. Jetzt wehren sich die Schulen, in denen 17 Prozent der französischen Kinder unterrichtet werden, gegen die vorgesehene finanzielle Überwachung und gegen die Übernahme ihrer Lehrer in den Staatsdienst.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sonderbares in Washington

„USA besorgt: Wie verläßlich sind die Deutschen?"; WELT vom 18. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Bericht der WELT scheint sich zwei Tage lang in Washington Sonderbares in der Berufung auf das Erbe Adenauers begeben zu haben: der beste Vertrag Adenauers, der Deutschlandvertrag, sei „in Wort und Konzept wesentlich abgemildert" worden.

Wie bitte? Seit wann ändert ein Symposion eindeutige Verträge? Die Westmächte haben den Deutschlandvertrag bei den Ostverträgen völkerrechtswirksam für unberührt erklärt, die Vertragsstaaten haben ihn zum 25. Jahrestag feierlich bekräftigt, die Bonner USA-Vertretung hat sich vor kurzem ausdrücklich auf die volle Geltung von Artikel 7 berufen, Windelen hat ihn in Washington, allerdings nur in einem Teil, zitiert.

Das läßt sich nicht durch Wortblasen von der „Interessensubstanz" und der „Interdependenz" zum zweiten Staat in Deutschland ersetzen. Adenauer stieß in Washington in einer Zeit, als die Bundesrepublik noch weniger bedeutete, nicht auf Mißtrauen, wenn er zäh und konstant die Verknüpfung jeder Verhandlung über die Sicherheit mit nie erlahmenden Forderungen zum schrittweisen Abbau der Teilung Deutschlands und Europas in Freiheit verband. Die weiterhin gültige politische Richtlinie der NATO, der Harmel-Bericht, nennt in klaren Worten die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas als das Hauptziel der Entspannungspolitik. Shultz sagte das ebenso klar zur Eröffnung der Konferenz in Stockholm. Es ist schädlich und unehrlich, wenn man die Behandlung der nationalen Kernfrage in nebulöse Fernen vertagt, statt sie unermüdlich in der aktuellen Politik zu betreiben.

Auch Windelen erwähnte die Verknüpfung der Sicherheits- und der nationalen deutschen Fragen. Er deutete an, daß sich die Deutschlandpolitik der Bundesregierung nicht nur „auf das Verhältnis zur DDR verengt".

In Potsdam wurde 1945 vom Vorsitzenden des Verhandlungstages, Truman, nach einer knappen Sachdiskussion klar zusammengefaßt, was für die Sieger Deutschland ist, und es gibt keinen völkerrechtlichen Akt, der dies änderte, dagegen viele, die es bestätigen. Die von Windelen postulierte „Verschiebung im politischen Spektrum" nach dem Herbst 1982 muß sich wieder auf das zubewegen, was Adenauer unter Annäherung der deutschen, unter Verbesserung der freiheitlichen Umstände verstand, und von dem ausgehen, was Deutschland noch ist.

Die Staaten in Deutschland können nicht „im Alleingang", ohne Nachbarn, Verbündete und Sieger, die deutsche Frage lösen, noch weniger aber Konzepte von Historikern, die ohne Präzisierung der „Selbstbestimmung" diese in Fragen des Staates und Volkes in Gegensatz zu Gebietsfragen setzen. Das Gegenteil gebieten das Grundgesetz, das Völkerrecht und unsere Verträge. Staaten in Europa wird es noch lange geben. Das Grundgesetz verbietet aber nicht das Nachdenken über freiheitliche und föderale gesamteuropäische Ordnungen der Staaten, Völker und Volksgruppen, die Präambel empfiehlt dies sogar.

Die nationale Frage ist in ernsterer Diskussion, als viele meinen. Gegenüber dem nationalen Überschwang in der DDR und dem wachsenden nationalen Isolationismus und Neutralismus von links und rechts bei uns kann sich nur ein maßvolles, aber festes Bekenntnis zu den berechtigten deutschen Interessen, ein freiheitlich-demokratisches, europäisch und zum Bündnis geöffnetes deutsches National-, Staats- und Geschichtsbewußtsein behaupten. Statt einen Keil zwischen Selbstbestimmung und Gebietsfragen zu treiben, wären darüber intensive Dialoge mit den Historikern und Zeitgeschichtlern angezeigt. Die Politiker brauchen auch von ihnen Hilfen, um die deutsche Frage in ihren rechtlichen und geschichtlichen Voraussetzungen mit einem gerechten europäischen Ausgleich zum Wohle der Nachbarn, unseres Volkes und Europas zu verknüpfen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Herbert Czaja, MdB,

Ärzteausbildung

„Therapie für die jüngeren Jünger Aeskulaps"; WELT vom 30. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Betroffene möchten wir darauf hinweisen, daß wir im Gegensatz zum Verfasser nicht der Ansicht sind, die geplante 5. Änderung zur Approbationsordnung für Ärzte trage zur Verbesserung der Arzt-Ausbildung bei.

Für den Außenstehenden mag zwar die Ausbildung durch die geplante 2jährige, zusätzliche Praxisphase intensiviert erscheinen, jedoch wird sie in der Realität um 2-3 Jahre verkürzt! Denn für die Schaffung der zweijährigen „Arzt-im-Praktikum"-Stellen muß die Hälfte der Assistenzarztstellen gestrichen werden (Ausbildungszeit 4-7 Jahre).

Da diese Weiterbildungsplätze dann fehlen, ist der Großteil der jungen „Jünger Aeskulaps" gezwungen, sich ohne die bisher übliche weitere (Facharzt-)Ausbildung niederzulassen.

Wir möchten nicht, wie 1970 die „Flut der Medizinstudenten", die Hervorhebung des praktischen Teils des Studiums zunichte machen. Als Kompromiß wäre z. B. eine Anrechenbarkeit der Praxisphase auf eine spätere Facharztausbildung sinnvoll.

Aber wir befürchten, daß der Öffentlichkeit mit dem Bild einer – nur scheinbaren – „Verbesserung der Qualität der Nachwuchsmediziner" dieser Art nur Sand in die Augen gestreut wird.

Mit freundlichen Grüßen
Christiane Tomm und weitere Medizinstudenten, Kiel

Wort des Tages

„Vergötzung physischer Kraft und Gesundheit führt zunächst notwendig zur Verachtung des Alters, damit aber auch zur Verachtung der Weisheit."

Theodor Haecker, dt. Kulturphilosoph (1879–1945)

„Identitätskrise"

„Kohl zu den Generalen: Der Minister ist mein Freund und Kollege"; WELT vom 16. Februar

In seinem Bericht in der WELT versucht der von mir durchaus geschätzte Rüdiger Moniac meine auf der Kommandeurtagung in Travemünde in nichtöffentlicher Sitzung abgegebene Stellungnahme dadurch zu entwerten, daß er sie als parteilich veranlaßt darstellte, was in keine Weise zutrifft. Zudem schreibt er mir Äußerungen zu, die überhaupt nicht gefallen sind. So habe ich weder Bundesminister a. D. Apel noch mittelbar seine Amtsperiode erwähnt oder auf General a. D. Wust Bezug genommen.

Der Sache nach ging es mir allein darum darzutun, daß es zu einer „Affäre Kießling" mit all ihren unerfreulichen Begleiterscheinungen nie gekommen wäre, wenn die politische Leitung des Verteidigungsministeriums von Anfang an bestimmungsgemäß in die Angelegenheit eingeschaltet, insbesondere juristischer Sachverstand des Ministeriums, zum Beispiel der des Bundeswehrdisziplinaranwaltes, umfassend hinzugezogen und vor allem der Generalinspekteur in allen Phasen des Geschehens an der Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt worden wäre, wie dies nach eigenem Miterleben bei Helmut Schmidt und Georg Leber stets selbstverständlich war und wie es der Stellung des obersten Soldaten der Bundeswehr und militärischen Ratgebers der Bundesregierung gemäß sein sollte. Dann wäre es sicherlich nicht zu all jenen unschönen Weiterungen gekommen, die nach Alfred Dregger „den moralischen Nerv der Armee getroffen" und nach Franz Josef Strauß geeignet waren, eine „Identitätskrise" zu bewirken.

Günter Raulf, Generalleutnant

Selbstdemontage

„Ja, die USA versuchen eine Annäherung der Mächte"; WELT vom 11. Februar

Die Rückgabe des Sinai kommentiert der österreichische Ex-Bundeskanzler mit: „Das war ein bißchen Wüste." Wer so daherredet, ist ein Ignorant und Schwätzer. Es ist die vollendete Selbstdemontage des Bruno Kreisky. Ein armer Mensch, der dem jüdischen Volk genug Schaden zugefügt hat, bleibt übrig.

J. Schall, Mayen

Personalien

EHRUNGEN

Der Pfarrer **Siegfried Arndt** aus Leipzig und der Dresdner Historiker **Helmut Eschwege** werden in diesem Jahr die Buber-Rosenzweig-Medaille des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit erhalten. Während der Woche der Brüderlichkeit am 11. März in Worms sollen die Auszeichnungen an die beiden Bürger aus der „DDR" überreicht werden. Die Ansprache wird die Schriftstellerin **Ingeborg Drewitz**, Berlin, halten. Ihr Thema: „Jüdisches Erbe in Deutschland – Botschaft und Herausforderung." Arndt und Eschwege sind die ersten „DDR"-Bürger, die mit der seit 1968 verliehenen Medaille, die nach den beiden jüdischen Philosophen **Martin Buber** und **Franz Rosenzweig** benannt ist, ausgezeichnet werden. Siegfried Arndt ist Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum", in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der „DDR" und Sprecher der am jüdisch-christlichen Dialog beteiligten Arbeitsgemeinschaften und Kreise der „DDR". Der gebürtige Hannoveraner Helmut Eschwege hat sich als Autor von „Kennzeichen J" und des Buches „Die Geschichte der deutschen Synagogen" einen Namen gemacht.

*

Der ehemalige SPD-Fraktionschef **Herbert Wehner** wird in dieser Woche in Bonn aus der Hand des israelischen Botschafters **Jitzhak Ben-Ari** die Ehrendoktorwürde der Universität Jerusalem entgegennehmen. Wehner mußte aus Krankheitsgründen im letzten Jahr zweimal eine Reise nach Israel absagen. Die Auszeichnung mit dem Doktorhut findet jetzt mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des SPD-Politikers in der Bonner Residenz des Botschafters statt.

*

Der von den Marburger Behringwerken in Auftrag gegebene medizinische Fortbildungsfilm „Rabies", „Tollwut", ist mit dem Filmpreis der Bundesärztekammer ausgezeichnet worden. Den jährlich nur einmal vergebenen Preis für den besten deutschen Medizinfilm in Form eines drei Kilo schweren naturgewachsenen Bergkristalls erhielt der Autor und Regisseur des Films, Dr. **Hermann Schreiner**, Marburg. Der Arzt und Film-Regisseur leitet seit mehr als 20 Jahren die Filmabteilung des Deutschen Grünen Kreuzes in Marburg.

*

Die Gottfried-von-Herder-Preise der Hamburger Stiftung FVS in Höhe von je 20 000 DM wurden für das Jahr 1984 sieben osteuropäischen Künstlern zuerkannt. Ausgezeichnet werden der slowenische Kunsthistoriker Professor **Emiljan Ceve** aus Ljubljana, der griechische Literaturwissenschaftler Professor **Konstantinos Dimaras** aus Athen, der ungarische Schriftsteller **György Konrad** aus Budapest, der bulgarische Sprachwissenschaftler Professor **Krasimir Grigorov Mantschew**, Sofia, der rumänische Künstler **Constantin Lucaci** aus Bukarest und der polnische Komponist **Krysztof Meyer** aus Krakau. Die Auszeichnungen werden am 10. Mai in Wien überreicht.

VERANSTALTUNG

Literarisches von Cicero bis Zille gab es jetzt für die „Lobby" in Bonn. Die in der Bundeshauptstadt tätigen Repräsentanten großer Wirtschaftsunternehmen kamen in die von Dr. **Gerd Bartenberg** geleitete Verbindungsstelle der Preussag, um sich an drei Abenden hintereinander nicht von Konjunkturdaten sondern von dem Schauspieler **Werner Simon** unterhalten zu lassen. Simon war einst Regieassistent an **Max Reinhardts** Deutschem Theater in Berlin, außerdem ehemaliger Spielleiter am Staatstheater Dresden, an den Bühnen in Koblenz, Kaiserslautern und Baden-Baden. Heute moderiert er unter anderem beim Südwestfunk die Sendung „Fröhlicher Alltag". Unter den Gästen aus Wirtschaft, den Ministerien und der Politik waren der ehemalige Minister Dr. **Erich Mende**, **Christoph Dahlmann**, Conti-Hannover, **Klaus E. Eitner**, Mobil Oil, **Heinz Haefke**, Krupp, **Götz Schwippert**, Salzgitter, **Michael Graf Buquoys**, Commerzbank, **Hans Mühler**, Standard Electric Lorenz, Dr. **Kaspar von Oppen**, Ferrostaal und **Heinrich XI. Prinz Reuß**, Opel.



„Fröhlicher Alltag", dieses Mal in Bonn. Von links: Etta Schiller, Gastgeber Dr. Gerd Bartenberg, der Schauspieler Werner Simon und die Ehefrau des Gastgebers, Barbara Bartenberg. FOTO: KEIL

GESTORBEN

Erich Elsner, Ehrenvorsitzender des Verbandes der Berliner Bekleidungsindustrie, starb im Alter von 87 Jahren in Berlin. Er gehörte nach dem Krieg zu den „Männern der ersten Stunde", die maßgeblich am Wiederaufbau der Berliner Bekleidungsindustrie mitwirkten. In den siebziger Jahren war er Vorsitzender des Verbandes.

*

Professor Dr. **Erwin Kessel**, emeritierter Professor für Vergleichende Morphologie an der Universität Marburg, starb im Alter von 75 Jahren. Professor Kessel wirkte von 1946 bis 1974 im Zoologischen Institut der Universität und wurde vor allem als Leiter der Abteilung für Vergleichende Morphologie und Ökologie bekannt. In mehr als 40 wissenschaftlichen Publikationen widmete er der Umweltschutzforschung unter anderem einen breiten Raum.

SED rügt Schlendrian am Arbeitsplatz

AFP, Berlin

Die SED will, offensichtlich nach sowjetischem Vorbild, noch konsequenter gegen mangelhafte Leistungsbereitschaft vorgehen. Versuche einzelner, sich der Pflicht zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu entziehen oder es damit nicht so genau zu nehmen, dürfe die sozialistische Gesellschaft im Interesse des Wohles aller nicht tolerieren, hieß es in der jüngsten Ausgabe der Parteizeitschrift „Einheit". Disziplinlosigkeit, Nichtausnutzung der Arbeitszeit und Schlendrian seien „unvereinbar" mit der Verantwortung jedes einzelnen und der auch durch ihn auszuübenden Macht der Arbeiter und Bauern. Gegen ein solches Verhalten müsse unnachgiebig vorgegangen werden, forderte die „Einheit".

Das Blatt betonte, daß bei der „Herausbildung der notwendigen neuen Qualität des Leistungswillens und Leistungsverhaltens" weltanschauliche Fragen eine wachsende Rolle spielten. Fragen nach dem „Warum und dem Wofür" höherer Leistungen müßten im „vertrauensvollen Gespräch" mit den Werktätigen beantwortet werden.

Ungarn: Kontinuität in Moskau

DW. Budapest

In demonstrativer Weise hat die ungarische Parteizeitung „Nepszabadsag" auf das Prinzip der kollektiven Führung in der Sowjetunion hingewiesen. Obwohl die Bedeutung von Persönlichkeiten nicht bezweifelt werden dürfe, könne man keinen größeren Fehler begehen, als „die Tatsache der kollektiven Führung der KPdSU zu ignorieren, die der Garant der politischen Kontinuität ist", schrieb das Budapester Parteiblatt. Man könne „absolut sicher" sein, daß unter Konstantin Tschernenko der bisherige außenpolitische Kurs fortgesetzt werde. Die Türen für Verträge und Abrüstung seien „immer noch offen".

Die neue sowjetische Führung verzichtet offenbar auf die von Andropow eingeführte Veröffentlichung des Wochenberichts des KP-Politbüros im Fernsehen. Am Freitagabend wurde in den Abendnachrichten erstmals seit 15 Monaten nicht mehr über die Sitzung des führenden Parteigremiums berichtet.

SPD macht jetzt Front gegen die Verkabelung

Rau begründet Kurskorrektur in der Medienpolitik

fac. Bonn

Nach ihrem Ja zum privaten Rundfunk nimmt die SPD konzentriert Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) ins Visier. Das Plädoyer des „medienpolitischen Aktionsprogramms 1984" der SPD für eine Weiterentwicklung des *Rundfunkwesens* über „direktstrahlende Rundfunk-Satelliten" ist eine Absage an die Verkabelungspläne Schwarz-Schillings.

Die verstärkt betriebene Auseinandersetzung um diese *Pläne soll* offensichtlich dazu dienen, den Unmut im SPD-Lager, vornehmlich unter den Gewerkschaften, über die medienpolitische Kurskorrektur zu kanalisieren. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hat den Bundespostminister unterdessen gebeten, „an seiner konsequent verfolgten Politik der Verkabelung festzuhalten".

Die SPD argumentiert in ihrem Programm, wer die Auswahlmöglichkeit des Zuschauers und Zuhörers vergrößern wolle, müsse nicht auf die Verkabelung setzen. Bei den Direktsatelliten genügten „punktuelle Inselverkabelungen bzw. die vorhandene Infrastruktur der Gemeinschafts- und Großgemeinschaftsantennenanlagen; sogar Empfang durch Einzelantennen ist möglich und von interessierten Hörern bezahlbar". Demgegenüber versprechen sich maßgebliche Unionspolitiker eine Vielfalt in Hörfunk und Fernsehen von einem „flächendeckenden Breitbandkabelnetz".

Johannes Rau, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokraten, beschrieb gestern abend im ZDF die neue Position seiner Partei: „Es muß sozialdemokratische Akzente geben." Wenn das bisherige Gegenüber von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privater Presse nicht zu halten sei, „dann bin ich dafür, daß bei den privaten Medien über öffentlich-rechtliche Kontrolle und über Binnenpluralismus, das was man Ausgewogenheit nennt, feste Vereinbarungen getroffen werden".

In Raus Staatskanzlei wird zur Zeit an einem „Landesmediengesetz" gearbeitet, mit dem das bisherige Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zwar beendet, gleichzeitig aber die Existenz der Anstalten in der Konkurrenz zu privaten Anbietern gesichert werden soll. Die Landesregierung denkt nicht nur an eine Bestandsgarantie, sondern auch an eine „Entwicklungsgarantie".

Seite 2: SPD und Pluralismus

Appell an Swapo-Chef

Genscher dringt auf „inneren Frieden" in Namibia

v. K. Paris

Außenminister Genscher und der Führer der namibischen Untergrundorganisation Swapo Sam Nujoma, haben nach einem Gespräch in Paris am Wochenende in einer gemeinsamen Erklärung ihren Willen bekundet, die Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage des Sicherheitsratsbeschlusses 435 energisch voranzutreiben. Die Einhaltung der 1980 festgelegten, von der westlichen Fünfergruppe USA, Großbritannien, Bundesrepublik, Italien und Frankreich garantierten Verfassungsprinzipien für ein künftiges Namibia sei hierzu Grundbedingung.

Offenbar auf besonderes Drängen Genschers im Interesse der rund 90 000 Deutschen in Namibia wird auf „innerem Frieden" und der Beachtung „gleicher Rechte für alle Volksgruppen" bestanden. Das am 16. Februar 1984 in der sambischen Hauptstadt Lusaka zustandegekommene Abkommen über eine Räumung Angolas durch südafrikanische Truppen müsse korrekt durchgeführt werden.

Die Erklärung enthält einen Appell Genschers an die Swapo, den Einigungsprozeß zwischen Südafrika und Angola nicht zu stören. Sam Nujoma, der sich zur Zeit auf einer *Rundreise durch mehrere westliche* Hauptstädte befindet, hatte in der vergangenen Woche in London erklärt, die Swapo werde ihren Kampf gegen Südafrika im Inneren Nami*bias fortsetzen, bis das Land frei sei.* In Paris forderte Nujoma westeuropäische Sanktionen gegen Südafrika zur Unterstützung dieses Kampfes.

Warschau gibt Schwäche der Partei zu

● Fortsetzung von Seite 1

re Lage Polens von den Sowjets skeptisch verfolgt werden dürfte. Mit auffallender Betonung hat Parteichef Jaruzelski am vergangenen Wochenende auf das „Verständnis" des neuen KPdSU-Generalsekretärs Tschernenko hingewiesen. Ungeachtet dieser Beteuerung verstummen die Bedenken nicht. Tschernenko, so wird betont, sei ein Mann des Parteiapparats, der allen Reformen gegenüber mißtrauisch steht. Außerdem sei er ein Mann Breschnews, welcher die Entwicklung in Polen stets mit Mißtrauen verfolgt habe.

Ein anderer wesentlicher Punkt der März-Konferenz wird das Ver*hältnis zur katholischen Kirche sein.* Der Dialog zwischen Kirche und Staat wird inzwischen nicht nur in der KP mit Mißtrauen beobachtet, es regen sich auch die Kritiker des politischen Kurses von Primas Glemp. Ein Indiz ist die Mißfallenskundgebung von rund 2000 Messebesuchern am vergangenen Samstagabend in dem Warschauer Industrievorort Ursus. Mit Zwischenrufen und Pfiffen reagierten die Gläubigen auf den Versuch des Dekans Jan Gory, die Versetzung des Priesters Mieczyslaw Nowak, eines Verteidigers der Ziele von „Solidarität" zu rechtfertigen. Nowak war von Glemp Versetzung in eine Landgemeinde mitgeteilt worden. Dem Kardinal wurde daraufhin öffentlich vorgehalten, dem Druck des Regimes nachgegeben zu haben.

DW. Hannover

Das geplante Hilfsprogramm der westeuropäischen katholischen Bischofskonferenzen für die polnische Landwirtschaft ist jetzt von der Landsmannschaft Schlesien scharf kritisiert worden. Der Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (CDU) wies auf einer Veranstaltung seiner Organisation in Uelzen auf die Forderung *General Jaruzelskis hin, daß die Hälfte* der geplanten Mittel Staatsgütern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zufließen sollten. Die Landsmannschaft, so der *Unionspolitiker, habe gesicherte In*formationen, wonach die Zuliefererindustrie der staatlichen Agrarwirtschaft einbezogen werden solle. Dazu würde auch die Reifenindustrie gehören, die die polnische Armee versorgt. Sauer: „Wir würden also mit diesen Mitteln indirekt auch das polnische Militär stärken."

Papst nennt Konkordat „Zeichen der Eintracht"

Katholizismus ist in Italien nicht mehr Staatsreligion

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Papst Johannes Paul II. hat die „historische Tragweite" des neuen Konkordates zwischen dem *Hl.* Stuhl und Italien hervorgehoben und es als „Zeichen der erneuerten Eintracht zwischen Kirche und Staat in Italien" bezeichnet. Nach der Ratifizierung und Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen wird die katholische Religion in Italien nicht mehr Staatsreligion sein. Im Gegensatz zu dem 1929 von Mussolini und dem damaligen Kardinalstaatssekretär Gaspaji im Lateranpalast abgeschlossenen Konkordat verpflichten sich beide Seiten in Artikel 1 der neuen Vereinbarung, Unabhängigkeit und Souveränität von Kirche und Staat in ihren jeweiligen Bereichen zu respektieren. Im Zusatzprotokoll heißt es: „Das ursprünglich von den Lateranverträgen reklamierte Prinzip der katholischen Religion als einziger Religion des katholischen Staates wird als in nicht mehr in Kraft befindlich betrachtet."

Das neue Konkordat, das am Wochenende in der römischen Villa Madama von Kardinalstaatssekretär Casaroli und Ministerpräsident Craxi unterzeichnet worden ist, ersetzt den Vertrag mit dem faschistischen Regime aus dem Jahre 1929. Mit diesem Konkordat waren – sechs Jahrzehnte nach der Besetzung Roms und des Kirchenstaates durch italienische Truppen – das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Italien normalisiert und auf eine vertragliche Grundlage gestellt worden.

Der Zeit angepaßt

Die jüngste Vereinbarung trägt den seitdem eingetragenen Veränderungen im kirchlichen und staatlichen Bereich Rechnung. Ihre 14 Artikel stehen – anders als viele Bestimmungen der alten Konvention – im vollen Einklang mit den Beschlüssen des 2. Vatikanischen Konzils und der demokratischen Verfassung der italienischen Republik. Sie kodifizieren, was seit Jahren weitgehend praktiziert wird oder durch Urteile des italienischen Verfassungsgerichtshofes dem Staat zur Auflage gemacht worden ist.

Die wichtigsten Neuerungen betreffen die Stellung der katholischen Religion in der pluralistischen Gesellschaft von heute, das Eherecht, den schulischen Bereich und die Autonomie des Episkopats. Hauptorientierungspunkte bei den 15 Jahren dauernden Verhandlungen waren staatlicherseits das vom Einiger Italiens, Camillo Cavour, aufgestellte Prinzip einer „freien Kirche in einem freien Staat", vatikanischerseits die Konzilskonstitution „Gaudium et Spes" und die Konzilserklärung über die Religionsfreiheit.

Außer der Bestimmung über die Staatsreligion sind auch die Artikel gefallen, in denen sich Italien verpflichtete, über den „heiligen Charakter der Ewigen Stadt" zu wachen und abgefallenen Priestern die Ausübung öffentlicher Ämter zu untersagen. Die wichtigste Änderung im schulischen Bereich betrifft den Religionsunterricht. Nach der neuen Norm garantiert der Staat diesen Unterricht zwar weiter an allen öffentlichen Schulen, die Teilnahme ist jedoch nicht mehr verpflichtend.

Eherecht liberalisiert

Auch hinsichtlich des Eherechts hat die Kirche weitgehende Konzessionen gemacht. Im neuen Konkordat ist für kirchlich geschlossene Ehen nicht mehr ausschließlich das Kirchenrecht zuständig. Die Übertragung kirchlicher Eheschließungen in die standesamtlichen Register wird staatlicher Kontrolle unterworfen, und die Nichtigkeitserklärungen solcher Ehen durch kirchliche Gerichte werden im zivilen Bereich erst wirksam, wenn sie vom zuständigen staatlichen Gerichtshof bestätigt werden. Die seit 1970 mögliche zivile Scheidung kirchlich geschlossener Ehen wird vom Vatikan stillschweigend geduldet.

Die staatlichen Zugeständnisse liegen im Bereich der kirchlichen Autonomie: Die Errichtung neuer Bistümer ist künftig frei und nicht mehr an die Zahl staatlicher Provinzen gebunden. Der Staat verzichtet auf das Einspruchsrecht bei Bischofsernennun*gen und den Treueeid der Bischöfe* auf den Staat.

Die noch offene finanz- und steuerrechtliche Stellung kirchlicher Einrichtungen soll von einer *Kommission* kodifiziert werden, die bei der Unterzeichnung des Konkordats gebildet wurde.

Wiesenthals Petition an Pinochet

kie. Washington

Simon Wiesenthal, der Leiter des Wiener „Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes", hat in Washington eine neue Kampagne bekanntgegeben, mit der die Auslieferung Walter Rauffs erreicht werden soll.

Rauff, heute 78 Jahre alt, lebt seit 1958 in Santiago, Chile. Er wird von deutschen und israelischen Behörden wegen seiner Beteiligung an der Ermordung Hunderttausender vor allem osteuropäischer Juden gesucht.

Das „Simon Wiesenthal Center" in Los Angeles hat inzwischen 1,5 Millionen Postkarten in alle Welt verschickt in der Hoffnung, eine internationale Petitionswelle auszulösen, die Chiles Präsident Pinochet zur Auslieferung Rauffs veranlassen soll. Dieses Anliegen erläuterte Simon Wiesenthal auch in einem kurzen Treffen mit Präsident Reagan im Weißen Haus.

Wiesenthal beschäftigt sich nach seinen Worten zunehmend mit der „Amnestie durch das Stethoskop", das heißt der Straffreiheit für Täter, die aus medizinischen Gründen von der Verbüßung ihrer Strafen freigestellt wurden, aber offensichtlich in bester Gesundheit ihrem Leben in der Bundesrepublik Deutschland nachgehen. Wiesenthal nannte spezifisch zwei Ärzte: *Dr. H. Schumann,* einen ehemaligen Assistenten des Auschwitz-Arztes Mengele, und Dr. A. Ulrich, einen der Euthanasie angeklagten Arzt, „der heute noch jeden Tag seinem ärztlichen Beruf nachgeht", so Wiesenthal.

Im Fall des Leiters der SS in Minsk und Kiew, Erich Ehrlinger, hat Wiesenthal den Justizminister Baden-*Württembergs, Heinz Eyrich, um Er*läuterung gebeten. Ehrlinger war 1961 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wegen seines Gesundheitszustandes wurde er 1963 aus der Haft entlassen.

Wiesenthal hofft auch, daß der Vatikan eines Tages eine komplette Dokumentation über die sogenannte „Vatikan-Route" vorlegt. Damit bezeichnet man heute allgemein jenen Geheimweg, über den viele namhafte Nationalsozialisten – so auch Walter Rauff – nach dem Kriege ihren Weg vor allem nach Südamerika fanden. Im Zentrum dieses Verbindungsnetzes stand ein in Rom ansässiger österreichischer Bischof namens Alois C. Hudal.

Einmal ist keinmal . . .

E.W. „Ich würde gern einmal das 'Wort zum Sonntag' machen und den Leuten zeigen, daß zwischen Lotto und Krimi noch einiges zu holen ist." So diktierte selbstbewußt der Liebling aller Schwiegermütter, Thomas Gottschalk, einem Reporter in den Stenoblock.

Ein Priester aus Aachen wollte den TV-Sonnyboy zum Sonntag beim Wort nehmen. Der 75jährige Ernst Wilhelm Nusselein, selbst seit langem im Kreis der TV-Prediger, bot ihm an, „eins zu machen, wie Sie es sich vorstellen. Wenn ich mich damit identifizieren kann, würde ich mein Bestes tun, es angemessen vorzutragen." Die Antwort des Moderatoren von „Pop-Stop", „Telespiele" und „Na so was" steht noch aus. Denn so hatte der sich die Geschichte sicher nicht vorgestellt. Bloß die Texte schreiben und nicht selber ins Scheinwerferlicht treten? Wenn er sich denn schon mal Tiefgründiges ausdenkt, will er es natürlich auch selbst verkaufen.

Aber Nusselein wäre ohnehin nicht befugt, dem Laienprediger in spe einen Platz vor der Fernsehkamera anzubieten, und die, die es sind, die wollen es nicht. „Würde man den Showmaster als Gastsprecher einladen, dann macht man damit das 'Wort zum Sonntag' zum Trittbrettfahrer bei Thomas Gottschalk. Das aber kann nicht Sinn der Sendung sein", ließ Pater Hermann-Josef Burbach verlauten, *katholischer Rundfunkbeauftragter* beim WDR und zuständig für die Drei-Minuten-Sendung am Samstagabend vor dem Spätfilm. „Nicht, daß ich etwas gegen Herrn Gottschalk hätte, *im Gegenteil*", beteuert er. „Ich schätze ihn als ausgezeichneten Unterhalter. Doch wenn es ihm gelingt, in seinen Shows auf seine Weise etwas 'rüberzubringen von der Botschaft Jesu, dann macht er doch eigentlich genau das, was er gern mal machen möchte, nämlich eine christliche Sendung."

Bleibt die Frage, ob Gottschalks Sendungen dann nicht bald genauso vor leerem Bildschirm laufen wie die Samstagabend-Predigten, die viele Zuschauer ohnehin nur als willkommene Pause fürs Bierholen oder ähnliches benutzen. Die Meinungen gehen, wie nicht anders zu erwarten bei einem solch delikaten Thema, weit auseinander. Gut möglich, daß dem Showmaster das Wort zum Sonntag zur Show am Samstagabend gerät. Aber warum muß das Füllsel zwischen Tagesschau und Krimi denn immer ein Tummelplatz der Langeweile sein? Laßt es ihn doch einfach mal versuchen.

Einmal ist schließlich keinmal . . .

Wo Graham Greene einst spionierte: Freetown

Touristen und Bauxit

Freetown, 400 000 Einwohner, liegt an der Spitze einer Halbinsel, deren Gebirge Sierra Leone seinen Na*men dem ganzen Land gab. Die Stadt* an der afrikanischen Westküste ist eine durch und durch kosmopolitische Metropole, wenn man einmal die Herkunft der Menschen in Betracht *zieht, die dort ihre endgültige Bleibe* gefunden haben.

Abgesehen von den mehr als 15 Volksgruppen, die Sierra Leone zählt, gibt es darüber hinaus noch die Kreolen, die Nachkommen der freigelassenen Sklaven aus Indien, Kanada und England. Sie haben sich 1787 dort niedergelassen und auch den Staat Sierra Leone gegründet, wobei *sie die umliegenden Gebiete in die* neugeschaffene Heimat mit einbezogen.

England proklamierte 1896 das Gebiet zunächst als Protektorat und *schließlich 1908 als britische Kolonie.* Im Staat herrscht ein Sprachgewirr von nahezu babylonischen Ausmaßen. Denn alle der 15 Ethnien haben ihre eigenen Sprachen, die völlig voneinander verschieden sind: Limba, Kono, Loko, Fulbe, Malinke usw. Im Laufe der Zeit haben sich drei Verkehrssprachen, insbesondere in der Hauptstadt Freetown, herauskristallisiert: die der Mende und die der Temne, die hier etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. Da es keine allgemeine Schulpflicht gibt, sind rund 70 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Zentren der Erwachsenenbildung bemühen sich, diese hohe Zahl abzubauen.

Die Stadt der Freien – Freetown, Sierra Leone - ARD, 21.15

Obwohl die Kreolen nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung ausmachen, ist ihre Sprache, genannt Krio, eine der *wichtigsten drei Umgangssprachen* des Landes neben der Mende und der Temne. Krio ist von portugiesischen, spanischen, französischen sowie afrikanischen Wörtern durchsetztes *Englisch – ein nicht zu über*hörender Hinweis auf die verschiedenen Ursprünge der entlassenen Sklaven. Englisch ist die offizielle Verfassungssprache.

Die ersten gebildeten Sierraleoner sind die Kreolen. Die Libanesen, mit etwa 3000 fast ebenso stark wie die Anzahl der britischen Einwohner von Freetown, beherrschen den Groß- und Einzelhandel sowie das Importgeschäft des Landes. Freetown ist das Wirtschaftszentrum des Landes mit Erdölraffinerie, Nahrungsmittelindustrie, Holzverarbeitung sowie Baumaterial und Diamantenschleifereien.

Diamanten und Bauxit sind die größten Bodenschätze von Sierra Leone. „Dominco" heißt die Gesellschaft, die sich um die Gewinnung der Bodenschätze kümmert. Der *Staat ist daran zu 51 Prozent beteiligt.* Zu den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten gehören Kaffee und Kakao; sie sind hauptsächlich für den Export bestimmt.

Wenn es etwas gibt, was in Sierra Leone nicht gefördert zu werden braucht, so ist es der Tourismus. Insbesondere am „Lumley Beach", dem attraktiven Strand südlich der Stadt, läuft das Hotel- und Gaststättengewerbe auf Hochtouren.

Freetown ist wegen einer fast 80prozentigen Arbeitslosigkeit eine Stadt der Kriminalität. Mancher ist im Schmuggelgeschäft sehr reich geworden. Ein erheblicher Anteil von Diamanten wird nämlich illegal geschürft und in die Nachbarländer abgesetzt. Dieser Geschäftemacherei steht auch die „Mano River Union", die 1973 gegründete Zollunion mit Liberia, relativ machtlos gegenüber. 1980 ist der „Mano River Union" auch die Republik Guinea 1980 beigetreten.

Das Guinea von Präsident Sekou Touré ist übrigens die eigentliche Schutzmacht des längst abgewirtschafteten Regimes des 80jährigen greisen sierraleonischen Präsidenten Siaka Stevens. Ohne diese Schutzmacht würden die 3000 Polizisten und 3000 Soldaten des Landes niemals Herr der Lage im Lande sein, in dem *fast jeden zweiten Monat* Unruhen aller Art stattfinden.

Politische und militärische Machtkämpfe begannen mit den von Siaka Stevens gewonnenen Wahlen von 1967 und führten schließlich zur Ermordung des ersten Premiers, Milton Margai, weil ein Teil der Armee den Machtwechsel nicht vollziehen wollte. Politiker und Militär ersten Ranges sind dabei umgekommen.

Seit 1971 und endgültig ab Juni 1978 mit der Erhebung seiner Partei – die All Peoples Congress (APC) – zur *Staatspartei und somit zur Einheits*partei, sitzt Siaka Stevens fest im Sattel, insbesondere weil die Verfassung ständig entsprechend abgeändert wird. Gleichzeitig greifen aber auch Korruption und Schmuggel weiter um sich. In Freetown regiert also nicht nur der Präsident, hier operieren nicht nur britische Geheimdienstoffiziere wie einst Graham Greene, auch die Herren, die sich illegal im Untergrund betätigen, schalten und walten in der Hauptstadt. Da sehen sie getrost darüber hinweg, daß die Mangrovensümpfe an den Küsten von einer neuen Macht im Staat beherrscht werden - von den Touristen.

VUMBI-LOKO MBUTA

KRITIK

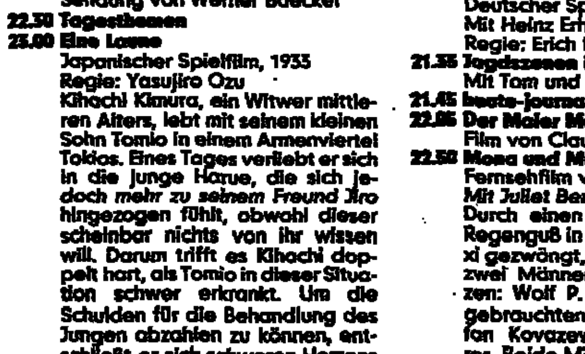
Vorstadtseliges Chargenspiel

Manche sagen, man sollte „Volksstücke" nicht gar so ernst nehmen, als wäre, was für das Volk gedacht ist, von vornherein von minderem Wert. Dann ist das Komödienstadl-Stück **Liebe und Blechschaden** (ARD) nur als Füllsel gedacht. Aber diese bayrische Blöd-Posse lief im besten Programmteil, nämlich zwischen Tagesschau und Lottozahlen. Also ernst nehmen oder nicht?

Für das Ernstnehmen spricht zwar die *Plazierung, dagegen indes der* mühselige Ablauf der Klamotte, das vorstadtselige Chargenspiel. Ich jedenfalls hatte nach einigem unernsten Schwanken mich für eine Teillö*sung entschieden. Einerseits schaute* ich dem Komödienstadl zu, andererseits, wenn's allzu blöd wurde, schaltete ich flugs zu Frank Elstners „Wetten daß . . ." um, da wurde gelacht *und getanzt,* und ein Lkw fuhr mit geradezu zärtlicher Behutsamkeit an ausgelegten Hühnereiern vorbei, ohne auch nur eines zu zerquetschen, aber, ‚zack, da war auf dem Ersten Kanal das bayerische Volk am Stükkespielen, bis eben, ja bis im Zweiten der Eiskunstlauf der Damen begann, da konnten die drei lustigen Moosacher gar nicht mit.

Fazit: Wer die Bayern nach dem Komödienstadl beurteilt, macht sich des Völkerhasses und des Rassenhochmuts verdächtig.

VALENTIN POLCUCH



Der Bayerische Rundfunk (BR) hat als einzige ARD-Anstalt **keine Vollmacht für den Großeinkauf** von mehr *als 1 500 Filmen erteilt,* die vom Deutschen Fernsehen für 230 Millionen Mark erworben wurden (vgl. WELT vom 16. 2.). Der BR sei mehr dafür gewesen, nach einer Paraphierung und damit vor einer endgültigen Unterschrift das Vertragswerk in den ARD-Anstalten eingehend zu prüfen, sagte BR-Intendant Reinhold Vöth. Die anderen acht Anstalten haben den Vertrag über das „MGM-Filmpaket" unterzeichnet. Der Münchner Sender kann jedoch dem Großeinkauf noch zustimmen. Vöth wies darauf hin, daß der BR „woanders Filme kaufen muß, wenn er diesem Einkauf nicht zustimmt". Der CSU-Filmexperte Herbert Huber bedauerte das schnelle Zustandekommen des Vertrages. *Die Zeche, so Huber,* werde der deutsche Film zahlen. dpa





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Liebe und Blechschaden
Der Komödienstadl

11.50 Umschau
12.10 Deutsche
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Jeder hat sein Nest im Kopf
Wiederbegegnung mit der Niederlausitz in der DDR
Film von *Juliane Schuhler*
17.20 Die Besucher
8. Genie hinter Mauern
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Smileys Leute
Agent in eigener Sache
Letzter Teil der Serie von John le Carré und John Hopkins
Mit Alec Guinness u. a.
Regie: Simon Langton
Grigoriev, der *auffällig luxuriös* lebt, in einer Nobellimousine durchs malerische Bern fährt und seiner Frau wohlweislich ein Liebesverhältnis verschweigt, ist eine leichte Beute für Smiley: Er wird gekidnappt und „singt", um nicht den eigenen Kopf hinzuhalten.
Anschließend: Ein Platz an der Sonne
21.15 Die Stadt der Freien
Freetown, Sierra Leone
Beschreibung einer afrikanischen Stadt
Von Luc Leysen
21.45 New York, New York
Sendung von Werner Baecker
22.30 Tagesthemen
23.00 Eine Laune
Japanischer Spielfilm, 1933
Regie: Yasujiro Ozu
Kihachi Kimura, ein Witwer mittleren Alters, lebt mit seinem kleinen Sohn Tomio in einem Armenviertel Tokios. Eines Tages verliebt er sich in die junge Harue, die sich je*doch mehr zu seinem Freund Jiro* hingezogen fühlt, obwohl dieser scheinbar nichts von ihr wissen will. Darum trifft es Kihachi doppelt hart, als Tomio in dieser Situation schwer erkrankt. Um die Schulden für die Behandlung des Jungen abzahlen zu können, entschließt er sich schweren Herzens zur Trennung von Tomio. Auf der Fahrt zu einer neuen Arbeitsstelle merkt er aber, daß er ohne seinen Sohn nicht leben kann.
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
8. Familienbande – Das Pflichtteilrecht
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
Das Schinkenbrot
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Udo Lindenberg und Judy High mit „Push just a little bit harder"
17.50 Die Straßen von San Francisco
Ein teurer Hund
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 700 Millionen Eigenbrötler
Reportage am Montag
Aus Indien berichtet Heinz Metlitzky
Die indische Regierungschefin hat wachsende Mühe, die widerstrebenden Kräfte *im großen indischen Subkontinent zusammenzu*halten. Die Unruhen im Punjab, das heißt die gewalttätige Separatistenbewegung der Sikhs, sind die jüngste Auflehnung gegen die Zentralregierung in Delhi. Die Gründe für die Misere liegen zum guten Teil an der politischen Führungsschwäche.
20.15 Natürlich die Autofahrer
Deutscher Spielfilm, 1959
Mit Heinz Erhardt u. a.
Regie: Erich Engels
21.35 Jagdszenen in Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.45 heute-journal
22.05 Der Maler Max Beckmann
Film von Claus Hennans
22.50 Mona und Marily
Fernsehfilm von Sven Severin
Mit Juliet Berto u. a.
Durch einen wolkenbruchartigen Regenguß in ein gemeinsames Taxi gezwängt, lernen sich im Urlaub zwei Männer kennen und schätzen: Wolf P. Kahlen, Vertreter in gebrauchten Computern, und Stefan Kovazewsky, Geschichtslehrer. Beide Mitte dreißig, sehr verschieden in ihrer Art und in ihrem Aussehen, beide jedoch auf ihre Weise selbstbewußte Persönlichkeiten.
0.25 heute



Hauptwachmeister Dobermann (Heinz Erhardt) beim Unterricht für Verkehrssünder. (Natürlich die Autofahrer - ZDF, 20.15 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (50)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich . . .
Seine Tollität Jupp VI.
Kölner Karnevalsprinz 1984
21.45 Musikschule heute – von Bach bis Pop
22.15 Ullis Allerlei
Neues aus der alten Heimat
Über den Berliner Regisseur Ulrich Schamoni
23.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Auf den Spuren der Vergangenheit (2)
19.45 Sonnenclub
Wie Schwaben sparen
20.00 Tagesschau
20.15 Die eigene Geschichte:
Nochmal zurück und dann weiter
Anschl.: Kurznachrichten
21.00 Das Montagsthema
22.00 Augen der Angst
Das Gruselkabinett
Engl. Spielfilm, 1960
23.40 Interview mit Karlheinz Böhm
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die kleine Fußball-Elf und ihre Nöte (1)
18.55 Die Geschichte vom Ziegenbock
19.00 Musik, Gespräch, Information
Mikis Theodorakis
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
22.35 Focus on Jazz

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (50)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Menschen unter uns
Hinter jedem Fall ein Mensch
Porträt eines Arbeitsrichters
Film von Lucas Maria Böhmer
21.00 Mad Movies
Rückblick auf die Stummfilmzeit
21.25 Vom Nutzen der unnützen Pflanzen
Möglichkeiten und Grenzen der Bioingenieure
22.20 Jazz am Montagabend

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
Kulturberichte der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.40 Z. E. N.
20.45 Denise Biellmann – Ein amerikanischer Traum
21.45 Rundschau
22.00 position 80 grad nord
Mit dem Eisbrecher in der kanadischen Arktis
Filmbericht von R. Degimann-Schwarz und Karl Niederecker
22.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Gold
23.30 Rundschau

Montag, 20. Februar 1984
Nr. 43

WELT DER WIRTSCHAFT

Nicht überfordern

HH – „Das Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfeindliche Produktionsverfahren dürfen sich nicht lohnen. Umweltfreundliches Verhalten muß sich auch wirtschaftlich auszahlen". Das Kanzlerwort aus der Regierungserklärung kommt nun in einer wirtschaftlich und politisch brisanten Frage auf den Prüfstand: Beim Lieblingsspielzeug der Deutschen, dem Auto.

Spätestens ab 1986 soll es umweltfreundlich werden. Doch ist jetzt schon so gut wie sicher, daß zumindest für eine Übergangszeit auch herkömmliche Umweltverschmutzer auf dem deutschen Markt angeboten werden. Schon deshalb muß die Bundesregierung schon heute den potentiellen Autokäufern ein deutliches Signal setzen, daß umweltfreundliches Fahren finanziell auf keinen Fall benachteiligt wird.

Es hieße sonst, das Verantwortungsbewußtsein des Bürgers zu überfordern, wollte man ihn allein die Zeche zahlen lassen, so lange es legale Umgehungsmöglichkeiten gibt. Schon die Unsicherheit hierüber kann in den beiden kommenden Jahren zu einer Steigerung der Autonachfrage führen, der ab 1986 der Kater eines entsprechenden Rückschlages folgen würde.

Die Vorschläge von Professor Bonus verdienen daher alle Beachtung – und zwar so rasch wie möglich. Mag sein, daß sich bei den Steuerexperten gegen diesen oder jenen Aspekt systematische Bedenken erheben. Doch an dem Ziel, das wirtschaftliche Eigeninteresse des Autofahrers an der Erhaltung der Umwelt zu wecken, sollte nicht gerüttelt werden.

Allein gelassen

Ha. (Brüssel) – Auf verlorenem Posten steht die Bundesregierung bei den Verhandlungen über den Austritt Grönlands aus der EG. Ihre Forderung nach einer dauerhaften Sicherung der angestammten Fangrechte der deutschen Fischereiflotte läßt sich in der gewünschten Weise kaum realisieren. Nicht nur die Dänen, die im Ministerrat für die Grönländer sprechen, widersetzen sich präzisen Zusagen. Auch die übrigen EG-Partner lassen Bonn ziemlich allein. Für die Regierung der halbautonomen Insel ist es unerläßlich, das Recht auf eine zunehmende Verwertung der Fischressourcen für die eigene Industrie mit nach Hause zu bringen. Gerade der Anspruch auf eine freie Verfügbarkeit über die eigenen Fanggründe hat ja zum Wunsch nach einem Sonderstatus am Rande der EG geführt. Bonn wäre deshalb schlecht beraten, wenn es seine Position weiter verhärtete. Mit der (konditionierten) Bereitschaft, den Grönländern finanziell zu helfen, dürfte mehr auszurichten sein als mit der Forderung nach einer genauen vertraglichen Vereinbarung.

UMWELTSCHUTZ / WELT-Gespräch mit Prof. Holger Bonus über Kfz.-Industrie

Steuerliche Maßnahmen sollten abgasarme Automobile begünstigen

HEINZ HECK, Bonn

Mit einem Bündel steuerlicher Maßnahmen sollten Bund und Länder die möglichst rasche Einführung umweltfreundlicher, abgasarmer Autos erleichtern. Ziel der Bemühungen sollte zugleich sein, abrupte Schwankungen der Nachfrage nach und der Produktion von Fahrzeugen in den Jahren der Umstellungsphase zu vermeiden. Das erklärte der Konstanzer Umweltexperte, Professor Holger Bonus, in einem WELT-Gespräch.

Bonus schlägt einen kombinierten Ansatz bei der Kaftfahrzeug-, Mineralöl- und Mehrwertsteuer sowie bei der Kilometerpauschale vor. Die Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Kfz-Steuer sollte von einem bestimmten Zeitpunkt an (aber nicht erst zum 1. Januar 1986) nicht mehr der Hubraum, sondern der Abgaswert des Fahrzeugs sein. Da die Fahrzeuge in der Bundesrepublik mit schätzungsweise 45 Prozent an den Stickoxidemissionen beteiligt sind, sieht Bonus hier den wichtigsten Ansatzpunkt. Man könnte entweder nur diesen Wert zur Grundlage der Besteuerung machen oder auch die Abgaswerte von Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffen hinzunehmen.

Alle Fahrzeuge, deren Abgaswerte eine noch festzusetzende Norm (das könnte zum Beispiel die in den USA bereits geltende sein) unterschreiten, werden also niedriger und Fahrzeuge, die über der Norm liegen, höher belastet (gestaffelt je nach Abweichung von der Norm). Mit Blick auf die umweltpolitische Zielsetzung sollte diese Norm im Prinzip gleitend gestaltet, also zur Ermunterung technischer Verbesserungen verschärft werden.

Verbleites Benzin sollte vom selben Zeitpunkt an durch eine Mineralölsteuererhöhung verteuert werden. Das Ausmaß dieser Erhöhung sollte sich in etwa an den im Vergleich zu verbleitem Benzin höheren Produktionskosten des unverbleiten Benzins orientieren. Eine noch stärkere Mineralölsteuererhöhung ginge dagegen finanz- wie umweltpolitisch ins Leere, da dann auch höher emittierende Fahrzeuge mit unverbleitem Benzin betankt würden, ohne die entscheidende Umweltentlastung (beim Stikkoxid) zu bringen.

Für Autos mit Abgaswerten unter der Norm sollte zugleich die Kilometerpauschale „fühlbar erhöht werden". Ergänzend könnte man bei Abgaswerten über der Norm die Kilometerpauschale absenken.

Schließlich sollten alle Kraftfahrzeuge, die mit ihren Abgaswerten unter der Norm bleiben, nur mit dem halben Mehrwertsteuersatz belastet werden. Auch hier wie bei der Kilometerpauschale gilt das Prinzip der gleitenden, also in bestimmten Abständen anspruchsvoller werdenden Norm.

Je nach Ausmaß der zu beschließenden Erhöhungen und Ermäßigungen der Steuern und der Kilometerpauschale können sich bei Bund, Ländern und Gemeinden Mehr- oder Mindereinnahmen ergeben. Die Kfz-Steuer fließt allein den Ländern, die Mineralölsteuer allein dem Bund und die Mehrwertsteuer beiden zu. Die Kilometerpauschale führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer im Verteilungsverhältnis des Aufkommens, also 42,5 zu 42,5 zu 15 Prozent.

Die Finanzminister von Bund und Ländern sowie die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände müßten sich daher über das Ausmaß der vorzunehmenden Korrekturen mit Blick auf die zu erwartenden finanz- und umweltpolitischen Konsequenzen verständigen, fordert Bonus.

Um die Durchsetzung niedrigerer Abgaswerte mit einem Minimum an bürokratischem Aufwand zu erreichen, schlägt Bonus einige ergänzende Maßnahmen vor:

1. Die Abgaswerte müßten in den Kfz-Brief und -Schein eingetragen und ihre Übereinstimmung mit den tatsächlichen Werten des Fahrzeugs bei der TÜV-Kontrolle überprüft werden.

2. Stichprobenartige Verkehrskontrollen sollten die ständige Einhaltung der für das jeweilige Kfz eingetragenen Werte überwachen.

3. Nachträgliche Änderungen am Fahrzeug mit dem Ziel, die Abgaswerte zu mindern, bedürfen der TÜV-Abnahme, werden in den Kfz-Schein eingetragen.

US-AKTIENMÄRKTE

Der Wall Street wächst die Wirtschaft zu rasch

H.-A. SIEBERT, Washington

Seit sechs Wochen nun singt die Wall Street ds gleiche Lied: Die ökonomische Schubkraft der riesigen Haushaltsdefizite ist zu groß; die US-Wirtschaft wächst so schnell, daß kein Raum für Zinssenkungen besteht oder die Notenbank die Kreditzügel sogar noch anziehen muß. In Manhattan kursierten Freitag Gerüchte, wonach eine Anhebung des Diskontsatzes, der seit vielen Monaten 8,5 Prozent beträgt, unmittelbar bevorstehen soll. Obwohl ein solcher Schritt vorerst unwahrscheinlich ist, stiegen sofort die kurzfristigen Zinsen. Zur Verunsicherung trug auch die jüngste Geldmengenvermehrung bei.

Was sich an den US-Aktienmärkten geändert hat, ist die Psychologie. Washingtons rote Zahlen werden mit einer Lawine verglichen, die jederzeit losbrechen kann. Selten hatten die Anleger, allen voran die Institutionen, so schwache Nerven. Seit dem 6. Januar, als der Dow-Jones-Industrie-Index mit 1287 Punkten einen neuen Rekord aufstellte, ist er um 138 Punkte gesunken. In der vergangenen Woche sackte er noch einmal um 11,83 (Freitag: minus 6,07) auf 1148,87 Punkte. Bisher galt die 1150-Marke als schwer zu überwindende „Verteidigungslinie". Der breite Nyse-Index fiel um 5,59 (0,48; 0,24) Punkte, was die Tiefe der Einbrüche unterstreicht.

Gehofft hat die Börse auf eine Verlangsamung des vor 14 Monaten begonnenen Konjunkturaufschwungs, um Kosten und Preise niedrigzuhalten. Vor Weihnachten sah es so aus, als ob das gelingen würde. Die Januar-Indikatoren erwiesen sich dann als überraschend stark. Es stiegen: die Industrieproduktion um 1,1, der Wohnungsbau um 15, die Verbraucherausgaben um 1,2, das persönliche Einkommen um 1,1 und die Einzelhandelsumsätze um 2,2 Prozent. Der Wall Street geht das alles zu schnell.

Bestätigt worden ist das weiterhin forsche Wachstumstempo noch durch die erste Revision des US-Bruttosozialprodukts im 4. Quartal 1983. Statt der vorausgesagten 4,5 wuchs es real um 4,9 Prozent. Im Gesamtjahr betrug das Plus 3,3 und im Vergleich der vierten Quartale 6,2 Prozent. Die Endverkäufe nahmen um 4,8 und die betrieblichen Investitionen um 29 Prozent zu. Gegenüber dem 3. Quartal stiegen aber gleichzeitig die Preise, gemessen am Deflator, von 3,6 auf 4,2 Prozent. Andererseits fielen die Nettoexporte (Güter und Dienstleistungen) um 5,1 Milliarden Dollar. Zu Preisen von 1972 schlug die US-Wertschöpfung 1983 mit 1572, nominal mit 3137 Milliarden Dollar zu Buch.

Wie es weitergeht, hängt von der Bewältigung des Defizitproblems ab. Eine Lösung ist nicht in Sicht; der Wahlkampf blockiert den Konsens. Broker sagen einen Sturz des „Dow" auf 1070 voraus. Viele Aktien sind jedoch sehr billig. Das könnte Käufer anlocken.

Viele Ängste

Von JOACHIM WEBER

Der Anlaß ist schon ein Symptom für sich: Anno 1984, zwanzig Jahre nachdem der Computer seinen Siegeszug auf breiter Front angetreten hat, und zu einer Zeit, da die Sprößlinge schon im Kinderzimmer bits und bytes durcheinanderwirbeln, entdeckt auch die Harzburger Akademie für Führungskräfte die neue Technik als Werkzeug, von dem ihr Klientel Gebrauch machen sollte.

Schön wäre es, wenn die Harzburger mit ihrem Symposium „Neue Technologien", das dieser Tage in Frankfurt stattfand, offene Türen eingelaufen hätten. Doch der akademische Vorstoß bedeutet mitnichten, daß nun endlich auch der deutsche Manager den maschinellen Assistenten in spe in sein Herz geschlossen hätte. Bis dato ist es den Wirtschaftslenkern der Nation immer noch – und das sogar mit Stolz – gelungen, sich selbst einen elektronikfreien Raum zu bewahren, sich weit über solch profanem Alltagsinstrumentarium in der Schwebe zu halten.

Gründe für dieses Verhalten fanden die Experten im Vorfeld des Symposiums zuhauf: die Furcht vor „Statusschäden", die Furcht vor dem Neuen, die „aus Nichtwissen entsteht", die Furcht, gewohnte Arbeitsweisen und womöglich den Nimbus des Vielbeschäftigten aufgeben zu müssen – noch immer beschäftigen sich 90 Prozent der deutschen Führungskräfte in einem wesentlichen Teil ihrer Zeit mit Routinearbeiten, die delegierbar oder manchmal sogar automatisierbar wären.

Die Abstinenz der Führungsspitzen rächt sich auf vielfältige Weise: Die EDV-Abteilungen bleiben abgekoppelt, behalten ihr über Jahre hinweg gepäppeltes und gehütetes Eigenleben und werden von Unternehmensführungen alimentiert, die sich blind auf die Experten verlassen müssen, obwohl Auswahl und Einsatz einer EDV-Anlage schon heute über die Existenz eines Unternehmens entscheiden können.

Wenn sie den Fachtechnokraten überlassen bleibt, findet die Einführung neuer Instrumente häufig strikt technikorientiert statt, ohne daß auf psychologische Momente größere Rücksicht genommen wird. In Zeiten, da immer mehr Mitarbeiter direkt mit der Informationsverarbeitung konfrontiert werden, bremst das die Motivation ebenso wie das schlechte Vorbild der „Vorturner": Angst und Mißtrauen werden als unnötige Hemmnisse aufgebaut. Die sinnvolle Nutzung der gar nicht so neuen Technik wird nahezu blokkiert. Die Führung begibt sich der Chance, zu neuen Qualitäten der Entscheidung zu kommen. Zum einen existieren in der alltäglichen Management-Praxis immer noch Hunderte von Pseudo-Entscheidungen, die nur deswegen ganz oben gefällt werden müssen, weil sie unzureichend vorbereitet sind, die Datenbasis unzulänglich und damit unsicher ist. Tatsächlich wären die meisten dieser Entscheidungen längst programmierbar oder wegen des geringen Fehlerrisikos wenigstens delegierbar.

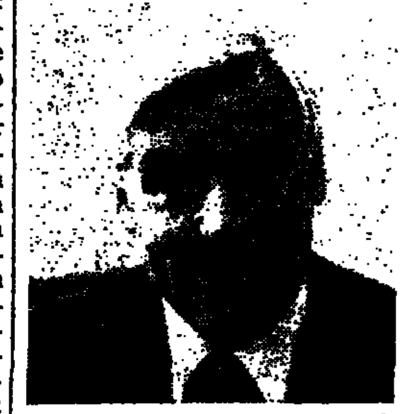
Zum anderen werden auch die „echten" Entscheidungen zu häufig durch ungenügende Informationen abgestützt, weil das einzige Instrumentarium zur Erfassung und Verdichtung der anschwellenden Datenflut – eben der Computer – als Führungsinstrument tabu ist.

Das Fazit: Die Einführung der modernen EDV – und damit ist die Datenverarbeitung am Arbeitsplatz gemeint – sollte ganz oben ansetzen. Erst wenn der Chef das Werkzeug akzeptiert, kann er gleiches auch von seinen Mitarbeitern erwarten. Und: Die Einführung muß mit umfassender Information vorbereitet und begleitet werden, um jedem Ansatz zur „Furcht aus Unwissenheit" die Spitze zu nehmen.

Was dabei vom Manager gefordert wird, ist keineswegs die intime Kenntnis von technischen Details oder von Programmiersprachen. Er soll „lediglich" die Möglichkeiten (und auch die Unmöglichkeiten) des neuen Werkzeugkastens so weit begreifen, daß er ihn an der richtigen Stelle in den Betrieb und in sein Führungsinstrumentarium einbeziehen kann.

Der Illusion, daß sie sich noch lange ungestraft um die neuen Techniken herumdrücken können, sollten sich die Führungsmannschaften jedenfalls nicht hingeben: In Zeiten, da die schnelle und richtige Information zum wichtigsten Faktor wirtschaftlicher Macht wird, könnten sie im internationalen Wettbewerb schnell Schiffbruch erleiden.

AUF EIN WORT



„Kommunikation ist heute ein unverzichtbarer Beitrag für die erfolgreiche Steuerung von Unternehmen. Sie tritt damit neu neben die klassischen Produktionsfaktoren „Arbeit, Boden, Kapital" und entscheidet maßgeblich über deren Effizienz."

Dr. Ingo Zuberbier, Präsident des BDW Deutscher Kommunikationsverband. FOTO: DIE WELT

16 Prozent mehr Personenwagen

dpa/VWD, Flensburg

Im Januar 1984 wurden in der Bundesrepublik und Berlin insgesamt 201 129 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen – 12,5 Prozent mehr als im Januar 1983. Das teilte das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg mit. Starke Einbußen mußten dagegen Krafträder hinnehmen. Mit rund 5000 Motorrädern und Leichtkrafträdern wurden fast 37 Prozent weniger zugelassen als im gleichen Vorjahresmonat. Im Vergleich zum Januar 1976 erreichten die Pkw-Neuzulassungen *das vierthöchste Ergebnis nach 1978* (206 000 Erstanmeldungen). Die Krafträder-Neuzulassungen lagen im Januar mehr als die Hälfte unter dem Motorrad-Rekordjahr 1980 (etwa 11 000). Ein gutes Ergebnis erzielten auch die Lastkraftwagen mit 8200 Neuzulassungen,das waren 15 Prozent mehr als im Januar 1983.

HERRENMODEWOCHE

v. Würzen: Steuerreform soll Leistungswillen ankurbeln

dpa, Köln

Die geplante Steuerreform muß sich nach den Worten des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, darauf konzentrieren, den Leistungswillen anzukurbeln. So wichtig familienpolitische Aspekte auch seien, sie dürften nicht ausschlaggebend für die Ausgestaltung der Steuerentlastung sein, sagte er bei der Eröffnung der Internationalen Herrenmodewoche in Köln. Denn nur die Reform der Tarife entfalte breite beschäftigungs- und konjunkturpolitische Wirkung.

Von Würzen verteidigte die vorgesehenen Maßnahmen zur Anpassung arbeitsrechtlicher Schutzvorrichtungen. Beim geltenden Kündigungsschutz solle geprüft werden, inwieweit Änderungen erforderlich seien, die den Sozialplan auf seinen eigentlichen Zweck zurückführen könnten. Die für eine Entlastung der Arbeitsmärkte notwendige größere Flexibilität bei Arbeitszeitregelungen könne nur bei individueller Gestaltung erfolgreich sein.

Auch die Sprecher der Verbände der Herrenbekleidungsindustrie und des Handels erteilten der 35-Stunden-Woche eine Absage. Gerade in der bsonders lohnintensiven Bekleidungsindustrie hätte ihre Einführung „existenzbedrohende" Konsequenzen, hieß es. Ein Handelssprecher bestritt jegliche Beschäftigungswirkung durch die 35-Stunden-Woche. Die Betriebe würden versuchen, die höheren Kosten durch Rationalisierung aufzufangen.

Auf der Herrenmodewoche präsentieren von Sonntag an bis zum 21. Februar rund 800 Firmen aus 28 Ländern für Fachbesucher ihre neuen Herbst-Winter-Kollektionen.

KIELER INSTITUT

Hohe Überkapazitäten bei Werften und Schiffahrt

dpa, Kiel

Die Überkapazitäten der Seeverkehrswirtschaft, insbesondere in der Tankerfahrt, müssen nach Meinung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft dringlich an die sich wandelnden Marktbedingungen angepaßt werden, damit die Schiffahrt möglichst bald wieder rentabel werde. Wie das Institut in seinem Halbjahresbericht zur Lage in Schiffahrt und Schiffbau erklärt, werde sich dieser Prozeß allerdings auch im günstigsten Falle über mehrere Jahre erstrecken.

Dauer und Erfolg hingen aber vor allem davon ab, daß auch die Überkapazitäten der Werften abgebaut und in allen Ländern die staatlichen Subventionen beseitigt würden, die den Schiffbau so verbilligten, daß es für die Reeder günstiger sei, neue Schiffe zu bestellen, als ältere Zweithandtonnage zu kaufen. Durch die vielfältigen staatlichen Förderungmaßnahmen würde in fast allen Ländern zunehmend Anlagekapital in die Schiffahrt gelenkt und mehr Schiffe in Auftrag gegeben, als es der langfristigen Nachfrage nach Seetransportleistungen entspreche.

In der Lage der Seeschiffahrt sei 1983 keine durchgreifende Verbesserung eingetreten. Obwohl die Welthandelsflotte im ganzen leicht schrumpfte, erreichte die Aufliegertonnage im Frühsommer 1983 mit 100 Millionen Tonnen Tragfähigkeit ihren bisher höchsten Stand. Sie ging danach zwar wieder zurück, war aber im Herbst noch wesentlich höher als im Vorjahr. Überkapazitäten drücken auch in der Linienfahrt und in der Trampfahrt die Raten, so daß vielfach nur die laufenden Betriebskosten, nicht aber die Kapitalkosten gedeckt werden konnten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mißstände auf dem EG-Milchsektor

Marktoberdorf (dpa) – Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) hat erneut die Mißstände auf dem Milchsektor der Europäischen Gemeinschaft (EG) beklagt. Die Milch sauge „jegliche freie Finanzmasse" der Gemeinschaft auf, sagte der Minister auf einer Bauernversammlung in Marktoberdorf. Der Selbstversorgungsgrad sei in der EG von 114 Prozent im Jahre 1981 auf 121 Prozent zwei Jahre später gestiegen. Wegen dieser „beklemmenden Entwicklung" sei eine Produktionsbegrenzung dringend geboten, die aber schon vor Jahren hätte eingeleitet werden müssen. Mit über zwölf Milliarden Mark – nach Berechnung Kiechles 500 Mark pro Kuh – hätten die Milchmarktkosten in der EG im vergangenen Jahr ein Drittel der gesamten Agrarmarktkosten ausgemacht.

Weg der Kurse

	17.2	10.2
Boeing	43	41,375
Chrysler	27,875	29,25
Citicorp	36,75	36,75
Coca-Cola	50	50
Exxon	37,25	36,875
Ford Motors	37,625	37,375
IBM	109,75	110
PanAm	7	7,50
US Steel	28,375	28,75
Woolworth	31,50	31,50

Weniger Beschäftigte

Wiesbaden (dpa/VWD) – Weniger Beschäftigte, weniger Arbeitsstunden und einen höheren Umsatz haben das verarbeitende Gewerbe und den Bergbau in der Bundesrepublik 1983 geprägt. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurde 1983 in diesen Bereichen im Jahresdurchschnitt (Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) 6,9 Millionen Personen beschäftigt. Das bedeute gegenüber dem Durchschnitt von 1982 ein Minus von 4,1 Prozent.

Wachsende Zuversicht

Düsseldorf (dpa) – Optimistisch beurteilt die Westdeutsche Landesbank (WestLB) die Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt. In einem Konjunkturbericht für Februar betont das Institut, die Ergebnisse der jüngsten Geschäfts- und Konsumklimaerhebungen signalisierten eindeutig eine wachsende Zuversicht in die wirtschaftliche Zukunft. Unter dem Eindruck nochmals besser eingeschätzter Exportaussichten werde im Unternehmensbereich eine Ausweitung der Produktion in Aussicht genommen. In den privaten Haushalten schienen Belastungsfaktoren wie hohe Arbeitslosigkeit und geringer Zuwachs der Realeinkommen immer mehr verdrängt zu werden.

Wein-Krieg

Brüssel (AFP) – Das amerikanische Handelsministerium hat die Eröffnung eines Anti-Dumping-und Anti-Subventionsverfahrens gegen die europäischen Ausfuhren von Tafelwein in die USA angekündigt. Die Brüsseler EG-Kommission bezeichnete diese Entscheidung in einem Kommuniqué als Verstoß gegen die Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt. Die Entscheidung des Handelsministeriums erfolgte auf Antrag der kalifornischen Weinbauern, die sich durch massive Importe italienischer und französischer Tafelweine bedroht sehen. Die europäischen Weinausfuhren in die USA haben nach EG-Angaben einen Wert von 300 Millionen Dollar pro Jahr. Die EG-Kommission warnte in ihrem Kommuniqué, daß die Einführung von Strafzöllen auf die europäischen Weinausfuhren die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EG belasten würde.

Londoner Kassapreise

	17.2.	10.2.
Kupfer(£/t)	999	982,25
Blei(£/t)	284	285,5
Zink(£/t)	671	701,5
Zinn(£/t)	8612,5	8540
Gold($/Unze)	383,25	378,5
Silber(p/Unze)	625,45	616,65
Kakao[1](£/t)	1731,5	1872,5
Kaffee[2](£/t)	1948,5	1957,5
Zucker(£/t)	115,5	123,5
Kautschuk(p/kg)	83	87,5
Wolle(p/kg)	474	472
Baumwolle[3](cts/lb)	86,55	87,80

[1])Abladung Mai; [2])Abladung Mai; [3])A-Index-Preis Liverpool

Über Kanalausbau einig

Bonn (Mk.) - Rund eine halbe Milliarde Mark sollen in den nächsten zehn Jahren in den Ausbau des nordrhein-westfälischen Kanalnetzes investiert werden. Ein entsprechendes Abkommen haben Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und sein nordrhein-westfälischer Kollege Reimut Jochimsen unterschrieben. Der für den Anschluß des Wirtschaftsraums Dortmund an die Rheinschiene wichtige Neubau der Schleuse in Henrichenburg soll 1985 begonnen werden. Mit dem Abkommen wird das laufende Ausbauprogramm, das in den vergangenen 20 Jahren ein Volumen von rund einer Milliarde Mark umfaßte, fortgesetzt.

EG-PARLAMENT

Integrierter Kapitalmarkt soll aufgebaut werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Für die Schaffung eines integrierten europäischen Kapitalmarktes hat sich das Straßburger EG-Parlament eingesetzt. In einer Entschließung forderte es den Ministerrat auf, mit dem schrittweisen Abbau der steuerlichen Hemmnisse und restriktiven Bestimmungen ernst zu machen, die noch immer die einzelstaatlichen Finanzzentren voneinander isolieren. Der seit 1962 unterbrochene Liberalisierungsprozeß im Bereich des Kapitalverkehrs müsse wieder aufgenommen werden.

Die Finanzinstitutionen der Gemeinschaft haben nach Meinung des Hauses bewiesen, daß sie in der Praxis die nötigen Voraussetzungen für den Aufbau eines integrierten Kapitalmarktes in den Währungen der Mitgliedsstaaten genauso wirksam schaffen könnten wie für die Off-shore-Währungen. Zwar sei es richtig, daß es einigen *Mitgliedsländern* leichter falle als anderen, sich aktiv auf die Integration einzustellen. Viele der noch in Kraft befindlichen Einschränkungen könnten jedoch ohne große Nachteile schrittweise abgebaut werden.

Mit Vorrang sollte nach Ansicht der Abgeordneten ein europäischer Markt für Risikokapital geschaffen werden. In diesem Zusammenhang verlangt die Entschließung:

den Abbau der bestehenden Restriktionen für Geschäfte mit Wertpapieren, die von Unternehmen mit Sitz in der EG ausgegeben und an den Börsen gehandelt werden;

die Beseitigung der Diskriminierung von Wertpapieren aus anderen Mitgliedsstaaten;

die Verminderung der derzeitigen Abschottung der Wertpapierbörsen.

TECHNOLOGIE-FABRIK / In Karlsruhe werden Organisationsformen getestet

Startrampe für neue Unternehmen

WERNER NEITZEL, Karlsruhe

In Baden-Württemberg, dem hochschulreichsten Bundesland, werden in Sachen Technologie-Transfer Nägel mit Köpfen gemacht. Mit der Errichtung einer „Technologie-Fabrik" in Karlsruhe, die im April dieses Jahres ihre Arbeit aufnehmen wird, soll neu entstehenden technologieorientierten Unternehmen die Chance eröffnet werden, in enger Partnerschaft und Zusammenarbeit beispielsweise mit der Universität Karlsruhe, der Fachhochschule Karlsruhe, des Kernforschungszentrums Karlsruhe und der Fraunhofer-Gesellschaft neue Ideen in Produkte und Produktionsverfahren umzusetzen. Ähnliche Projekte gibt es in Berlin und Hildesheim.

Basis der Karlsruher Technologie-Fabrik (die nächste soll in Stuttgart entstehen) ist ein vom Land Baden-Württemberg erworbenes altes Fabrik-Gebäude (der Firma Singer), das unter Regie und Finanzierungsleistung der Landeskreditbank mit einem Aufwand von 3 bis 4 Millionen Mark renoviert wird und in der ersten Ausbaustufe (4000 Quadratmeter Fläche) 20 jungen Unternehmen Raum für eine auf fünf Jahre begrenzte Zeit geben soll. Der vom Land heruntersubventionierte Mietpreis von 3,50 Mark pro Quadratmeter – er steigt nach drei Jahren auf sechs Mark – soll neben der gemeinsamen Nutzungsmöglichkeit von Rechner, Telefonzentrale, Sitzungsräumen und anderer Fazilitäten und nicht zuletzt mit Rückhalt und Beratung durch die Institute zu einem leichteren Start verhelfen. Ministerpräsident Lothar Späth bei einem Besuch der im Ausbau befindlichen Fabrik: „Es sollen neue Organisationsformen getestet werden."

Bisher haben 14 Unternehmer Interesse an einem Einzug in diese Fabrik, deren betriebliches Management von der IHK Unternehmens- und Technologie-Beratung Karlsruhe GmbH wahrgenommen wird, bekundet. Ihre Betätigungsfelder sind beispielsweise die Lasertechnik, Software-Entwicklung und Logistikkonzepte.

Offiziell eröffnet hat Ministerpräsident Späth außerdem an der Universität Karlsruhe das „Forschungszentrum Informatik". Dieses Zentrum, das bereits im September vergangenen Jahres seinen Betrieb aufgenommen hat, ist bundesweit die erste an eine Hochschule angegliederte Informatik-Forschungseinrichtung. Es sollen hier Ergebnisse der universitären Grundlagenforschung auf dem Gebiete der Informatik und deren ingenieurwissenschaftliche Anwendungen in die Praxis umgesetzt werden. Diese Insitution soll nach einer Anfangsphase von eineinhalb Jahren in eine Stiftung des öffentlichen Rechts übergehen.

FRANKREICH

Handelsbilanz wieder im Defizit

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Handelsbilanz, die sich seit Mitte 1983 kontinuierlich verbessert hatte und im Dezember voll ausgeglichen war, *schloß* im Januar wieder mit einem beträchtlichen Defizit von 9,1 oder saisonbereinigt 5,4 Mrd. Franc ab. Das war das schlechteste Ergebnis seit einem Jahr. Es ist nach Angaben des Außenhandelsministeriums vor allem auf ungewöhnliche Mineralöleinfuhren zurückzuführen.

Die Ölvorräte des Landes waren gegen Jahresende auf ihre unterste Sicherheitsgrenze geschrumpft, nachdem die Regierung die Mineralölgesellschaften angewiesen hatte, ihre Importe zur Schonung der Handelsbilanz über die Verbrauchsabschwächung hinaus einzuschränken. Trotz der *Dollar-Hausse* wurde dadurch die Ölrechnung 1983 auf 121 (130) Mrd. Franc – künstlich – reduziert.

Mengenmäßig war der Mineralölimport letztes Jahr um 10,2 Prozent auf monatsdurchschnittlich 5,4 Mill. Tonnen zurückgegangen. *Im* Januar stieg er auf 7,8 Mill. Tonnen. Ohne diese zusätzlichen Importe hätte das Handelsbilanzdefizit nur 2,8 Mrd. Franc erreicht, was – wie das Außenhandelsministerium erklärt – mit dem Regierungsziel einer Begrenzung des Fehlbetrags auf 7 Mrd. Franc in diesem Jahr vereinbar wäre. Im letzten Jahr hatte das Defizit 43 und 1982 noch 93 Mrd. Franc betragen.

Auch die nationalen wie internationalen Konjunkturinstitute erwarten eine weitere Verbesserung der französischen Handelsbilanz. Ihre Defizitschätzungen liegen mit 12 bis 30 Mrd. Franc aber höher. Dies würde nicht ausreichen, um die französische Leistungsbilanz trotz des Aktivsaldos im Touristenverkehr ins Gleichgewicht zu bringen und damit eine weitere Zunahme der enormen Auslandsschulden zu verhindern.

Auch die inländische Staatsschuld wird immer größer. Nach 25 Mrd. Franc 1981, 42 Mrd. Franc 1982 und 61 Mrd. Franc 1983 hat die Regierung jetzt eine neue Staatsanleihe von 12 Mrd. Franc aufgelegt. Ihr Ertrag ist zur teilweisen Finanzierung des Budgetdefizits bestimmt. Weitere Anleihen werden im *Laufe* dieses Jahres folgen.

MEXIKO / Die Regierung hat die seit langem erwarteten Leitlinien für Auslandsinvestitionen vorgelegt

Nennenswerte Liberalisierung nur kurzfristig

KAREN SÖHLER, Bonn

Mexiko ist in den vergangenen Jahren aufgrund der Verschuldungskrise mehr ins Gespräch gekommen als dem lateinamerikanischen Land lieb sein *konnte. Nun versuchen Staats*präsident Miguel de la Madrid und seine Minister die Blicke der westlichen Industriestaaten auf ein anderes Gebiet zu lenken; nämlich auf die Möglichkeit, in Mexiko zu investieren. Denn in der Vergangenheit hatte die politische und wirtschaftliche Unruhe mögliche Interessenten offenbar nicht unbedingt animiert, ihr Kapital in diesem Land anzulegen.

Zwischen 1976 und 1982 erhöhten sich die ausländischen Investitionen nur um 5,5 Milliarden auf 10,8 Milliarden Dollar. 68 Prozent stammten aus den USA, acht Prozent aus der Bundesrepublik Deutschland, 7,2 aus Ja*pan und 5,3 Prozent aus der* Schweiz. Über die Hälfte davon entfielen auf die Metallindustrie, den Maschinen- und Anlagenbau, die chemische Industrie und die Nahrungsmittel-, Getränke- und Tabakindustrie. Insgesamt hat das Ausland sich damit lediglich mit 4,3 Prozent an den gesamten Investitionen in Mexiko be*teiligt.*

Das soll nun anders werden. Zu diesem Zweck hat eine mexikanische *Delegation in den letzten Wochen* mehrere europäische Städte bereist, in der Bundesrepublik fiel die Wahl auf Köln, um potentielle Investoren über die wirtschaftliche Lage, die Industriepolitik, denkbare Auslandsinvestitionen und die in diesem Zusammenhang bestehenden Vorschriften zu informieren. Daß die mexikanische Regierung zudem gerade in der vergangenen Woche die seit langem erwarteten Leitlinien für Auslandsinvestitionen vorgelegt hat, dürfte kein Zufall sein.

Die neuen Vorschriften basieren wieder auf dem Auslandsinvestitionsgesetz von 1973, in dem festgelegt ist, *daß Ausländer* sich an allen Tätigkeiten beteiligen können, die nicht ausschließlich dem Staat oder der Bevölkerung vorbehalten sind. Die Größenordnung der jeweiligen Beteiligungen sind allerdings begrenzt: 34 Prozent bei besonderen, 49 bei gewöhnlichen Bergbaukonzessionen, 40 Prozent bei der sekundären Petrochemie *und in der Herstellung* von Einzelteilen für die Automobilindustrie. Für andere Bereiche gilt eine Maximal-Beteiligung von 49 Prozent. Die Chance, dieses Limit zu überschreiten, besteht nur, wenn vorgesehene Projekte folgende Kriterien erfüllen:

- Ergänzung des nationalen Waren- und Kapitalangebotes
- *Schaffung von Arbeitsplätzen*
- Erweiterung des technologischen Know-hows
- positive Auswirkung auf die Handelsbilanz (Importsubstitution oder Exportförderung)
- Wahlmöglichkeit, Investitionen in bevorzugte Sektoren lenken zu können

Nennenswerte Liberalisierungen *wird die Regierung nur kurzfristig* und selektiv gewähren, wie aus den Vorträgen der mexikanischen Delegation beim Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln, hervorging. Ob diese Planung dem Ziel gerecht wird, meist langfristig denkende Auslandsinvestoren anzuziehen, bleibt abzuwarten. An den Vorträgen *teilnehmende* Unternehmer äußerten zumindest erste Zweifel. Aber, so versicherten die Mexikaner, die während der Europareise gewonnenen Erfahrungen würden verwertet. Insofern wäre es denkbar, daß die bisherigen Vorstellungen noch einmal über*dacht* werden. *Dies wäre empfehlens*wert, da Mexiko – etwa 75 Millionen Einwohner auf 1,97 Millionen Quadratmetern – angesichts der wirtschaftlichen Situation auf ausländische Investitionen angewiesen ist: Haushaltsdefizit im vergangenen Jahr von 8,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukt, Inflation in den ersten zehn Monaten 1983 von 63,7 Prozent, Arbeitslosenquote von mindestens zehn Prozent, Handelsüberschuß von etwa 8,5 Millionen Dollar. Das Bruttoinlandsprodukt ist nach ersten Schätzungen um rund *3,5 Prozent* geschrumpft. Die Auslandsverschuldung beträgt inzwischen 88,3 Milliarden Dollar. Daneben wirken die Gold- und Devisenreserven von 3,5 Milliarden Dollar geradezu kläglich.

FRANKREICH / Kritik am Restrukturierungsplan

Angaben zu Kosten fehlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wöhrend die großen Arbeitergewerkschaften CGT, CFDT und Force Ouvrière an dem industriellen Restrukturierungsplan der französischen Regierung vor allem die ihrer Ansicht nach *unzureichende soziale* Absicherung kritisieren, fordert die CGC, diese Absicherung den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unterzuordnen. Die „Kadergewerkschaft", deren 320 000 Mitglieder vom Werkmeister bis zu den leitenden Angestellten reichen, nimmt damit eine Position ein, die der des Unternehmerverbandes sehr nahe kommt.

An dem Regierungsplan beanstandet wird von der CGC vor allem, daß er keine näheren Angaben zu den Kosten enthält. Nach Schätzung der „Gewerkschaft" werden sie die nächsten vier Jahre etwa 350 Milliarden Franc betragen. Davon entfielen allein 100 Milliarden *Franc* auf die Automobilindustrie und 70 Milliarden Franc auf die Stahlindustrie. Der Rest verteilte sich auf die Sektoren Werften, *Kohle*, *Schwerchemie*, *Aero*nautik, Telefonmaterial, Textil, Holz und Leder.

Obwohl in *dieser* spektakulären Kostenschätzung auch die eigenen Anstrengungen der betreffenden Un*ternehmen* stecken, hält die CGC zwecks Finanzierung des Planes doch bedeutende Steuererhöhungen für notwendig. Dies um so mehr, als die Regierung bereits einen großen Teil der aus dem neuen Industriesparen stammenden Mittel „unzulässigerweise" für die *Bauwirtschaft* verplant hat. Daß die Regierung, wie Staatspräsident Mitterrand versprach, 1984 die Steuern senken könnte, sei unter diesen Umständen ausgeschlossen.

Außerdem kritisieren die leitenden Angestellten, daß es der Restrukturierungsplan völlig offen läßt, für welche Berufe die in den notleidenden Industrien frei*werdenden Arbeitneh*mer ausgebildet werden sollen. Der neue zweijährige „Umschulungsurlaub" könne sich so als reine Arbeitslosigkeitsvertagung bis zu den Parlamentsneuwahlen von 1986 erweisen. Gleichwohl rechnet die CGC noch für *dieses Jahr* mit einer Erhöhung der Arbeitslosenzahl von 2,1 auf 2,4 Millionen.

JAPAN / Die Elektronikindustrie wird zur führenden Exportbranche

Renner bleiben die Videorecorder

FRED DE LA TROBE, Tokio

Die rasant wachsende Elektronikindustrie wird in diesem Jahr voraussichtlich den Automobilbau überflügeln und die größte Exportbranche Japans werden. Das sagt das renommierte japanische Forschungsinstitut Nomura voraus. Die Ausfuhren von *elektronischen Erzeugnissen werden* demnach 1984 einen Wert von 88 Milliarden Mark gegenüber 87 Milliarden für Autos erreichen. Die Zuwachsraten gegenüber 1983 würden 16 Prozent für Elektronikexporte und fünf Prozent für Autoausfuhren betragen.

Unter den Lieferungen ins Ausland werden bei der Elektronik in diesem Jahr Nomura zufolge Heimgeräte im Wert von 36,8 Milliarden Mark, Indu*strieprodukte* von 23,6 sowie Teile und Komponenten von 27,6 Milliarden Mark sein. Für Videorecorder, die zu den Hauptrennern unter den Exporten zählen, sind allerdings 1984 die Lieferungen in die Europäische Gemeinschaft auf 3,95 Millionen komplette Geräte (ebensoviel wie 1983) und 1,1 Millionen halbfertige Bausätze (1983: 600 000) begrenzt. Die Ausfuhren von Videorecordern in die Vereinigten Staaten werden nach Schätzungen des Branchenverbands auf fünf Millionen Geräte (1983: vier Millionen) kommen.

Nomura rechnet für dieses Jahr mit einer Produktion von elektronischen *Produkten im Wert von 190,8 Millio*nen Mark. Das wären runde 14 Prozent mehr als 1983. Vom Gesamtwert werden voraussichtlich Anteile von 30 Prozent auf Heimgeräte, von 37 Prozent auf Industrieprodukte und von 33 Prozent auf Teile und Komponenten entfallen. Der Anteil der Heimgeräte ist in den letzten Jahren leicht gesunken, während der von Industrieelektronik gestiegen ist. Die Produktion von Videorecordern erreichte 1983 17,5 Millionen Einheiten. Für 1984 wird mit 20,5 Millionen Geräten gerechnet.

Das starke Wachstum bei Teilen und Komponenten (1983: 18 Prozent plus) ist wesentlich der erstaunlichen *Zunahme der* Produktion von integrierten Schaltkreisen zuzuschreiben. Im letzten Jahr stieg sie um 32 Prozent auf einen Wert von 14 Milliarden Mark. Für 1984 wird mit einem weiteren Steigen der Erzeugung um 29 Prozent gerechnet. Die Aufwärtsentwicklung bei integrierten Schaltkreisen war 1983 wesentlich auf die gestiegene Nachfrage nach Mikroprozessoren und Computer-Speicherelementen großer Kapazität zurückzuführen.

Die Computerproduktion, die in den letzten fünf Jahren jeweils um 19 Prozent wuchs, wird 1984 dem Branchenverband zufolge um weitere 20 Prozent expandieren und einen Wert von 27 Milliarden Mark für Zentraleinheiten und periphere Ausrüstung erreichen. Die Forschungsarbeiten an der Entwicklung einer „fünften Computergeneration", die eine dem menschlichen Gehirn angenäherte Intelligenz *besitzen soll*, gehen seit 1982 unvermindert weiter. Die Regierung hat im Staatshaushalt für das Fiskaljahr 1984 dafür einen Betrag in Höhe von 32,4 Millionen Mark bereitgestellt. (SAD)

Ambrosiano-Bank: Vergleich genehmigt

rtr, Genf

Die Gläubiger und Liquidatoren der im August 1982 *zusammengebro*chenen Banco Ambrosiano haben sich in Genf grundsätzlich auf einen Vergleich geeinigt. Danach sollen die Gläubiger ihre Zustimmung für die Fortsetzung der Liquidation der Luxemburger Ambrosiano-Tochter gegeben haben. Andere Einzelheiten wollten die beteiligten Parteien zunächst nicht bekanntgeben. Keine Kommentare wollten sie insbesonde*re zu Berichten geben, denen zufolge* eine Vergleichsquote von 70 Prozent vereinbart worden sei.

Die Mailänder Ambrosiano-Bank hatte bei ihrem Zusammenbruch einen Schuldenberg von rund 600 Mill. Dollar hinterlassen. Davon entfielen rund 450 Mill. auf Schulden der Luxemburger Holding gegenüber 88 am Euromarkt tätigen Banken. Vertreter der Gläubiger wiesen darauf hin, daß die Zustimmung zur Auflösung der Banco Ambrosiano Holding zugleich „grünes Licht" für den Verkauf der *Holding-Mehrheit* an *der* Gotthard Bank bedeute.

RENTENMARKT / Auslandsnachfrage überschätzt

Stimmung bleibt freundlich

Die freundliche Stimmung am Rentenmarkt hat sich weiter gefestigt. Der Rückgang der Renditen spiegelt Kursgewinne auf breiter Front wider, die einer zunehmenden Nachfrage zu verdanken sind. Mit der Wiedererstarkung der D-Mark wuchs das ohnehin seit einiger Zeit zu beobachtende Interesse ausländischer Investoren für D-Mark-Titel, vor allem für kuponsteuerfreie D-Mark-Auslandsanleihen. Das Volumen der Auslands*nachfrage* am inländischen Markt wird aber – besonders publizistisch – häufig überschätzt. Die Kaufaufträge kommen vor allem von inländischen privaten und institutionellen Anlegern, die auf massive Auslandskäufe *spekulieren und* als deren Folge auf einen Zinsrückgang.

Die neue 8¼prozentige Postanleihe (Emissionskurs 100,50 Prozent) war in dieser günstigen Marktsituation rasch ausverkauft. Sie wird heute wohl über Pari an der Börse eingeführt. (cd.)

Emissionen	17.2. 84	10.2.4 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,54	7,67	7,86	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,63	7,69	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,71	7,80	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,13	8,09	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,65	7,76	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,38	7,49	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,13	8,22	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,66	7,76	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,79	7,83	8,08	8,45	10,32

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lühr; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Gunther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

DORINT-HOTELS / 1983 war Jahr stärkster Expansion

Ferienwohnung gewinnt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Das in anderen Wirtschaftszweigen von Konjunkturschwäche gezeichnete Jahr 1983 war für die Dorint-Hotelgruppe, Mönchengladbach, ein Jahr ihrer bislang stärksten Expansion. Dorint eröffnete oder übernahm sieben Spitzenhotels und Ferienanlagen. Mit jetzt 24 Objekten im In- und Ausland (Belgien und Schweiz), von denen die Dorint *Hotelgesellschaft* mbH drei eigene Hotels bewirtschaftet, 14 Pachtobjekte und 7 Managementbetriebe unterhält, verfügt Dorint über 2500 (1663) Zimmer und 6000 (4090) Betten.

Der auf 75 (64) Mill. DM gestiegene Umsatz (*einschl. Managementbetriebe*), darunter die eigenen Häuser mit 55 Mill. DM, ist nach den Worten von Geschäftsführer Günter Mergel auf die Angliederung neuer Häuser zurückzuführen. Preiserhöhungen seien nur maßvoll durchgesetzt worden, während der Sommerpause habe man die Preise sogar gesenkt. Ohne die hinzugekommenen Kapazitäten hat die Umsatzsteigerung nur 2,5 Prozent betragen. Der Vorjahresgewinn konnte durch sieben Hotels in der Anlaufphase, Ausfall des Hauses Hameln durch Brand und infolge Verdoppelung der Zimmerzahl in Trier nur gehalten werden. Für 1984 hat sich die Kette jedoch einen Umsatz von 90 Mill. DM bei 1 (0,85) Mill. Übernachtungen vorgenommen.

Die vor 25 Jahren gegründete Gruppe erwartet nach den Worten von Geschäftsführer Hans Mücke im Tourismus gute Zuwachsraten und – nach zwei „Bilderbuchsommern" – die Bevorzugung deutscher Urlaubsziele. Dabei setzt man auf attraktive Standorte in Mittelgebirgslagen oder hochalpinen Regionen sowie „familienfreundliche Preise". Mücke wies in diesem Zusammenhang auf die wachsende Bedeutung der Ferienwohnung hin. Bei Dorint machen 2500 Betten in *Apparthotels* schon 45 Prozent des Konzernangebots mit 420 000 Übernachtungen aus.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Tiefgekühlte Fertigmenüs von Apetito – Marktanteile gewonnen

Nachfrageschub durch Gastronomie-Kunden

HEINZ STÜWE, **Rheine**

Ob nun vornehmlich aus Rücksicht *auf die Figur* oder den Geldbeutel – die Arbeitnehmer haben in den zurückliegenden Jahren der Rezession in den Kantinen weniger Geld ausgegeben als früher. Eine Entwicklung, die den in der Gemeinschaftsverpflegung tätigen Unternehmern verständlicherweise zu denken gibt. Zu diesen zählen Karl Düsterberg, Gründer von Apetito, Hersteller tiefgekühlter Fertigmenüs, und sein Sohn Wolfgang, inzwischen Komplementär und alleiniger Geschäftsführer.

Tiefe Sorgenfalten hat die Marktschwäche bei ihnen dennoch nicht hinterlassen, konnte ihr Unternehmen, die Apetito Karl Düsterberg KG in Rheine, doch in der Rezession noch an Terrain gewinnen. Zwar fiel das Umsatzplus im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.), dem 25. in der Firmengeschichte, mit 4,9 Prozent bescheiden aus im Vergleich zu früher, als hohe zweistellige Wachstumsraten an der Tagesordnung waren. Es lag aber immerhin um knapp 2 Prozentpunkte über dem der Branche. Schon im laufenden Geschäftsjahr wollen die Rheiner überdies das Wachstumstempo wieder kräftig erhöhen. Beim Umsatz wird die 100-Millionen-Marke angepeilt, angesichts der 1982/83 erwirtschafteten 86 (82) Mill. DM ein ehrgeiziges Ziel. Dementsprechend wird kräftig investiert: in die Erweiterung der Kapazität von derzeit 160 000 Menüs pro Tag, in den Ausbau des computergesteuerten Lagers für die 750 Artikel sowie in den Fuhrpark, insgesamt 9 Mill. DM nach 13 Mill. DM für 1982 und 1983 zusammen. Mit der derzeitigen Mitarbeiterzahl von 600 sei die Expansion zudem kaum zu bewältigen, läßt Wolfgang Düsterberg durchblicken.

Die Zahlen der ersten 4 Monate lägen im Plan, versichert der Firmenchef. Für einen Nachfrageschub sorgen vor allem neue Kunden aus der Gastronomie. Apetito profitiert dabei von der vor zwei Jahren eingeleiteten Ausweitung der Aktivitäten. Die vielversprechende Zusammenarbeit mit Fast-Food-Unternehmen und Restaurantketten, die bislang erst knapp 10 Prozent zum Umsatz beisteuern, kommt Düsterberg sehr gelegen. Schließlich ist in den traditionellen Sparten längst nicht überall noch mit Wachstum zu rechnen. Das gilt vor allem für den Sozialsektor (Altenheime, Kindergärten, Schulen, „Essen auf Rädern"), der zwei Drittel des Geschäfts ausmacht.

Werden in einer Kantine täglich nicht mehr als 500 Essen ausgegeben, lohnt sich nach Ansicht von Marketingleiter Erwin Welte kein eigener Küchenbetrieb. Daß bei Apetito dennoch Abnehmer von knapp 100 Mahlzeiten täglich die größte Kundengruppe bilden, erklärt er mit einem „großen Beharrungsvermögen", das einer Umstellung entgegenstehe. Immer wieder erstaunt die Apetito-Leute das von Kalkulation und Kostenrechnung weitgehend ungestörte Eigenleben vieler Betriebskantinen. „In vielen Geschäftsführungsetagen ist gar nicht bekannt, wie hoch die Kosten pro Essen sind", weiß Welte. Gerade im Kostenvergleich sieht Apetito seine Chance. Schließlich werden die Kantinen in der Größe von 300 bis 500 Mahlzeiten pro Tag erst zu gut einem Drittel als sogenannte Aufbereitungsküchen geführt.

In der Gemeinschaftsverpflegung (ohne Gastronomie) werden insgesamt täglich 7 Mill. Mahlzeiten zubereitet. Von den 18 600 Kantinen, 5200 Altenheimen und 4800 Krankenhäusern haben 60 Prozent eine konventionelle Küche, jeweils 20 Prozent werden von Fernküchen und der *Tiefkühlbranche beliefert. Die Hälfte* dieses Kuchens – zu etwa gleich großen Stücken – haben sich Apetito und die zur Walter-Rau-Gruppe gehörende Hansa-Tiefkühlmenü GmbH & Co., Hilter, gesichert. Danach folgen die Hofmann Menü GmbH, Boxberg-Schweigern (Pillsbury-Gruppe), Bressler-Menü sowie Langnese-Iglo GmbH (Unilever), beide in Hamburg.

VICTORIA

Hohes Wachstum in der Gruppe

Py. Düsseldorf

Die Victoria-Versicherungsgesellschaften (Feuer und Leben), Berlin/Düsseldorf, rechnen für 1983 mit Ergebnissen, die neben den vorgesehenen Dividenden von jeweils 16 Prozent (Feuer für 1982 zusätzlich 2 Prozent Bonus) auch eine angemessene Verstärkung der Eigenmittel gestatten. Einem Aktionärsbrief zufolge steigerte die Lebensversicherung ihr eingelöstes Neugeschäft um 23,7 (1982: minus 10) Prozent auf 4,89 Mrd. DM. Die Kapitalanlagen wuchsen auf 10,5 (9,6) Mrd. DM, die laufenden Erträge daraus auf 840 (771) Mill. DM. Der Bruttoüberschuß (1982: 308 Mill. DM) wird deutlich über dem Vorjahr liegen. Die Feuerversicherung verzeichnete 1983 ein Prämienplus von 5,5 Prozent auf 1,15 Mrd. DM. Hohe Zuwachsraten gab es vor allem im Bereich Hausrat, Kraftfahrt, Haftpflicht und Unfall.

WATERMAN / Angriff auf den deutschen Markt

Zehn Prozent angepeilt

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Zum Angriff auf den deutschen Markt der Edelschreibgeräte startet die französische Waterman S. A. im *hundertsten Jahr ihres Bestehens.* In Frankreich hält das Unternehmen, dessen Aktien zu 60 Prozent in Familienbesitz liegen, nach eigenen Angaben einen Anteil von 57 Prozent am Schreibgerätemarkt. Den Umsatz für das Jahr 1983/84 (30. 3.) gibt Francine *Gomez, Präsidentin und Mitinhaberin* von Waterman, mit rund 200 Mill. Franc an, der Gewinn werde voraussichtlich 9 Mill. erreichen und damit ein Viertel größer als im Jahr zuvor ausfallen.

Am deutschen Markt hat das Unternehmen, das früher eine eigene deutsche Filiale unterhielt, bisher recht glücklos taktiert. Nach der Übernahme des Vertriebs für Deutschland durch Albrecht & Dill, Hamburg, vor zwei Jahren, sieht man jetzt gute Chancen, die „Marke wieder bekanntzumachen" (dazu sollen im diesem Jahr rund eine Mill. DM Werbeaufwendungen in der Bundesrepublik beitragen) und mittelfristig *einen Anteil von 10 Prozent am deutschen* 100.-Mill.-DM-Markt für Schreibgeräte zu erreichen.

Im vergangenen Jahr erreichte der deutsche Waterman-Umsatz nach Angaben von Franz-Alfred Wooge, geschäftsführender Gesellschafter bei *Albrecht & Dill, rund 2 Mill. DM (zu* Großhandelspreisen), für dieses Jahr sind 3 Mill. DM angepeilt, gleichzeitig soll die Zahl der Fachhandels-Verkaufsstellen auf 1000 (z. Zt. 600) steigen.

Albrecht & Dill, deren Schwerpunkt nach wie vor der *Rohkakao*-Import ist, auf den etwa 70 Prozent des Umsatzes (1983 rund 100 Mill. DM) entfallen, haben bereits positive Erfahrungen mit französischen Partnern; sie vermarkten Chanel-Produkte in der Bundesrepublik.

PRIME COMPUTER / Höhere Investitionen

Wieder auf Wachstumspfad

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die Prime Computer GmbH, Wiesbaden, deutsche Tochter des US-Herstellers von technisch-*wissenschaftlich ausgerichteten* Rechnern, will in diesem Jahr ihren Umsatz um 23 Prozent auf runde 80 Mill. DM steigern. Ein noch größerer Sprung, mit dem die Vorjahres-Stagnation wieder ausgeglichen wurde, gelang 1983 mit einem Plus von 41 *Prozent auf 65 (46) Mill. DM.*

Geschäftsführer Erwin Leonhardi begründet den starken Zuwachs mit einer „Rückbesinnung auf die traditionellen Stärken der Mitarbeiter und der Produkte". Im Klartext: 1982 hatte das Unternehmen Ausflüge in neue, unbekannte Märkte gewagt, die ihm wohl nicht so gut bekommen sind. Die Rechner des deutschen Prime-Ablegers, die überwiegend für Konstruktions- und Planungsaufgaben eingesetzt werden, stehen zu 23 Prozent in der fertigenden Industrie (Schwerpunkt Auto), zu 18 Prozent in der Bauindustrie, zu 13 Prozent an Hochschulen und zu 8 Prozent in Ingenieurbüros. Rund ein Fünftel des *Umsatzes tätigt Prime als Zulieferer* für andere Spezialisten, so den Satzmaschinenhersteller Linotype.

Das starke Wachstum machte auch erhöhte Investitionen notwendig. Ein neues Ausbildungszentrum, ein Rechenzentrum und ein neues Kunden*dienstzentrum sorgten mit dafür, daß* ihre Summe auf 26 (23) Mill. DM stieg. Die Mitarbeiterzahl dagegen blieb konstant bei 160.

Der Gesamtkonzern, der weltweit 6000 (5400) Beschäftigte zählt, hat seinen Umsatz 1983 um 19 Prozent auf *517 (436) Mill. Dollar gesteigert. Die* auf 52 (37) Mill. Dollar erhöhten Ausgaben für Forschung und Entwicklung sorgten ebenso wie die Währungsschwankungen dafür, daß der Gewinn auf 33 (45) Mill. Dollar oder 68 (99) Cent je Aktie zurückging.

DIVERSEY / Nummer zwei am Desinfektions-Markt

Kauf-Offensive geplant

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die Diversey GmbH, Frankfurt, seit 22 Jahren als Tochter der kanadischen Diversey Corporation in *Deutschland eher im Verborgenen* aktiv, will 1984 mehr Profil zeigen. Der Spezialist für Desinfektion und Reinigung im gewerblichen Bereich plant die Übernahme deutscher Unternehmen in seinen Spezialmärkten. Die Zielrichtung: Metall-Ober*flächentechnik, Wasseraufbereitung* und Landwirtschaftsprodukte.

Durch diese Zukäufe könnte sich der Umsatz – in zehn Jahren mit durchweg zweistelligen Zuwachsraten auf 50 Mill. DM gewachsen – „in kurzer Zeit vervielfachen", meint *John Perry, Präsident der Muttergesellschaft.* Wie die meisten der 58 Töchter in aller Welt hat auch die deutsche Gesellschaft eine eigene Produktion sowie Forschung und Entwicklung. Mit seinen 300 Mitarbeitern stuft sich das Unternehmen als zweitgrößter deutscher Anbieter (nach Henkel) im Markt ein.

Die angekündigte Akquisitions-Offensive folgt der Strategie der Mut*tergesellschaft, die 1983 mit weltweit* 6000 Mitarbeitern 500 Mill. kanadische Dollar umgesetzt hat (etwa 1,1 Mrd. DM). Seit Diversey nämlich 1978 vom kanadischen Molson-Konzern (Brauereien, Chemie, Einzelhandel) aufgekauft wurde, hat sich das Unter*nehmen selbst mit Übernahmen hervorgetan.*

Prominente Einkäufe: der Spezialitätenbereich von BASF Wyandotte (USA), Oxford Chemicals (USA), Russell Kirby (Großbritannien) und eine lange Liste weiterer Gesellschaften in *den USA und Kanada. Die deutsche* Diversey GmbH hat die eigene Kampagne erst einmal damit begonnen, sich wieder ganz selbständig zu machen: Von der Giulini GmbH, Ludwigshafen, wurde 1983 der eigene 25-Prozent-Anteil zurückgekauft.

NAMEN

Jan Friese, bisher Korrespondent des „Handelsblatt" in Neu-Delhi, ist als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Dr. **Heinz W. Schürmann** neuer Leiter der Geschäftsstelle Düsseldorf der Deutsch-Indischen Handelskammer gewählt worden.

Dr. **Hans Weyhenmeyer**, Justiziar der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, ist zum stellvertretenden Hauptgeschäftsführer berufen worden.

Walter H. Bononi, Geschäftsführer der zur Zeiss-Gruppe gehörenden Marwitz + Hauser GmbH, Stuttgart, ist zum Sprecher der Geschäftsführung bestellt worden.

Hans Schild, Mitglied der Geschäftsleitung der L'Oréal-Deutschland Haarkosmetik und Parfümerien GmbH, Karlsruhe, wurde *am 16. Februar 65 Jahre alt.*

Richard Ege, seit 1974 Vorstandsmitglied der Westfalenbank AG, Bochum, und Vorstandsmitglied der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen, wurde am 16. Februar 60 Jahre alt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Agab: Wieder 5 Mark

***Frankfurt** (cd.) – Die Agab* Aktiengesellschaft für Anlagen und Beteiligungen, Frankfurt, die an überwiegend im Agrar- und Ernährungsbereich tätigen Gesellschaften beteiligt ist, wird für das Geschäftsjahr 1983 voraussichtlich wieder 5 DM Dividende je 50-DM-Aktie ausschütten. Die neuen Aktien aus der vorjährigen Kapitalerhöhung von 40 auf 60 Mill. DM sind für ein Drittel des Geschäftsjahres dividendenberechtigt. Die meisten Beteiligungsgesellschaften hätten sich „in Anbetracht des gesamtwirtschaftlichen Umfelds" zufriedenstellend entwickelt, heißt es in einem Aktionärsbrief. Schlecht sah es bei der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, Hamburg, aus. Im laufenden Jahr hat die Agab ihre Beteiligung an der deuka Deutsche Kraftfutterwerke GmbH (25,5 Mill. *DM Kapital*) auf 75 Prozent vermindert.

Großauftrag für SEL

Stuttgart (nl.) – Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, hat *aus dem Iran* einen Auftrag im Wertvolumen von 70 Mill. DM erhalten. Es handelt sich dabei um ein Projekt für die zivile Flugsicherung und umfaßt die schlüsselfertige Abwicklung von der Planung, Lieferung und Installation bis zur Kundenschulung am System.

Höhere Dividende bei SEN

Mannheim (VWD) – Eine höhere Dividende und Rücklagenstärkung kündigt die Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim, für das als zufriedenstellend bezeichnete Geschäftsjahr 1983 an. Die Ertragslage habe sich durch die Neuordnung grundlegend verbessert. Nach einem *Minus* von *6,5 Mill. DM* werde das Betriebsergebnis 1983 positiv ausfallen. Im Vorjahr waren sechs Prozent Dividende auf 18,4 Mill. DM Grundkapital ausschließlich aus außerordentlichen Erträgen gezahlt worden.

Dynapack übernimmt Hoes

Hannover (dos) – Für die in Konkurs gegangene Maschinenfabrik Klaus-Gerd Hoes GmbH & Co. KG, Wardenburg-Westerholt, ist eine Lösung gefunden worden: Das schwedische Unternehmen Dynapack hat den Betrieb übernommen und wird die Produktion unter der neuen Firma „Dynapack Hoes GmbH" weiterführen. Die rund 200 Mitarbeiter sollen zum großen Teil übernommen werden. Am bisherigen Produktionsprogramm (Straßenbaumaschinen) werde sich nichts ändern.

Gutes Kreditgeschäft

Frankfurt (cd.) – Die 68 badischen Sparkassen berichten über eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung im letzten Jahr, in dem die Bilanzsumme um 7,8 Prozent auf 36,1 Mrd. DM stieg. Motor der Expansion war das Kreditgeschäft mit einer Volumenausweitung um 1,7 auf 25,1 Mrd. DM, darunter 17,5 Mrd. DM langfristige Ausleihungen. Im Gegensatz zum Kreditgeschäft hat sich das Einlagenwachstum gegenüber dem Vorjahr verlangsamt. Am Mittelzufluß von 1,8 Mrd. DM hatten die Spargelder mit 1,3 Mrd. DM den größten Anteil, und zwar vor allem die kostengünstigen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Das durchschnittliche Betriebsergebnis der badischen Sparkassen hat sich vor allem dank einer nochmaligen Ausweitung der Zinsspanne weiter verbessert.

LUX-OBI-GRUPPE / Branchenführer sieht Zeichen von Verdrängungswettbewerb

Heimwerkermarkt wächst weiter

H. POSNY, **Wermelskirchen**

Der Heimwerkermarkt wächst – wenn auch verhaltener – nach wie vor, *doch der* Wettbewerb wächst stärker als der Markt. Für Emil Lux, Sprecher der vier persönlich haftenden Gesellschafter der Dachgesellschaft Deutsche Heimwerkermarkt Holding KGaA (DHH), sind bereits erste Anzeichen von Verdrängung erkennbar, *ebenso* eine Polarisierung auf den Fachmarkt einerseits und den Discounter mit flachem Sortiment ohne Dienstleistung und Beratung. Für die innerhalb von nicht einmal 15 Jahren zur Marktführerschaft gelangten OBI Bau- und Heimwerkermärkte sind die Zeiten zweistelligen Wachstums aber noch nicht zu Ende.

Während die Branche insgesamt 7,5 Prozent zulegte, halten die OBI-Märkte, im Franchise-System arbeitende selbständige Unternehmen mit gemeinsamem Einkauf und partnerschaftlichem, von Planung, Disposition und Verwaltung entlastendem Service-System, eine Umsatzsteigerung von (flächen- und preisbereinigt) 11 (10) Prozent auf 585 Mill. DM (ohne MWSt.). Die 117 (94) OBI-Märkte, 85 davon in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg beheimatet, sind damit Hauptumsatzträger der Lux-OBI Gruppe, die es 1983 auf insgesamt 693 (562) Mill. DM brachte.

Zu den durchschnittlich über 2000 qm großen Märkten sollen 1984 weitere 22 hinzustoßen, möglicherweise die ersten zwei außerhalb der Bundesrepublik, nämlich in Bulgarien. Die OBI-Partner kommen überwiegend aus dem Baustoff-, Holz- und Eisenwarengeschäft und verfügen mit ihrem 20 000-Artikel-Sortiment über einen nicht an der Bevölkerungszahl, sondern an der Wohnstruktur orientierten Gebietsschutz.

Ein Viertel des OBI-Umsatzes etwa entfällt auf den Gartenbereich, der nach den Worten von DHH-Mitgesellschafter Manfred Maus „ideal zu den Baumärkten paßt". Zu den bestehenden 35 OBI-Gartenparadiesen kommen 1984 weitere 12 hinzu. Etwa 20 bis 25 Prozent steuert Holz zum Umsatz bei, gefolgt von Farben/Tapeten, Sanitäranlagen, Werkzeug/Eisenwaren, Elektroartikeln und Installationszubehör sowie Baustoffen. Die rentabelsten Artikelgruppen sind Elektro (ohne Handbohrmaschinen), Farben/Tapeten sowie Gartenbereich (ohne Rasenmäher). Die Umsatzrendite der OBI-Märkte liegt bei 6 bis 8 Prozent vor Steuern. Damit tragen sie nach Abführung von 2,5 Prozent des Nettoumsatzes an die Systemzentrale zwei Drittel zum Gesamtergebnis der Gruppe bei. An den OBI-Märkten ist die Zentrale nicht direkt beteiligt, doch hält sie über verschiedene Fi*nanzierungsgesellschaften* Minderheitsbeteiligungen an sicher drei Dutzend von ihnen.

Die zur Firmengruppe gehörenden Emil Lux, Wermelskirchen und Lux International, Evry/Frankreich, haben ihren Umsatz im letzten Jahr mit 65 und 25 *Mill. DM nur halten können.* Die eigentliche Muttergesellschaft, 1918 vom Vater des jetzigen Mehrheitsgesellschafters gegründet, betreibt Import und Handel mit Werkzeugen und Kleinmaschinen. Die Inlandskundschaft besteht – wenn auch im Wettbewerb mit anderen Marken – sowohl aus OBI-Märkten als auch aus rund 2500 Kunden im Warenhaus, Baumarkt-, Eisenwaren-Fachhandel. Nach eigenen Vorgaben werden die Produkte in 16 Ländern gefertigt. Die Importe fließen auch nach Frankreich, wo seit 1970 der Heimwerkermarkt über größere Zuwachsraten verfügt als in der Bundesrepublik. Auf dem deutschen Markt hatte 1983 der Zuwachs im Werkzeugbereich (plus 7 Prozent) das Minus am Maschinensektor nicht ausgleichen können.

Auf 17 (11) Mill. DM wuchs der Umsatz des ursprünglich nur für den Eigenbedarf konzipierten Rechenzentrums Data Process Service (DPS). Inzwischen betreut es mehrere hundert Unternehmen mit Schwerpunkt im Ärzte- und Pharma-Bereich sowie im Verlagswesen.

Am Grundkapital der Deutsche Heimwerkermarkt Holding KGaA *von 30 Mill. DM sind über die LBM* Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs-Gesellschaft KGaA (70 Prozent) die Familienpools Lux, Birker und Maus beteiligt, die übrigen 30 Prozent hält die im Fahrzeug-Großhandel tätige Bochumer Familie Lueg.

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

● Gestern, um 20.16 Uhr, erlosch in Sarajevo die olympische Flamme. Damit waren die 14. Olympischen Winterspiele zu Ende. 1988 in Calgary wird die olympische Flamme zum 15. Male bei Winterspielen entzündet. Walther Tröger, der Chef de Mission des deutschen Teams, sagte zum Abschluß der Spiele: „Die Stimmung in der Mannschaft war erheblich besser als in Lake Placid. Außerdem war die Umgebung, in der die Mannschaft gearbeitet und sich vorbereitet hat, etwa das olympische Dorf, die Wettkampfstätten, die Begegnungsmöglichkeiten wesentlich besser als vor vier Jahren.“ In Zahlen: Vier Medaillen gab es für die deutsche Mannschaft, durch Peter Angerer, die Biathlon-Staffel und die Rodler Hans Stanggassinger unf Franz Wembacher.

● Bundeskanzler Helmut Kohl hat dem Olympiateam der Bundesrepublik Deutschland in Sarajevo für den „großartigen Einsatz“ gedankt. Den Medaillengewinnern gratulierte der Bundeskanzler in gesonderten Telegrammen.

● Drei Entscheidungen standen beim olympischen Finale am letzten Tag in Sarajevo auf dem Programm. Der Schwede Thomas Wassberg, bereits vor vier Jahren in Lake Placid über 15 km Olympiasieger, gewann den Ski-Marathon über 50 km vor seinem Landsmann Gunde Swan und dem Finnen Karvonen. Der Spezialslalom der Herren sollte zum großen Triumph des Jugoslawen Bojan Krizaj werden. Das hofften die meisten seiner Landsleute. Doch daraus wurde auf dem eisigen und steilen Hang nichts. Es siegte der amerikanische Weltcupsieger Phil Mahre vor seinem Bruder Steve. Das Eishockey-Turnier gewann erneut die UdSSR vor der CSSR und Schweden. Erfolgreichste Mannschaft war zum ersten Mal bei Winterspielen die der „DDR“ mit 24 gewonnenen Medaillen.

Olympia-Splitter

Übertrieben: Amerikanische Bürgerrechtsgruppen haben den kalifornischen Sicherheitsbehörden vorgeworfen, die Gefahr terroristischer Anschläge auf die Olympischen Sommerspiele in Los Angesles zu übertreiben. Sie fürchten, daß die außergewöhnliche Situation ein willkommener Anlaß zur Aushöhlung der Bürgerrechte sei. So wird im kalifornischen Parlament derzeit eine Gesetzesvorlage beraten, die den Gouverneur ermächtigt, die Nationalgarde im Zusammenhang mit den Spielen auch dann einzusetzen, wenn keine Ausnahmesituation herrscht.

„**Vermittlung:** Bereits heute will das IOC Kontakte zu Griechenland und dem Organisationskomitee (OK) der Olympischen Sommerpsiele in Los Angeles aufnehmen. Das IOC will *im Streit um die geplante* Vermarktung des olympischen Feuers als Vermittler zwischen den Parteien auftreten.

Profis: Das Tennis-Turnier von Los Angeles, das als Demonstrations-Wettbewerb zum olympischen Rahmenprogramm gehört, soll nach dem Willen von IOC-Präsident Saramanch auch für Berufsspieler offen sein. Das erklärte der Spanier in Sarajevo und deutete gleichzeitig die Möglichkeit an, Olympische Spiele künftig generell für Profis zu öffnen. Entsprechende Überlegungen im IOC sollen „eine Brücke bauen zwischen den politischen Systemen“, zwischen den sogenannten Staatsamateuren sozialistischer Staaten und den Berufssportlern kapitalistischer Länder.

„**Gundersen-Mehode:** Bei den Weltmeisterschaften 1987 in Oberstdorf und den Olympischen Winterspielen 1988 in Calgary soll die Nordische Kombination nach der Gundersen-Methode ausgetragen werden. Das bedeutet, daß die Teilnehmer entsprechend ihrer Ergebnisse nach dem Springen in die Loipe gehen – der Sieger des Springens läuft als Erster. Dieser Beschluß des Exekutiv-Komitees für die Nordische Kombination muß noch vom Vorstand des Internationalen Ski-Verbandes (FIS) genehmigt werden.

Orden: Abgesehen von den wetterbedingten Unzulänglichkeiten im alpinen Skiprogramm fanden in Sarajevo „die besten Winterspiele in der Geschichte der olympischen Bewegung“ statt. Dieses Urteil verbreitete IOC-Präsident Samaranch und ließ an sieben Gestalter der XIV. Winterspiele den olympischen Orden verteilen.

Disqualifiziert: *Als erste* Sportlerin dieser Winterspiele wurde die jugoslawische Skirennläuferin Andrea Leskovsek disqualifiziert. Ihr wurde der 16. Platz aus dem Slalom-Wettbewerb aberkannt, weil sie im Zielraum vor der sogenannten roten Linie ihre Skier hochgehoben hatte, so daß der Name des Herstellers auf der Unterseite sichtbar wurde. Das ist in die*sem Bereich nicht erlaubt.* Disqualifiziert wurde auch die 4x10-km-Staffel der Mongolei, die unter 17 Mannschaften des 15. Platz belegt hatte. Staffelläufer Purevjal Batsuksch war bei Dopingtests als bisher einziger Sportler der Winterspiele der Einnahme eines anabolen Steroides (Dianabol) überführt worden.

SKI ALPIN / Unsportliches Verhalten der Zuschauer beim Slalom machte viele Favoriten nervös

Nur Mahre-Brüder erschütterte das Geschreie nicht



Anmarsch wie zu einem großen Fußballspiel: 70 000 Zuschauer zog es am Schlußtag der Olympischen Winterspiele zum Spezial-Slalom der Herren, den der Amerikaner Phil Mahre gewann. FOTO: AP

Von MARTIN HÄGELE

Ein Happening hätte es werden sollen, statt dessen regierte der Haß. Jugoslawiens Volkszorn brodelte und kochte, ließ chauvinistischen *Gefühlen freien Lauf, beschämend* für einen Gastgeber Olympias. 70 000 pfiffen beim Slalom, sobald Favoriten angekündigt wurden. Sie begleiteten die Ausfälle der Stars mit großem Applaus. Und am lautesten johlten sie, wenn ein Österreicher stürzte. Von vier Österreichern stürzten drei.

Im alpinen Skisport hat man solche Szenen zuletzt 1975 registriert. Damals wurde der Gewinn des Gesamtweltcups im Südtiroler Gröden entschieden, zwischen Gustav Thöni und Ingemar Stenmark. Der Schwede hat damals gegen den Südtiroler verloren. Aber noch heute bezeichnet er jenen Hexenkessel als bitterste Stunde in seiner Laufbahn.

Am Bjelnasnica war's noch schlimmer. Das Publikum nahm hier direkten Einfluß auf den Ausgang des Rennens. Mit Moonboots und Gummistiefeln trat man die olympischen Regeln von Fair Play und Anstand in den Schnee.

Franz Gruber (25), Österreichs letzte Medaillenhoffnung – auch er stürzte – war furchtbar „angefressen“. Angefressen heißt wütend. „Noch nie in meinem Leben bin ich ausgepfiffen worden und dann von so vielen Menschen“, so Gruber. Das habe ihn beeinflußt. Gruber: „Du grübelst plötzlich am Start, warum gibt's da unten so viele Verrückte, denen du nie was getan hast.“

Als sich Gruber im Fahrerlager seine Wut von der Seele redete, standen nicht nur ein paar Reporter, sondern auch jugoslawische Zuschauer um ihn herum. „Herr Gruber, bitte ein Autogramm“, bat eine ältere Dame. „Nächstes Jahr wieder, nächstes Jahr, und hoffentlich pfeift der ganze Hang, wenn sich in Kitzbühel der Bojan Krizaj oder der Jure Franko zeigen.“

„Aber Herr Gruber“, nahm die Frau einen zweiten Anlauf, „Sie haben doch letztes Jahr in Kranskja Cova gewonnen, und da waren Sie so *freundlich.*“

„Hoffentlich“, antwortete Gruber, „gewinnt jetzt der Steve Mahre und ja kein Jugoslawe.“ Dann stapfte Gruber, normalerweise ein besonnener junger Mann, zornig weiter.

Grubers Befürchtung, womöglich könne nach der Silbermedaille Frankos im Riesenslalom nochmals ein Jugoslawe aufs Podest klettern, war zu diesem Zeitpunkt schon überholt. Wie viele Favoriten war auch Franko gestürzt, und Krizaj hatte im ersten Durchgang über zwei Sekunden auf Steve Mahre verloren.

Mit der Last des Nationalheiden, die ihn schon bei Sprechen des Olympischen Eides ins Stottern gebracht hatte, ist Bojan Krizaj nicht fertig geworden. Schon als er zur Mittagspause marschierte, die Skier auf dem Buckel, mußte Krizaj durch ein Spalier vorwurfsvoller Blicke. Seine Landsleute ließen ihn spüren, daß sie mehr von ihm erhofft hatten.

Somit war der Weg zum amerikanischen Doppelsieg frei – Gold und Silber für die Zwillinge Phil und Steve Mahre (27). Der dreimalige Weltcup-Sieger Phil überholte im zweiten Durchgang noch seinen Bruder. Obwohl er selbst, kaum im Ziel, diesem noch Tips über die Beschaffenheit der Piste ins Starthaus gefunkt hatte.

Es war wohl einer der letzten Siege der Mahres, und entsprechend wurden sie von der mitgereisten Familie gefeiert. Steve Mahre hatte im Sommer eine komplizierte Knieoperation hinter sich gebracht, für Phil war olympisches Gold der einzige Anreiz dieses Winters gewesen. Nun wollen die beiden gemeinsam abtreten.

Doch selbst in jenem Moment, in dem sie ihre Karriere in Sarajevo krönten, haben sie den Mann nicht vergessen, der sie zu Weltcup-Siegern, Weltmeistern und Medaillengewinnern gemacht hat. „Thank you, Harald, thank you.“ Die Brüder dankten ihrem Entdecker und einzigen Trainer Harald Schönhaar (43). Der Schwabe aus Eßlingen am Neckar hat die Mahre-Brüder acht Jahre lang betreut. Selbst als Schönhaar vor zwei Jahren seinen Job am Hang gegen den Bürostuhl des amerikanischen Trainerausbilders eingetauscht hatte, blieb er weiterhin der persönliche Lehrmeister der beiden. „Ein Glück, daß die Deutschen Harald damals fortgejagt hatten“, hatten Steve und Phil Mahre immer wieder gesagt. Nach den Olympischen Spielen von Sapporo hatte eine bayerische Gruppe im Skiverband, darunter Manager Krecek, Generalsekretär Tiedemann, Slalom-Star Christian Neureuther und der heutige Sportwart Kuno *Messmann, der damals* Schönhaars Assistent war, den Schwaben aus dem DSV hinausgeekelt.

Dank Schönhaars systematischer Arbeit sind die Amerikaner nun die *Nummer eins unter den Skinationen* der Welt geworden. Drei Gold- und zwei Silbermedaillen nehmen sie mit nach Hause.

Ein Ziel, von dem Schönhaar auf der Zugfahrt nach Sarajevo schon gesprochen hat, das er doch erst in zwei, drei Jahren erwartet hätte. Die Deutschen können von solchen Erfolgsprognosen und Medaillen höchstens träumen. Es gibt in diesem Verband keinen Kopf mit den Fähigkeiten eines Harald Schönhaar. Die alte biblische Geschichte vom Propheten, der im eigenen Land nichts gilt und in der Fremde zum großen Mann wird, hat sich in Sarajevo auch für den Deutschen Ski-Verband bestätigt.

EISHOCKEY / Selbstverständlich: Wer sonst als UdSSR wurde Olympiasieger

Die Zeiten der Eis-Roboter sind vorbei, inzwischen lächelt sogar der Trainer

Von FRANK QUEDNAU

Gegen diesen Olympiasieg hätte niemand auch nur seinen alten Hut gewettet, so groß ist die Überlegenheit der UdSSR im Eishockey. So kam es folgerichtig, wie es kommen mußte: In einem echten Finale besiegte der Weltmeister die CSSR mit 2:0 und wurde damit zum sechsten Mal Olympiasieger. Bronze gewann Schweden, das mit dem gleichen Resultat zuvor Kanada besiegt hatte.

Niemand weiß so recht, wann Viktor Tichonow (53) an der Eishockey-Bande zum ersten Mal gelacht hat. Vor vier Jahren war daran noch nicht zu denken. Da winkte er Stanislav Tretjak vom Eis, nachdem die Amerikaner im olympischen Finale von Lake Placid das 2:2 erzielt hatten. Er tat es mit einer kurzen Bewegung des rechten Zeigefingers, sein dünner Hals schien plötzlich noch länger zu werden, der altmodisch schmale Knoten seiner unvermeidlichen Krawatte hüpfte über dem Adamsapfel. Ein Pauker alter Schule, der den Rohrstock genommen hätte, wäre es ihm erlaubt.

Tretjak, seit 17 Jahren Torwart der sowjetischen Eishockey-Nationalmannschaft und der einzige Spieler *der Welt, der jetzt seine vierten Olym*pischen Spiele bestritt, war damals 28 Jahre alt, schon Major, hatte schon damals den Zettel seiner Frau Tatjana unter dem rechten Beinschoner, auf dem steht: „Wenn es im Spiel ganz schwer wird für dich, stelle dir vor, du müßtest mich und deine Kinder verteidigen.“ Ein Held unter dem roten Stern, aber in Lake Placid plötzlich einer, der zwischen dem zweiten und letzten Drittel zum Straftraining antreten und sich dann doch wieder auf die Spielerbank setzen mußte. Tichonow wollte es so. Die sowjetische Mannschaft unterlag 3:4, Tretjak sagte später: „Wenn Herr Tichonow glaubt, er habe richtig gehandelt, soll er unserem Volk begründen, warum er ohne mich verloren hat.“ Das muß ein Denkanstoß gewesen sein.

Irgendwann danach hat sich Viktor Tichonow verändert. Nicht so schnell, das kann von keinem Russen verlangt werden, der in kollektiven Denkschemen lebt und arbeitet. 1981, ein Jahr nach dem olympischen Desaster, hat er Sergej Makarow bei den Weltmeisterschaften in Stockholm an der Bande noch geohrfeigt. Der Stürmer, vielleicht der beste der Welt, war eigenwillig an allen Genossen vorbeigedribbelt und hatte das Tor verfehlt.

Aber in Sarajevo hat Tichonow gelächelt. Er hat seinen langen Hals zu den Spielern gewendet, die Arme weit ausgebreitet wie ein Vater, der seinen Sohn begrüßt, und hat eben diesen Makarow angelächelt. Der hatte nämlich im Spiel gegen die Schweden (10:1) einen blitzgescheiten Paß geschlagen, der zum 8:0 führte, obwohl nur vier sowjetische Feldspieler auf dem Eis standen. Wahrhaftig, Tichonow klatschte sogar in die Hände.

Nun ist seine Mannschaft wieder Olympiasieger, sie hat gestern die Tschechoslowakei 2:0 besiegt. Die Veränderung, die in diesem Team zu beobachten ist, läßt sich nicht nur an Tichonow ablesen. Da steht zum Beispiel plötzlich wieder ein Mann auf dem Eis, der schon wegen „Verstöße gegen unser Kollektiv“ aussortiert worden war: Nikolai Drodsdetski (26), ein Torjäger, dem alle Freiheiten gegeben werden. Tichonow hat ihm schon einmal über das Haar gestrichen.

Dieser Drodsdetski hat nach der Weltmeisterschaft 1982 von „Sklavenarbeit“ gesprochen, im Training einen Schläger vor den Füßen Tichonows zerschmettert und die Wodka-Flasche zur Hand genommen. Er verschwand und durfte jetzt doch wiederkommen, weil der Trainer erkannt hat, daß die Stärke eines Kollektivs nur gesteigert werden kann, wenn ein paar Männer zu ihm gehören, die in der Lage sind, urplötzlich den bis zum Erbrechen trainierten Spielzug mit einer eigenen Idee zur absoluten Spielkunst zu führen.

Das sowjetische Eishockey hat nach Lake Placid umgedacht und ist noch stärker geworden. Die Schablone ist gesprengt, manchmal scheint es so, als hätten die Spieler eine unbändige Lust, ihren Trainer mit witzigen Einfällen zum Lächeln zu bringen, er nimmt es ihnen auch gar nicht mehr übel, wenn dabei nicht allzu viele Tore fallen. „Wir haben auch von den kanadischen Profis gelernt“, sagt Tichonow, „ohne gleich ihren Starrummel zu übernehmen.“

Selbstverständlich, so weit geht die sowjetische Eishockey-Lust zur individuellen Selbstdarstellung num auch wieder nicht. Major Tretjak läßt sich zwar von seinem Freund, dem kana*dischen Super-Profi Wayne Gretzky*, in Moskau besuchen, er hofft vielleicht sogar immer noch, in Kanada einmal selbst Dollar zu verdienen. Aber in seiner Wohnung, dort wo alle seine Trophäen stehen, hängt auch ein rotes Spruchband: „Unser Erfolg in Arbeit und Sport für unser Vaterland und die Partei.“

Jawoll, Herr Major. Wäre es nicht so, hätte Oberlehrer Viktor Tichonow wohl doch mit dem Zeigefinger gedroht und sein Lächeln wieder vergessen.

EISHOCKEY-BILANZ

Näher an Schweden und Kanada gerückt

sid/dpa, Sarajevo

Die deutsche Nationalmannschaft untermauerte beim olympischen Tur*nier ihren* fünften Platz im internationalen Eishockey, den sie bei der Weltmeisterschaft 1983 im eigenen Land erobert hatte. Trotz eines 1:4-Rückstandes im Spiel um Platz fünf gegen Finnland kam das Team von Bundestrainer Xaver Unsinn mit einem furiosen Endspurt noch zu einem 7:4-Erfolg und erreichte damit das für Olympia gesteckte Ziel.

Das letzte Drittel gegen die Finnen, das mit 5:0 gewonnen wurde, wertete Unsinn als „versöhnlichen Schlußpunkt“ für die gesamte Arbeit und den Ärger in der olympischen Saison. Und er prophezeit auch noch Auswirkungen für die Zukunft. „Das war die beste Werbung für die Fortsetzung der Bundesliga-Spiele im März. Ich bin überzeugt, daß die Vereine ganz starken Besuch haben werden.“.

Das letzte Spiel zeigte dem Bundestrainer aber auch, daß er einen Spieler taktisch völlig falsch eingesetzt hatte. Als der Kaufbeurener Dieter Hegen („ich kam mir vor wie Rudi Völler als Vorstopper“) von seiner Defensivarbeit im ersten Sturm weitgehend befreit wurde, zeigte der 21jährige im Zusammenspiel mit Kühnhackl, wie torgefährlich er sein *kann*. Fünf der sieben Tore gingen auf das Konto der beiden Stürmer. Und für Kühnhackl, der den 1:4-Rückstand mit drei Treffern hintereinander allein aufholte, langte es am Ende sogar zum Torschützenkönig. Mit acht Toren und sechs Vorlagen kam er auf 14 Punkte.

Ursprünglich wollte der Landshuter Kapitän nach den Olympischen Winterspielen seine internationale Karriere beenden. Doch Kühnhackl entschied sich noch mal anders. Beim Turnier um den Kanada-Cup im Herbst und auch noch bei der Weltmeisterschaft im nächsten Jahr in Prag will der 33 Jahre alte Routinier dabei sein.

Wenn sich die Prognosen des Bundestrainers als richtig erweisen, wird Kühnhackl am Ende des Jahres ein weiteres wichtiges Turnier miterleben. „Jetzt bin ich sicher, daß wir zu Weihnachten auch wieder zum Iswestija-Turnier nach Moskau eingeladen werden“, rechnet Unsinn fest mit einem Schreiben des sowjetischen Eishockey-Verbandes.

Die Bilanz der Spiele in Sarajevo sieht bei vier Siegen, einem Unent*schieden und* nur *einer* Niederlage für die deutsche Mannschaft sogar besser aus als beim Gewinn der Bronzemedaille 1976 in Innsbruck. Damals fehlten nicht nur Schweden und *Kanada*, sondern bei drei Niederlagen half auch das Glück beim Sprung auf den dritten Platz kräftig mit. Aber für Unsinn zählt in erster Linie, daß sein Team die Finnen überholt hat. „Jetzt *müssen wir uns* noch näher an Schweden und die CSSR herankämpfen“, erklärt er die künftige Marschrichtung.

Der Abschied von Sarajevo: Unsere Athleten dürfen auch verlieren, aber dann bitte nobel

Von FRANK QUEDNAU

Die olympische Flamme ist erloschen. Das klingt so hübsch pathetisch und paßt zu der Formel, die Jugend der Welt habe, wie alle vier Jahre, wieder einmal miteinander gespielt, und sie freue sich, es 1988 wieder zu tun. Sarajevo ade, auf Wiedersehen in Calgary. Bei diesen Gelegenheiten liegen die verbalen Strickmuster zur freien Verfügung in der Schublade, programmiert *heißt* das heute. Olympias letzter winterlicher Seufzer von Sarajevo kann auch anders ausgedrückt werden: British Petrol (BP) hat die Flüssiggas-Technik für die olympische Flamme ausgeschaltet. Jetzt kann der Konzern auch die Anzeigen aus den Zeitungen entfernen, die darauf hinwiesen, warum das Feuer trotz Wind und Wetter so schön leuchtete. Kalt war es trotzdem.

Vielleicht wird Sarajevo dereinst als ein sehr gutes Beispiel dafür gelten, daß Olympia immer nur zwischen großen, ehrenwerten Gedanken und der elektronischen Datenverarbeitung liegen kann. Irgendwo dazwischen wie Jugoslawien. Zwischen Ost und West, Nord und Süd, Kommunismus und Kapitalismus, Gemütlichkeit und Hysterie.

Der Zug fährt zwar nicht nach nirgendwo, aber sein Hauptbahnhof liegt *im Niemandsland. Dort, wo sich* die Wege blutarmer Statistiken und ihre herzklopfende Widerlegung treffen. Die Gegensätze bleiben. Je unsportlicher der Betrachter ist, desto größer wird seine Gier nach Medaillen. Wer morgens keine zehn Kniebeugen schafft, will wenigstens Landsleute für sich triumphieren sehen.

Das ist, obwohl allgemein gültig, schon gemünzt auf das, was Sarajevo der Bundesrepublik Deutschland gebracht hat, wenn Olympische Spiele einem Staat, einer Gesellschaft überhaupt etwas bringen oder geben können.

Gegensätze. Niemandsland. Wir (*wer ist das?*) haben Schwierigkeiten wie alle anderen auch, die auftauchen im Medaillenspiegel (oder sogar nicht), den das Internationale Olympische Komitee verbieten will, was es nicht schaffen kann, weil es auch dem Hahn, der morgens kräht, nicht den Schnabel zubinden kann.

Pathos, Realität, Widersprüche, Statistik, die am Ende ausdeutbar ist wie der Wetterbericht, also eine nur sanfte Schwester der Notlüge.

Toni Sailer, der 1956 Gold in allen drei alpinen Wettbewerben gewann, bleibt auch in Sarajevo dabei: „Der Olympiasieg ist wie ein Pontifikalamt in einem Dom, alles andere sind nur tägliche Messen in der Kirche.“ Der Österreicher leitete einst aus seinen Erfolgen ab, auch zum Sänger und Schauspieler berufen zu sein. Er irrte gewaltig, heute besitzt er ein Hotel. Aber Feldwebel Peter Angerer wird demnächst Oberfeldwebel.

Willi Daume, der oberste Olympier unseres Landes, sagt: „Selbst der hintere Rang bei Olympischen Spielen trägt nicht den *Makel* des Fiaskos, der Blamage oder des Versagens, vorausgesetzt, es wurde in nobler Haltung um Meter und Sekunden gekämpft und verloren.“ Irene Epple *zieht* immer noch ein *Gesicht*, als habe ihr der angeblich so kühle Verstand, mit dem sie alles erklären will und nichts begreiflich machen kann, befohlen, in die Stangen der Pflichttore zu beißen, die sie *talwärts* zu passieren hat.

Ein kanadischer Journalist spricht mit Blick auf die „DDR“ von einem athletischen Blitzkrieg. Jeder 680 000. Einwohner des Teilstaates, der ein Prozent der europäischen Fläche belegt, hat umgerechnet eine Medaille gewonnen. Aber nur jeder zwölfmillionste Sowjetbürger, doch immerhin jeder 6225. Liechtensteiner.

Die Bundesrepublik hat vier Medaillen gewonnen, also auch jeder 12,224millionste Bürger eine. Und jede dieser Medaillen kostet 1,022 Millionen Mark, wenn allein die Bundesmittel für den Wintersport im Jahre 1983 zugrunde gelegt werden. Ohne Trainergehälter, ohne Unterhalt der Leistungszentren, ohne die schier unmögliche Aufschlüsselung der Kosten, die anfallen, wenn die Bundeswehr eine Noratlas-Maschine stellt, um Jochen Behle und seine Skilangläufer zum Sommertraining nach Norwegen zu fliegen.

Was nun? *Dieser* Kommentar liegt nahe: Mal störte der Wind, mal störte der Schnee, mal war es eine falsche Handbewegung. Sind das nicht zu viele Zufälle? Sie werfen vielleicht ein Licht auf jene *Gesetzmäßigkeiten*, daß es vielen unserer Sportler in entscheidenden Minuten an Ausdauer, Willen und Selbstbeherrschung fehlt. Hans-Joachim Schumacher, der Bremser des Viererbobs Deutsch*land I, stieg nach dem vierten Lauf* aus dem Schlitten und sagte, obwohl gerade Neunter geworden: „Eine schöne Fahrt.“ So, als sei Eisblumenpflücken während dieser Fahrt erlaubt. Aber der zitierte Kommentar stammt aus „Sowjetski Sport“, einer Zeitung, die vom Sportministerium in Moskau herausgegeben wird.

STAND PUNKT

Noch ein Zeitungskommentar: „Sechs Läuferinnen umfaßt das alpine Damenteam in Sarajevo. Ihnen stehen drei Trainer, eine Masseurin, eine Betreuerin, ein dreiköpfiges Videoteam, vier Schuh-, drei Bindungs- und zwei Ski-Serviceleute zur Verfügung. Ein gewaltiger Aufwand für keine Medaille.“ Die Zeitung, die das schrieb, erscheint nicht in der Bundesrepublik, sondern in Graz. Österreich hat im alpinen Skisport seinen Platz zugewiesen bekommen, direkt *hinter Liechtenstein. Die Bundesre*publik mit ihren Epples liegt noch dahinter. Aber vor den Chinesen immerhin, weil die mehr Menschen, also die weitaus größere Auswahl *haben*.

Nur: Beides paßt auch auf die Bundesrepublik. Das, was in Moskau, und das, was in Graz geschrieben wird. Die Frage nach der oben *aufgemachten Kostenrechnung, die* Frage nach der Diskrepanz zwischen dem Bemühen, Athleten in ihrem Berufshobby Sport zu unterstützen, und dem Ertrag, der in allgemeiner An*teilnahme* und *Freude* über dem Erfolg liegt, ist berechtigt. Sie schreit geradezu nach einer Antwort. Aber nicht nach der: Eine Medaille für uns wäre noch viel zu früh gekommen.

Dieses Wort, das dümmste, das sich ein maßgeblicher Mann der deutschen Mannschaftsführung leisten konnte, sprach Helmut Weinbuch, der Sportdirektor des Deutschen Ski-Verbandes, nach dem siebten Platz des Skispringers Andreas Bauer am Samstag. Olympische Spiele sind alle vier Jahre, vier Jahre dauert die Vorbereitung. Nimmt man diese Spanne als Maßstab, hat jede der vier Sarajevo-Medaillen für die Bundesrepublik rund 4,5 Millionen Mark gekostet. Da kommt nie etwas zu früh, da hat es zum rechten Zeitpunkt zu kommen, deshalb das viele Geld für die Planung.

Wir (wer ist das?) wollen gewinnen. Aber wir – kleiner, unverzichtbarer Unterschied zu denen, die den Medaillenspiegel gesellschaftspolitisch als Feigenblatt ihrer Unmenschlichkeit benutzten – *wir dürfen auch* verlieren. Das sollte jedoch noch lange nicht zu solche einem blauäugigen Telegramm führen, das die beiden SPD-Politiker Willy Brandt und *Hans-Jochen Vogel* nach Sarajevo an Willi Daume schickten: „Dank und Anerkennung für die Teilnahme und den sportlichen Einsatz ... auch wenn sich die eine oder andere Medaillen-Hoffnung nicht erfüllt hat.“ Wichtig ist schon, was Walther Tröger, Chef de Mission der deutschen Mannschaft, sagte: „Hier laufen viele Buchhalter herum, die nur nach dem Geld fragen.“

Charles Wilp – nur ein Beispiel – mag eine schillernde Figur der Werbebranche sein, die sich selbst abgehalftert hat. Aber er arbeitet eng mit dem Athleten-Fonds der deutschen Sporthilfe zusammen und ist deshalb ein Beispiel für die fehlgeleitete Anteilnahme, die Athleten irreleiten kann. Claudia Leistner sei die Spitze des Sex-Appeals, sagte er, Norbert Schramm eine heiße Nummer. Beide zusammen auf einem Bild, so Wilp, verkaufen alles, vom Schlankheitsmittel bis zur Zahnpasta. Über fünf Millionen für jeden sitzen drin. Peter Angerer, immer noch Wilp, habe nichts zu erwarten, er betreibt nur Sport. Und nur Sport läßt sich nicht vermarkten.

Das war vor diesen Winterspielen, die blasse, technisch *überforderte* und angestrengte Spiele waren. Und die doch immer dann aus dem Schneegestöber heraussprangen, die Kältegrade überwanden, wenn ein Angerer *auf dem Siegespodest* stand oder ein Bill Johnson, eine Debbie Armstrong oder eine Paoletta Magoni. Typen, die das Wort vom gesunden Geist in einem gesunden Körper, dieses *Mens sana in corpore sano*, so übersetzen würden, wie es die Bayern selbstbewußt tun, wenn sie an ihre Stärke glauben: gsund samma.

Nur vier Medaillen, an denen *sechs* (Angerer, die Biathlon Staffel mit ihm, die Rodler Stanggassinger/Wembacher1 beteiligt sind. Gescheitert sind ausgerechnet die, die von unserer Gesellschaft und ihren Massenmedien verhätschelt wurden – die Behles, Jägers, Schramms und Leistners. Und die Epples.

Das schmerzt. Aber es ist zu verschmerzen. Deshalb auch: Auf Wiedersehen in Calgary 1988.

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE — XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

SKISPRINGEN / Auf der großen Schanze blieb für Jens Weißflog nur Silber

Schule hat er aufgegeben – Nykänen interessiert sich nur für Schanzen

Von MARTIN HÄGELE

Matti ist ein seltsamer Vogel. Es gibt viele andere Springer, mit denen man sich blendend unterhalten kann. Wenn jedoch der Punkt kommt, so du einen brauchst, der den Satz für die Goldmedaille machen soll, können die das nicht – Matti aber macht den Satz."

Mit diesen Worten hat vor ein paar Monaten Finnlands Sprung-Trainer Matti Pulli einen amerikanischen Journalisten beruhigt, der nach einer Unterhaltung mit Matti Nykaenen den Schluß gezogen hatte, dieser Nykaenen sei ein ungehobelter, unerzogener und dummer Bengel.

Ein Platz unterhalb der Schanze, dort, wo die Springer ihre Vorbereitungen treffen, mißt die Länge und Breite etwa 50 Meter. Die Buben sind allesamt blaß im Gesicht, lauter Figuren wie Handtücher. Sie sprinten, sie verrenken ihre Körper zum sogenannten Muskel-Stretching, sie üben auf dem Boden, wie sie nachher ins Leere lossegeln werden. Zwei fallen auf. Jens Weißflog (19), Goldmedaillengewinner auf der Normalschanze. Der Junge aus Klingenthal will ein ungeschriebenes Gesetz brechen. Noch nie, seit es Olympische Winterspiele gibt, hat ein Mann sowohl auf der kleinen wie auf der großen Schanze gewonnen.

Und der Konkurrent: Bevor Weißflog in diesem Winter kam, galt Matti Nykaenen (29) als ungekrönter König der Lüfte. Über ihn hat der Amerikaner Jeffrey Hastings, der später Vierter wird, geurteilt: „Matti ist zum Springen geboren worden, uns hat man erst zu Springern gemacht."

Die zwei gehen aneinander aus dem Weg. Nykaenen, der Silber auf der Normalschanze geholt hat, und sein Bezwinger laufen nicht nebeneinander. Bei den Spurts kreuzen sich ihre Wege ständig. Doch keiner blickt dem Gegner ins Auge. Sie schauen aneinander vorbei.

Mutprobe. Wer hält das länger aus, den anderen zu ignorieren. Schon oft ist hier, im psychologischen Vorfeld des Wettkampfes, über den Sieg entschieden worden.

Die Kiebitze unter dem Tisch der großen Schanze am Malo Polje werden nie entscheiden können, ob am Samstag Jens Weißflog oder Matti Nykaenen besser gepokert hatten.

Die Antwort fiel erst in der Luft. Weißflog flog weit hinunter: 106 Meter im ersten, 107 im zweiten Versuch. Doch jedesmal setzte Matti Nykaenen einen drauf: 116 Meter, dann 111 – noch nie ist ein Skispringer so souverän Olympiasieger geworden.

95 Prozent von Mattis Leistung bestehen aus Mut, das ist sein Geheimnis, sagt Trainer Pulli. Nykaenen habe im ersten Durchgang einen ausgezeichneten Wind erwischt, das habe entschieden, behauptete der Zweite Weißflog.

„Ich hatte in dieser Saison viele Höhen und Tiefen durchgemacht. Aber ich bin im richtigen Moment in Topform gekommen", sagte Nykaenen.

Nun steht es Unentschieden zwischen den beiden absoluten Ausnahmeerscheinungen unter den Weitenjägern. Jeder besitzt eine Gold- und eine Silbermedaille. Aber jeder will die Nummer eins sein.

Siege auf Großschanzen sind die wichtigsten, sagte Nykaenen. Deshalb sei er besonders froh, daß er da gewonnen habe.

Vom Duell der schmalbrüstigen und bartlosen Superstars wird die Branche noch ein paar Jahre leben und daraus ihre Spannung beziehen.

Aber wenn man sich fragt, warum zwischen Nykaenen, Weißflog und ihren deutschen Konkurrenten eine ganze Dimension liegt, erklärt sich jener Unterschied am besten aus der Biographie Nykaenens.

Matti kommt aus Jyraeskylae, der Stadt der Schanze. Mit neun kriegt er die ersten Sprunglatten, mit elf bestreitet er schon Wettkämpfe. Als er 14 ist, liegt eines Tages ein Zettel auf dem Küchentisch: „Papa, sei bitte nicht böse, ich bin heute 88 Meter auf der 90-Meter-Schanze gesprungen."

Der Taxifahrer Ensio Nykaenen ist schon lange nur noch stolz auf seinen Sohn. Es stört ihn nicht, daß dieser in der Schule gescheitert ist, weil er nur seine Schanze im Kopf hatte.

Als er im vergangenen Jahr am weltberühmten Holmenkollen triumphiert hatte, erhielt Matti von den stolzen Stadtvätern in Jyraeskylae einen lebenslangen Job im Gartenbauamt. Für Training und Tournee ist er automatisch von der Arbeit befreit.



Er besaß beim psychologischen Pokerspiel offenbar die besseren Karten: Olympiasieger Matti Nykänen, der sich feiern ließ FOTO: DPA

EISKUNSTLAUF / Katarina Witt aus der „DDR" hat Olympiasieg geschafft

Vor der Kür ergötzte sie sich schnell noch an den Medaillen von Karin Enke

sid/dpa, Sarajevo

Als die Noten für die amerikanische Eiskunstlauf-Weltmeisterin Rosalynn Sumners auf der Anzeigetafel aufleuchteten, gab es im Lager der „DDR" um die Europameisterin Katarina Witt einen großen Schreck. Mannschaftsleiter Jochen Grünwald überfiel ein Zucken, Trainerin Jutta Müller wurde bange ums Herz und Katarina Witt, die nach der Pflicht und dem Kurzprogramm in Führung gelegen hatte, dachte im gleichen Moment: „Jetzt ist die Goldmedaille weg." Doch am Ende wich der Schreck einem strahlenden Siegeslächeln.

Der Computer spuckte die Rechnung nach dem Kürlaufen schnell aus, und Katarina Witt hatte Rosalynn Sumners mit 5:4-Preisrichterstimmen geschlagen. Der Italiener Giorgio Siniscalco, der in der B-Note für die Amerikanerin die 6,0 gezogen hatte, machte nicht wie erhofft die Weltmeisterin auch zur Olympiasiegerin, sondern sich selbst nur lächerlich.

Als die Amerikaner sich von der Niederlage ihrer 19 Jahre alten Weltmeisterin erholt hatten, trösteten sie sich mit dem augenfälligsten Vorzug von Katarina Witt: „Die sieht ja aus wie Brooke Shields." Die 18jährige aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) hatte mit einer von Charme und Können geprägten Kür überzeugt, und mit ihr hat der Eiskunstlauf in Sarajevo eine Olympiasiegerin hervorgebracht, wie sie sich das Kunstlaufen auf dem Eis schon lange wünscht: Eine Athletin mit Haselnußaugen und eine sportliche Springerin mit Stil.

„Das ist der glücklichste Augenblick meines Lebens", strahlte die nur 52 Kilogramm schwere und 1,65 Meter große Oberschülerin nach dem Sieg. Auf die Frage, ob sie meinte, zurecht gewonnen zu haben, antwortete sie ganz selbstbewußt. „Ja, ich hatte die größeren Schwierigkeiten in meinem Programm und bin über alle drei Wettbewerbsteile sicherer gewesen."

Mit dem Gewinn der Goldmedaille erfüllte sich Katarina Witt einen vier Jahre alten Traum. 1980 hatte sie als 14jährige die Siegeskür ihrer Klubkameradin Anett Pötzsch in Lake Placid auf dem Fernsehschirm verfolgt und zu sich selbst gesagt: „Auf diesem Treppchen möchte ich auch einmal stehen." Und in Sarajevo hat sie sich dann noch zusätzlich ein bißchen motiviert. Vor ihrer Kür ging Katarina Witt noch schnell auf das Zimmer ihrer Landsmännin Karin Enke, die im Eisschnellauf bereits zweimal gewonnen hatte. „Ich hab' mir ihre Goldmedaillen angeschaut, und die haben mir ausgesprochen gut gefallen", berichtete sie später.

Die Karriere der Katarina Witt begann mit fünf Jahren, als sie erstmals auf Schlittschuhen stand. Mit zehn war sie Siegerin der Kinder- und Jugendspartakiade, mit 15 schon Fünfte der Europameisterschaft, ein Jahr später Zweite und 1983 zum ersten Mal Europameisterin. Doch bei der Weltmeisterschaft des vergangenen Winters schien der unaufhaltsame Aufstieg ins Stocken zu geraten. Eine katastrophale Pflicht, der Sturz auf den vierten Rang, Tränen. Es sah so aus, als könne das schöne Mädchen dem Leistungsdruck nicht mehr standhalten.

Im Olympia-Winter aber kehrte sie entspannt und fröhlich in die Eis-Arena zurück und war besser als je zuvor. Sie habe ungeheuer viel Pflichtlaufen trainiert, erklärte sie. Und Trainerin Jutta Müller, nach dem Geheimnis ihrer Erfolge befragt, sagte: „Täglich harte Arbeit."

Anders als Rosalynn Sumners, die zur Eisrevue gehen will, wird Katarina Witt ihre Karriere fortsetzen. Bei den Weltmeisterschaften im nächsten Monat in Ottawa ist sie auf jeden Fall dabei. Ob sie allerdings 1988 antritt, weiß sie selbst noch nicht.

Die Amerikaner brauchen sich um ihre Eiskunstlauf-Zukunft bei den Damen keine Sorgen zu machen. Mit einer eindrucksvollen Kür hatte die erst 16 Jahre alte Tiffany Chin angedeutet, daß man in den nächsten Jahren mit ihr rechnen muß.

Für die beiden Läuferinnenn der Deutschen Eislauf-Union (DEU), die zu Beginn des Winters noch als medaillenverdächtig galten, blieben in der Kür nur hintere Ränge. In der Gesamtwertung reichte es für Manuela Ruben (München) zum siebten und für die Vize-Weltmeisterin Claudia Leistner (Mannheim) nur zum neunten Platz.



Selbstbewußt und zudem auch sehr hübsch: Katarina Witt aus der „DDR", die ihren Traum von einer Goldmedaille verwirklichte. FOTO: AP

SKI-LANGLAUF

Sieg für Wassberg, aber Mieto wieder mal gescheitert

sid, Sarajevo

Das letzte Kapitel über die Langlauf-Legende Juha Mieto (34) ist geschrieben: Der bärtige Riese aus Finnland scheiterte auch bei seinem letzten, verzweifelten Versuch, doch noch olympisches Gold in einem Einzelrennen zu gewinnen. Thomas Wassberg (27) bleibt sein Schicksal. Schwedens Weltmeister, vor vier Jahren in Lake Placid mit einer Hundertstelsekunde vo;r Mieto Olympiasieger über 15 Kilometer, gewann nach einem kaum weniger dramatischen Duell mit seinem Landsmann Gunde Swan beim Skimarathon über 50 Kilometer die letzte Goldmedaille.

Mieto, unglücklicher Vierter über 15 Kilometer, kämpfte ein letztes Mal. Mit dem Sturmlauf des Schweden-Duos Wassberg und Swan hatte die tragische Figur nichts zu tun. Fast sechs Minuten Rückstand auf den Sieger bedeuteten den zehnten Rang am Ende seiner Karriere. Da war es kaum ein Trost, daß sein Landsmann Aki Karvonen Bronze gewann.

Die erfolgreichste Skilangläuferin in Sarajevo war die Finnin Marja-Liisa Hämäläinen. Sie siegte über 5 km, 10 km und 20 km. Schon im Herbst sei ihr Sprintvermögen beim Training auf dem Dachstein-Gletscher von den Sowjetrussinnen bestaunt worden. „Ich wußte, daß ich in Sarajevo fit bin. Mein Pensum war genau auf die Olympischen Spiele ausgerichtet." Den letzten Schliff hatte sich Marja-Liisa Hämäläinen dann in den schneereichen Wäldern Nordfinnlands geholt. Dort testete sie auch einen neuen hervorragenden Ski aus Skandinavien, mit dem sie jetzt der Konkurrenz enteilte.

Ihrem Trainer Sulo Repo, der nicht zum finnischen Trainer-Stab gehört, und dessen eigenen Trainingsmethoden habe sie ihre Erfolge zu verdanken. „Und natürlich den Tips von Harri." Harri Kirvesniemie, der finnische Bronezmedaillengewinner über 15 km, ist der Verlobte der 28jährigen Physiotherapeutin.

Mit Marja-Liisa Hämäläinen fing es an, mit Thomas Wassberg endete der Triumph der Skandinavier in den Langlauf-Loipen um Sarajevo. In den acht Wettbewerben der Damen und Herren gewannen Finnland, Schweden und Norwegen zusammen sieben Gold-, drei Silber- und sieben Bronzemedaillen. Die UdSSR holte einmal Gold und dreimal Silber. 1980 hatte die Sowjetunion in acht Wettbewerben viermal gewonnen, und es gab damals zwei „DDR"-Siege. Für die Skandinavier holte damals Thomas Wassberg die einzige Goldmedaille.

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Olympia in Zahlen

SKILANGLAUF

20 km Damen

Gold: Hämäläinen (Finnland) 1:01:45,0 Std.

Silber: Smetanina (UdSSR) 1:02:26,7

Bronze: Jahren (Norwegen) 1:03:13,6

4. Paulu (CSSR) 1:03:16,9, 5. Lillemor (Schweden) 1:03:34,8, 6. Pettersen (Norwegen) 1:03:52,0, ... 19. Jäger (Deutschland) 1:06:20,2.

SKISPRINGEN

90-m-Schanze

Gold: Nykänen (Finnland) 231,2 Punkte

Silber: Weißflog („DDR") 213,7

Bronze: Ploc (CSSR) 202,9

4. Hastings (USA) 201,2, 5. Puikkonen (Finnland) 196,0, 6. Kogler (Österreich) 195,6, 7. Bauer (Deutschland) 194,6, ... 35. Rohwein 158,4, ... 38. Waldvogel (alle Deutschland) 154,5.

EISSCHNELLAUF

10 000 m der Herren

Gold: Malkow (UdSSR) 14:39,90

Silber: Gustafson (Schweden) 14:39,95

Bronze: Schöfisch („DDR") 14:46,91

4. Karlstaad (Norweden) 14:52,40, 5. Hadschieff (Österreich) 14:53,78, 6. Botschkarew (UdSSR) 14:55,32, ... 28. Scharf (Deutschland) 15:40,74.

VIERERBOB

Gold: „DDR" I 3:20,22

Silber: „DDR" II 3:20,78

Bronze: Schweiz I 3:21,39

4. Schweiz II 3:22,90, 5. USA I 3:23,33, 6. UdSSR 3:23,53, ... 9. Deutschland I 3:24,15, ... 14. Deutschland II 3:25,31.

SKI NORDISCH

50-km-Langlauf Herren

Gold: Wassberg (Schweden) 2:15:55,8 Std.

Silber: Swan (Schweden) 2:16,00,7

Bronze: Karvonen (Finnland) 2:16:56,8 4. Kirvesniemi (Finnland) 2:18:26,1, 5. Lindvall (Norwegen) 2:19:27,1, 6. Grünenfelder (Schweiz) 2:19:46,2, ... 35. Schneider 2:29:31,7, ... 37. Schöbel 2:30:30,2, 38. Zipfel 2:30:57,7 (alle Deutschland).

EISKUNSTLAUF

Damen

Gold: Witt („DDR") 3,2 Punkte

Silber: Sumners (USA) 4,6

Bronze: Iwanonwa (UdSSR) 9,2

4. Chin (USA) 11,0, 5. Kondratschewa (UdSSR) 11,8, 6. Zayak (USA) 14,2, 7. Ruben 15,0, ... 9. Leistner (beide Deutschland) 17,4.

SKI ALPIN

Slalom der Herren

Gold: Phil Mahre (USA) 1:39,41 Minuten

Silber: Steve Mahre (USA) 1:39,62

Bronze: Bouvet (Frankreich) 1:40,20

4. Nilsson (Schweden) 1:40,25, 5. Toetsch (Italien) 1:40,48, 6. Popangelov (Bulgarien) 1:40,68. Egon Hirt und Florian Beck (beide Deutschland) sind ausgeschieden.

EISHOCKEY

Gold: UdSSR

Silber: CSSR

Bronze: Schweden

4. Kanada, 5. Deutschland, 6. Finnland, 7. USA, 8. Polen.

MEDAILLENSPIEGEL

Nach 39 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
„DDR"	9	9	6
UdSSR	6	10	9
USA	4	4	–
Finnland	4	3	6
Schweden	4	2	2
Norwegen	3	2	4
Schweiz	2	2	1
Deutschland	2	1	1
Kanada	2	1	1
Italien	2	–	1
Großbritannien	1	–	–
CSSR	–	2	4
Frankreich	–	1	2
Japan	–	1	–
Jugoslawien	–	1	–
Liechtenstein	–	–	2
Österreich	–	–	1

Als der Präsident zu Marina Kiehl sagte: „Iß weiter, Bub."

DW. Sarajevo

„Wir sind zwar nicht gut, aber gescheitert", sagte Rodel-Bundestrainer Sepp Lenz. Einer von vielen Sprüchen, die in Sarajevo in der deutschen Mannschaft notiert wurden, und die gleichzeitig wohl bewiesen: Gegen die Aussichtslosigkeit, in der sich die deutsche Olympiamannschaft in so manchen Disziplinen mittlerweile befindet. Doch im Sprüche-Klopfen, da kennt man sich aus, aber nicht nur bei den Athleten. Was soll man von einem Verbandspräsidenten halten, der seine beste Abfahrerin nicht kennt? Hier eine Auswahl an sinnigen und unsinnigen Sprüchen.

Bobfahrer Uwe Eisenreich: „Wir sind zwar nicht die besten Bobfahrer, dafür haben wir aber die schlechtesten Funktionäre."

Eiskunstlauf-Trainer Karel Fajfr: „Uns fehlte der Einfluß auf die Preisrichter. Bei einer Welt- oder Europameisterschaft wäre das nicht passiert."

Rodel-Bundestrainer Sepp Lenz: „Wir sind zwar nicht gut, aber gescheitert."

Alpiner Sportwart Kuno Messmann: „Die Seele der Aktiven kneten wir nicht."

Noch einmal Messmann: „Ich kann mich nicht erinnern, je eine Damen-Mannschaft mit einem so guten Betriebsklima erlebt zu haben."

Eiskunstläufer Rudi Cerne: „Vor der Kür bekam ich Bammel. Da hatte ich Bronze vor dem Kopf."

Cerne: „Hätte der blöde Hund nicht noch ein Jahr warten können." Der Tscheche Sabovcik gewann knapp die Bronzemedaille.

Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn: „Ich könnte ja in die kommunistische Partei eintreten und meinen Freund Tichonow beim Toreschießen der UdSSR gegen uns ein bißer'l freundlicher stimmen."

Fritz Klein (ARD), früherer Eisschnelläufer, als Kommentator der Eisschnellaufrennen: „Ich weiß nicht, was los war: Ist das Eis jetzt abgezogen oder nur gewischt worden."

Dietrich Martin, DSV-Sportwart der Langläufer: „Der Schnee war zu weich. Wir haben unter solchen Bedingungen vor den Spielen nicht trainiert".

Noch einmal Martin: „Skisport ist doch nicht Fußball-Bundesliga."

Eishockey-Verteidiger Udo Kießling: „Ich stand ganz plötzlich allein gegen drei. Die spielten dann Ping-Pong mit mir. Das hätten wir verhindern müssen."

Eisschnellauf-Sportwart Rainer Scharrelmann: „Wir hatten das falsche Eis."

Franz Klammer, Olympia-Zehnter, vor der Abfahrt: „Hier kann jeder gewinnen, der Favorit und der Außenseiter."

Berit Aunli, Silbermedaillen-Gewinnerin über fünf Kilometer Ski-Langlauf: „Ich habe eine Haftschale *verloren und bin wie blind über die* Piste gelaufen."

Jochen Behle: „Im 30-km-Lauf war der Schnee schlecht, und ich gut, über 15 km war der Schnee gut und ich schlecht."

Abfahrtstrainer Klaus Mayr zur *Nachnominierung* von Peter Dürr, der bei der Abfahrt dann stürzte: „Der Münchner mit seinem urwüchsigen bayerischen Humor ist eine psychische Stimulanz des deutschen Teams."

Irene Epple: „Wenn es schlimm *kommt*, kommt es *gleich* knüppeldick."

„Downhill-Charly" Kahr, Österreichs Cheftrainer der Alpinen: „Wenn es nicht läuft, dann läuft es eben nicht."

DSV-Präsident Josef Ertl zur *Olympia-Fünften* Marina Kiehl beim Essen: „Iß weiter, Bub."

NOK-Präsident Willi Daume nach seiner Abstimmungs-Niederlage „im Fall Dürr": „Vergessen wir die Sache."

Bob-Bundestrainer Zimmerer: „Jeder versucht, in der Materialfrage irgendeinen Strohhalm zu finden."

Willi Daume zur Zulassung der angeblichen neun Profis beim olympischen Eishockey-Turnier: „Wir glauben den NOK's. Uns bleibt auch gar nichts anderes übrig."



Erkannte seine eigenen Leute nicht: Ski-Präsident Josef Ertl. FOTO: SVEN SIMON



Sieht nun wirklich nicht wie ein „Bub" aus: Marina Kiehl. FOTO: SVEN SIMON

NATIONALELF / Müheloser 7:1-Erfolg im Testspiel gegen Offenbacher Amateure – Aber Torjäger Rudi Völler traf das Tor nicht

Schatzmeister Braun erwägt juristische Schritte

BERND WEBER, Frankfurt

Sieben Tage lang hatte Bundestrainer Jupp Derwall seine Nationalspieler um sich versammelt. Was so überaus unerfreulich begann – mit einer dürftigen Leistung beim mit 3:2 gewonnenen Länderspiel gegen Bulgarien, mit der vorzeitigen Abreise aus Varna wegen des angeblich „plötzlichen und völlig unerwarteten Wintereinbruchs" – endete am Samstagabend dann aber doch noch versöhnlich: Da nämlich zog Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge ein Fazit, daß man fast als Ehrenerklärung für Derwall werten muß. Rummenigge sagte wörtlich: „Ich spiele jetzt seit acht Jahren für die Nationalmannschaft. So konzentriert wie an den drei Tagen in Frankfurt ist wohl noch nie gearbeitet worden. Das war mehr als in den Vereinen getan wird."

Nun mag zwar sein, daß Rummenigge auch deshalb ein wenig Wiedergutmachung in Richtung Bundestrainer betreiben wollte, weil er ihn durch seine Kritik vor der Bulgarien-Reise in besonderer Weise in die Bedrouille gebracht hatte. Aber: Mit seinem Urteil steht der Münchner nicht allein da, es wird von allen Nationalspielern mitgetragen. Der Bremer Rudi Völler zum Beispiel meinte: „Die Zeit in Varna war wirklich Mist, die drei Abschlußtage haben hingegen unheimlich Spaß gemacht – und sie haben mit Sicherheit auch viel gebracht."

Wieviel – das war natürlich am Testspiel der Nationalmannschaft gegen die Amateure von Kickers Offenbach nicht ablesbar. Die Bundesliga-Eliteprofis haben mit 7:1 gewonnen. Das war in etwa standesgemäß, wenngleich der Sieg auch noch hätte viel deutlicher ausfallen müssen. Indes, speziell Völler erwies sich vor knapp 2000 Zuschauern im Frankfurter Waldstadion als wahrer Meister im Auslassen klarster Torchancen.

Was soll's, das ganze Spiel war nicht mehr als eine lockere Abschluß-Bewegungstherapie für die Nationalmannschaft. Anders darf man es nicht sehen. Mehr zählen da schon die Erkenntnisse, die Derwall insgesamt gewonnen hatte. Nämlich erstens, daß der Kreis derer, die er in Varna und Frankfurt um sich geschart hatte, in den noch folgenden Testbegegnungen vor der Europameisterschaft (gegen Belgien, die UdSSR, Frankreich und Italien) wohl nicht mehr sonderlich zu vergrößern werden braucht, sondern im Gegenteil verringert werden muß. Der Bundestrainer sieht die Lage so: „Ich gehe davon aus, daß ich die derzeit verletzten Toni Schumacher, Gerd Strack, Hans-Peter Briegel und Herbert Waas spätestens am 28. März gegen die UdSSR in Hannover wieder dabeihaben werde.

Darüber hinaus gibt es wohl nur noch die Ausnahme Hansi Müller. Derwall: „Den werde ich mir in Italien noch einmal anschauen und dann entscheiden, ob ich ihn gebrauchen kann."

Zweitens war in der abgelaufenen Woche klar zu erkennen, daß die Abwehr – in den vergangenen Jahren meist das Paradestück – zur Zeit die Schwachstelle der Mannschaft ist.

Drittens hat man gesehen, daß die von vielen angepeilte Umstellung von der Mann- zur Raumdeckung doch erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Der Bundestrainer flüchtete sich bei der Behandlung dieses Themas in Sowohl-Als-auch-Erklärungen und wiederholte der WELT gegenüber dann noch einmal, was er schon vor einer Woche gesagt hatte: „Die Raumdeckung kann nicht das Nonplusultra sein." Uneingeschränkt positiv beurteilte Derwall hingegen den Einstand der beiden Neulinge Rudi Bommer von Fortuna Düsseldorf und Andreas Brehme vom 1. FC Kaiserslautern.

Unter dem Strich also verbreitete Derwall ein hohes Maß an Zufriedenheit, zumal ein Thema vor der Europameisterschaft im Juni in Frankreich gänzlich ausgestanden scheint: die Verhandlung über die Prämien. DFB-Präsident Hermann Neuberger und Karl-Heinz Rummenigge haben sich zusammengesetzt und quasi bereits definitiv ausgehandelt, daß es im Falle der Titelverteidigung pro Mann etwa 30 000 Mark geben wird.

Jupp Derwall war dennoch innerlich sehr aufgewühlt, weil ihn die schweren Vorwürfe in der vergangenen Woche (Fehlplanung, Chaos-Trainingslager) tief getroffen haben. Der Bundestrainer: „Ich habe den Eindruck, einige Leute wollen die *Dinge* nur noch negativ sehen." Dazu muß man freilich anmerken, daß sich Derwall selbst durch zuweilen geradezu abenteuerliche Äußerungen in Schwierigkeiten bringt. Ein Beispiel: Daß das Trainingslager in Frankfurt einen Tag eher als ursprünglich vorgesehen aufgelöst wurde, begründete er unter anderem damit: „Es ist Regen vorhergesagt." Tatsächlich schien die Sonne gestern hell und strahlend in Frankfurt und genau das hatte das dortige Wetteramt angekündigt ...

Um noch einmal auf Varna zurückzukommen: Die WELT am SONNTAG hatte gestern berichtet, dorthin sei die Nationalelf nur aus Dankbarkeit geflogen, weil es DFB-Schatzmeister Egidius Braun bei einem „erlesenen Dinner" *während* der EM-Auslosung in Paris geschafft hätte, die bulgarischen Funktionäre darauf zu trimmen, daß die sich dafür einsetzen, Deutschland für die Finalrunde zu setzen. Braun zur WELT: „Das ist eine bösartige Unterstellung. Dagegen werde ich juristisch vorgehen."

LEICHTATHLETIK / Brown, ein neuer Sprintstar

Kein Profi-Vertrag, um Carl Lewis zu schlagen

sid/dpa, San Diego

Nicht Carl Lewis, sondern Ron Brown heißt der Sprint-Star dieser Tage in Amerika. Zweimal ging Carl Lewis, der dreimalige Weltmeister, in San Diego an den Start – zweimal mußte er sich dabei seinem Landsmann Ron Brown beugen. Über 60 Yards war Brown, der Olympia zuliebe einen 2,5-Millionen-Vertrag als Football-Profi abgelehnt hat, in 6,11 zu 6,12 Sekunden hauchdünn vorn, 20 Minuten später setzte er sich gegen Lewis über 50 Yards in 5,69 zu 5,72 Sekunden sogar klar durch.

Damit gab es für Carl Lewis in dieser Hallen-Saison beim dritten Aufeinandertreffen mit Ron Brown schon die dritte Niederlage. Carl Lewis hatte in San Diego kurzfristig seine angekündigte Mitwirkung im Weitsprung abgesagt, um sich an Brown für die zuvor erlittene Niederlage im Sprint zu revanchieren. „Ich war heute nachlässig", erklärte der Weltmeister, und sprach darüber, in der Startphase nicht zurechtgekommen zu sein. Was sicher nicht stimmt, denn Brown hatte den Blitzstarter Lewis jeweils immer erst auf den letzten Metern abgefangen. Was er von seinen Siegen über Lewis hält, sagt Brown so: „Die Siege über ihn schaden nicht, sie nützen aber auch nichts. Hallen-Ergebnisse haben im Hinblick auf Olympia keinerlei Bedeutung. Und bis Los Angeles ist es noch sehr weit."

Der Kölner Thomas Wessinghage schloß seine Amerika-Tournee in San Diego mit einem sechsten Rang im Meilen-Rennen ab. Der Fürther Langstreckler Christoph Herle hatte im Rennen über zwei Meilen den vierten Platz belegt.

In Moskau verbesserte der bisher international noch nicht in Erscheinung getretene Sowjetrusse Sergej Kasnaukas (23) in Moskau die europäische Hallen-Bestleistung im Kugelstoßen auf 21,46 Meter. Damit übertraf er die erst am 28. Januar dieses Jahres vom WM-Dritten Remigius Machura (CSSR) in Jablonec erzielte Bestmarke um 17 Zentimeter.

Hindernis-Weltmeister Patriz Ilg (Fürth) belegte beim internationalen Hallen-Sportfest in Toronto über 3000 Meter nur den dritten Platz in 8:04,11 Minuten. Es siegte Zakaria Barie aus Tansania in 8:02,69 Minuten vor dem Kanadier Paul William in 8:03,25 Minuten.

Mit Siegen von Wolfgang Muders (Leverkusen) mit 5829 Punkten im Siebenkampf und Monika Krolkewicz (Fürth) mit 4329 Punkten im Fünfkampf endete der 11. Internationale Hallen-Mehrkampf der Leichtathleten in Berlin. Der 26 Jahre alte Wolfgang Muders setzte sich gegen Mannschafts-Europapokalsieger Jens Schulze aus Paderborn durch, der auf 5749 Punkte kam.

SPORT-NACHRICHTEN

Nur von Japan besiegt

Rom (sid) – Beim „*Memorial Ceracchini*", dem Judo-*Mannschaftsturnier* in Rom, erreichten die deutschen Judoka überraschend den zweiten Platz. Nach Siegen über Italien (2:2 bei besseren Unterbewertungen) und Frankreich (3:1) unterlagen sie vor 8000 Zuschauern nur Japan mit 3:4.

Langer: Platzrekord

Melbourne (sid) – Mit der Einstellung des Platzrekordes (66 Schläge) in der Schlußrunde erkämpfte sich der Anhausener Bernhard Langer noch den zweiten Platz beim mit 150 000 Dollar dotierten Profi-Golf-Turnier in Melbourne (Australien).

Bugner: Comeback mißglückt

Kopenhagen (sid) – Das Comeback des Briten Joe Bugner (33 Jahre), dreimaliger Europameister der Berufsboxer im Schwergewicht, ist mißglückt. Vor 1200 Zuschauern unterlag er in Kopenhagen dem Norweger Steffan Tangstad (24) in einem Kampf über zehn Runden nach einer umstrittenen Entscheidung mit 1:2 Richterstimmen.

Flamengo lehnte ab

Rio de Janeiro (sid) – Der brasilianische Fußball-Meister Flamengo Rio de Janeiro treibt die Preise in die Höhe. Die Südamerikaner lehnten das 3,3-Millionen-Angebot des italienischen Erstligaklubs AC Neapel für Nationalspieler Junior ab. Präsident George Helal will für den 29jährigen Offensiv-Verteidiger mindestens 5,6 Millionen Mark.

Leonard gibt nicht auf

Baltimore (sid) – Sugar Ray Leonard will ein Comeback riskieren. Der ehemalige Boxweltmeister im Weltergewicht, der wegen einer Retina-Ablösung auf dem linken Auge zu erblinden drohte, will im April oder Mai gegen seinen amerikanischen Landsmann Kevin Howard boxen. Dieser Kampf war ursprünglich für den 25. Februar angesetzt, mußte aber wegen einer erneuten Augenoperation abgesagt werden.

Moorcroft in Frühform

Auckland (sid) – David Moorcroft, englischer 5000-m-Weltrekordler, bewies im neuseeländischen Auckland *schon gute Frühform. Er gewann* einen 10-km-Straßenlauf in 28:57,0 Minuten.

Ägypten ist qualifiziert

Kairo (dpa) – 130 000 Zuschauer im überfüllten Kairoer Stadion erlebten den *1:0-Sieg der ägyptischen Fußball*-Nationalmannschaft über Algerien, mit dem sich die Ägypter für das olympische Fußball-Turnier qualifizierten. Die Begegnung stand am Rande eines Abbruchs, als die Algerier kurz vor Spielende eine Prügelei initiierten, in die auch Sicherheitskräfte verwickelt wurden.

Stevenson schlug Biggs

Reno (sid) – Im Rahmen eines Amateur-Länderkampfes zwischen Kuba und den USA gewann Teofilo Stevenson, der dreimalige Box-Olympiasieger im Schwergewicht, nach Punkten gegen Weltmeister Tyrell Biggs. Erstmals seit den Olympischen Spielen in Moskau 1980 verlor auch der kubanische Weltmeister Adolfo Horta einen Kampf. Er unterlag dem 17jährigen Federgewichtler Meldrick Taylor nach Punkten.

Verhandlung verschoben

Bielefeld (dpa) – Weil zwei Hauptzeugen nicht erscheinen können, muß die für Mittwoch geplante Berufungsverhandlung im Fall Graul/Peitsch/Gütersloh vor dem Sportgericht des Westdeutschen Fußball-Verbandes verschoben werden. Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Neuer Modus im Basketball

Frankfurt (sid) – Weil die Nationalmannschaft Gelegenheit haben soll, sich intensiv auf die Europameisterschaft (28. Mai – 9. Juni in Deutschland) vorzubereiten, wird der Deutsche Basketball-Meister 1985 im zeitsparenden K.-o.-System ermittelt.

Schuster glänzte

Barcelona (sid) – Fußball-Nationalspieler Bernd Schuster war drei Tage nach seiner schwachen Leistung beim Länderspiel in Varna wieder in Form. Im Heimspiel des FC Barcelona gegen Real Valladolid glänzte er als Spielmacher und erzielte selbst das letzte Tor zum 5:0-Sieg.

RADSPORT / Debakel für die Deutschen bei der WM



Keine Konkurrenz, da konnte Radomir Simunek aus der Tschechoslowakei seinen Weltmeistertitel leicht verteidigen. FOTO: HORSTMÜLLER

Die Rechenkunststücke des Klaus-Peter Thaler

FRANS VERMEEREN, Oos

Es kam so, wie es wohl kommen mußte bei der Rad-Weltmeisterschaft der Querfeldein-Spezialisten im holländischen Oos: Bei den Profis siegte der Belgier Roland Liboton, ein Mann, der in dieser Saison noch kein einziges wichtiges Rennen verloren hatte. Zweiter wurde der schon 29jährige Holländer Hennie Stamsnijder, der sich erst im Spurt geschlagen gab vor dem Schweizer Albert Zweifel und dem bereits 40 Jahre alten Belgier Robert Vermeire. Er gewann einst bei 17 Weltmeisterschaften insgesamt 10 Medaillen.

Der deutsche Meister Raimund Dietzen aus Trier hatte vom Start weg geführt, doch wurde er schon in der ersten Runde in einen Sturz verwikkelt und fiel deshalb auf den 12. Platz zurück. Als Dietzen sich wieder nach vorne kämpfen wollte, stürzte er erneut. Am Ende blieb für ihn nur der neunte Platz. Der zweite deutsche Profi, Dieter Uebing aus Dortmund, belegte lediglich den vorletzten Rang. Uebing: „Ich hatte einfach keine Kraft mehr."

Selten genug für ein Querfeldein-Rennen: Diese Weltmeisterschaft wurde erst im Spurt entschieden. Liboton ließ dabei überaus selbstsicher seinem holländischen Konkurrenten Stamsnijder keine Chance. Stamsnijder, der so gern vor 10 000 holländischen Fans gewonnen hätte: „Nachdem ich dauernd die Führungsarbeit gemacht hatte, war gegen Liboton zum Schluß nichts mehr auszurichten."

Weltmeister der Amateure wurde, wie schon im vergangenen Jahr, der Tschechoslowake Radomir Simunek, der von der Spitze weg das Rennen auf der ehemaligen Müllkippe bestimmte. Im Ziel hatte er drei Sekunden Vorsprung vor seinem Landsmann Miloslav Kvasnicka.

Für die deutschen Fahrer wurde das Rennen auf der Müllkippe von Oos zu einem Debakel. Der deutsche Meister Mike Kluge (Berlin) kam mit einem Rückstand von 1:17 Minuten nur auf den 13. Platz, Volker Krukenbaum (Herford) und Wolfgang Ruser (Magstadt) lagen noch weiter zurück. Völlig indiskutabel war der 38. Rang von Rainer Paus (Bocholt) mit 5:40 Minuten Rückstand. Bundestrainer Klaus-Peter Thaler aber zeigte sich wider Erwarten dennoch zufrieden. Thaler wollte in Oos zwei Leute unter den ersten zehn haben. Nach dem Rennen sagte er zur WELT: „Diese Erwartungen haben sich gewissermaßen erfüllt, wenn man den 13. Rang von Mike Kluge unter Berücksichtigung zweier Stürze sieht." Und gewissermaßen als Fußnote fügt er noch an: „Ommer war verletzt, Schleicher erkrankt. Da fehlte es an zwei starken Fahrern." Thalers sonderbare Rechenkunststücke.

ZWEITE LIGA / Sieg für Charlottenburg

Hertha in Abstiegsnähe

sid, Berlin

Hertha BSC Berlin ist am absoluten Tiefpunkt angelangt. Zwei Millionen Mark Schulden, extremer Zuschauerschwund, drohender Verlust des Sponsors, sportliche Bedeutungslosigkeit und jetzt auch noch der Prestigeverlust durch die Niederlage gegen den Lokalrivalen und Aufsteiger SC Charlottenburg. „Hertha BSC ist für mich die größte Enttäuschung der Zweiten Liga", frohlockte Charlottenburgs Trainer Slobodan Cendic, der mit seinen Halbprofis Herthas Sturz in die Nähe der Abstiegszone bewirkte.

2. Liga: Wattenscheid – Karlsruhe 2:3 (1:1), Aachen – Freiburg 3:1 (2:0), Lüttringh. – Solingen 1:1 (1:0), SCC Berlin – Hertha BSC 1:0 (1:0), Stuttgart – Osnabrück 1:1 (1:1), Saarbrücken – Schalke 1:1 (0:1), Essen – Hannover 0:1 (0:1), Kassel – Darmstadt 2:1 (2:0), Köln – Duisburg 1:1 (0:1), Oberhausen – Ulm 0:3 (0:1).

1. Schalke	24	15	7	2	59:25	37:11
2. Karlsruhe	23	14	5	4	55:32	33:13
3. Kassel	23	13	5	5	47:24	31:15
4. Aachen	23	12	7	4	32:21	31:15
5. Duisburg	23	11	7	5	41:22	29:17
6. Köln	24	11	7	6	49:40	29:19
7. Solingen	24	10	7	7	43:34	27:21
8. Freiburg	24	9	9	6	33:36	27:21
9. Saarbr.	24	9	6	9	42:41	24:24
10. Wattensch.	23	8	6	9	35:43	22:24
11. Hertha BSC	24	6	9	9	42:41	21:27
12. Darmstadt	24	7	7	10	30:48	21:27
13. Ulm	23	6	8	9	43:38	20:26
14. Hannover	22	5	9	8	27:38	19:25
15. Stuttgart	23	6	7	10	32:36	19:27
16. Charlottenb.	23	7	5	11	26:41	19:27
17. Essen	24	6	6	12	34:42	18:30
18. Oberhausen	24	4	7	13	27:43	15:33
19. Osnabrück	24	5	4	15	26:48	14:34
20. Lüttringh.	24	5	4	15	21:51	14:34

Die nächsten Spiele: Freitag, 24. Februar, 20.00 Uhr: Duisburg – Essen; Samstag, 25. Februar, 14.30 Uhr: Ulm – Saarbrücken; 15.30 Uhr: Hannover – SCC Berlin, Karlsruhe – Aachen, Hertha BSC – Stuttgart, Solingen – Oberhausen, Schalke – Kassel; Sonntag, 26. Februar, 14.30 Uhr: Freiburg – Köln; 15.00 Uhr: Darmstadt – Wattenscheid, Osnabrück – Lüttringhausen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Aston 1:1, Coventry – Stoke 2:3, Luton – Liverpool 0:0, Sunderland – Nottingham 1:1, Wolverhampton – Manchester United 1:1.

Pokal, Achtelfinale: Blackburn – Southampton 0:1, Derby Contry – Norwich 2:1, Everton – Shrewsbury 3:0, Notts – Middlesbrough 1:0, Oxford – Sheffield 0:3, Watford – Brighton 3:1, Bromwich – Plymouth 0:1.

Freundschaftsspiele: Langendiebach – Frankfurt 1:8, Wuppertal – Dortmund 2:2, Bielefeld – Olympia-Auswahl CSSR 0:2, Feuden – Mannheim 0:2, Leverkusen – Dukla Prag 2:0, de Graafschap Doetinchem (Holland) – Mönchengladbach 1:3.

Der 22. *Spieltag der Bundesliga,* 25. Februar (15:30 Uhr): München – Braunschweig (2:1), Frankfurt – Offenbach (1:2), Hamburg – Düsseldorf (3:2), K'lautern – Bielefeld (2:3), Dortmund – Leverkusen (2:4), Stuttgart – Uerdingen (2:3), M'gladbach – Bochum (4:0), Köln – Mannheim (2:2), Nürnberg – Bremen (0:2). In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

„DDR"-Oberliga, 14. Spieltag: Rostock – Erfurt 0:0, Aue – Dynamo Berlin 1:1, Halle – Frankfurt/Oder 0:0, Dresden – Chemie Leipzig 0:0, 1. FC Union Berlin – Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 0:0, Magdeburg – Carl Zeiss Jena 3:3, Lok Leipzig – Riesa 3:0.

HANDBALL

Europacup der Frauen, Landesmeister, Halbfinal-Hinspiel: Leverkusen – Vasas Budapest 15:12.

Bundesliga, Damen, 14. Spieltag, Gruppe Nord: Eilbeck – Stemmer 18:18, Jarplund-Weding – Kiel 15:11, Herzhorn – Engelskirchen 12:22.

Bundesliga, Herren, 18. Spieltag: Hüttenberg – Schwabing 20:20, Günzburg – Dankersen 18:20, Lemgo – Essen 15:16, Reinickendorf – Göppingen 30:19, Großwallstadt – Hofweier 30:19, Nürnberg – Kiel 19:22.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Reutlingen – Grenzau 4:9, Düsseldorf – *Jülich 9:2*, Bad Hamm – Altena 6:9, Saarbrücken – Heusenstamm 9:1.

Bundesliga, Damen, 13. Spieltag: Saarbrücken – Düsseldorf 8:8, Ahlem – Donauwörth 4:9, Kiel – Kleve 9:6. – Nachholspiel: Frankfurt – Kaiserberg 6:9.

VOLLEYBALL

CEV-Pokal, Endrunde der Herren: Paderborn – Casio Mailand 0:3. **Bundesliga Herren,** 17. Spieltag: SSF Bonn – Hamburg 1:3, München – Fort. Bonn 3:0, Frankfurt – Gießen 1:3, Norderstedt – Leverkusen 2:3.

Pokal, Damen: Oythe – Godesberg 3:0.

SCHWIMMEN

Internationale Hallenmeisterschaften der UdSSR in Moskau (50-m-Bahn), vierter Tag, Herren, 100 m Rücken: 1. Richter („DDR") 55,94 Sek. (Europarekord), 2. Schemetow (UdSSR) 56,84. – 200 m Lagen: 1. Sidorenko 2:03,96 Min., 2. Tkatschenko (beide UdSSR) 2:06,96. – Damen, 800 m Freistil: 1. Strauß („DDR") 8:35,43 Min., 2. Laritschewa (UdSSR) 8:38,47. – 100 m Rücken: 1. Otto („DDR") 1:03,05 Min., 2. Gortschakowa (UdSSR) 1:03,64. – 200 m Lagen: 1. Nord („DDR") 2:16,84, 2. Dendeberowa (UdSSR) 2:18,31.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, 2. Wettkampftag, Gruppe Nord: Bergisch-Gladbach – Celle/Wolfsburg 220,95:216,65, Hannover – Leverkusen 222,95:214,45. – Gruppe Süd: Monheim – Herbolzheim 215,80:223,20.

LEICHTATHLETIK

Internationales Hallensportfest in San Diego, Männer: 50 m: 1. Brown 5,69 Sek., 2. Lewis 5,72, 3. Smith (alle USA) 5,79. – 60 Yards: 1. Brown 6,11 Sek., 2. Lewis 6,12, 3. Smith 6,26. – Zwei Meilen: 1. Padilla (USA) 8:26,6 Min. ... 4. Herle (Deutschland) 8:33,9. – Hochsprung: 1. Stones 2,27 m.

RADSPORT

Sechstagerennen in Mailand, Endstand: 1. Moser/Pijnen (Italien/Niederlande) 357 Punkte, eine Rd. zur.: 2. Thurau/Bontempi (Deutschland/Italien) 181, zwei Rd. zur.: 3. Schütz/Hermann (Deutschland/Liechtenstein) 217. Rad-Weltmeisterschaften der Amateure im Querfeldeinrennen in Oss/Holland (24 km): 1. Simunek 1:05:24 Std., 2. Kvasnicka (beide CSSR) 0:05 Min. zur., 3. van Bakel (Holland) 0:17, ... 12. Kluge 1:25, ... 16. Krukenbaum 2:08, ... 25. Ruser 3:20, ... 35. Paus (alle Deutschland) zur.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: 1. Musik (K. Woodburn), 2. La Mana Mou, 3. Wild Time. Toto: 18/16, 26, ZW: 56, DW: 96; 2. R.: 1. Kaiserfels (O. Schick), 2. Imo, 3. Pantomas; Toto: 20/12, 12, 17, ZW: 56, DW: 292; 3. R.: 1. Feigenträger (P. Schiergen), 2. Wanderfalke, 3. Toldi, Toto: 36/16, 26, 26, ZW: 344, DW: 3228; 4. R.: 1. Pontal (A. Wöhler), 2. Walzerkönig, 3. Nujarin, Toto: 13/11, 12, 19, ZW: 44, DW: 396.

TENNIS

Turnier in La Quinta, Halbfinale: Connors (USA) – Higueras (Spanien) 6:7, 6:0, 7:6, Noah (Frankreich) – Arias (USA) 6:4, 4:6, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 7, 19, 39, 41, 46, Zusatzzahl: 29. **Spiel 77:** 0 0 7 9 8 7 5. (Ohne Gewähr)

Pankraz, C. Vance und das Harvard-Konzept

Verhandeln auf internationaler Ebene, meinte kürzlich der Nationalökonom und Ex-Botschafter John Kenneth Galbraith, habe viel mit Sex zu tun. Beide „Aktivitäten" zielten darauf ab, allen Beteiligten optimalen Lustgewinn zu verschaffen, und deshalb solle man doch einmal eine Verhandlungsanleitung herausgeben, die nach den Regeln des Sexualverkehrs geschrieben sei. Vielleicht könnte man auf diese Weise Fortschritte bei den ost-westlichen Abrüstungsgesprächen erzielen.

So etwas ließen sich die Psychologen natürlich nicht zweimal sagen. Die beiden Harvard-Professoren Roger Fisher und William Ury machten sich sofort an die Arbeit, und schon nach kurzer Zeit war ihr Büchlein auf dem Markt, mit dem verheißungsvollen Titel „Getting to Yes". Der progressive deutsche Campus-Verlag, der jetzt die deutsche Version herausgebracht hat, nennt sie respektvoll „Das Harvard-Konzept" und läßt im Waschzettel verlauten, daß hier nun die gewissermaßen todsichere Anleitung für erfolgreiches Verhandeln vorliege, „bestimmt in der Sache, aber weich mit den Verhandlungspartnern". Herr Cyrus Vance, Ex-Außenminister der USA und während seiner Amtszeit unter Carter freilich einer der erfolglosesten und verhängnisvollsten Unterhändler, behauptet auf demselben Waschzettel, daß die „einfachen, aber wirksamen Ideen des Buches bereits auf internationaler Ebene erfolgreich waren".

Der unvoreingenommene Leser ist also hinreichend gewarnt, er wird deshalb auch nicht überrascht sein, wenn er im „Harvard-Konzept" die gleichen aufgedonnerten Banalitäten vorfindet wie in anderen Ratgebern dieser Art. „Gestatten Sie der Gegenseite, Dampf abzulassen!" – „Reagieren Sie nicht auf emotionale Ausbrüche!" – „Benutzen Sie auch symbolische Gesten" – „Sprechen Sie so, daß man Sie stets versteht!" Solche „Ratschläge" sind vom Kräuterweiblein wirklich billiger zu haben, dazu brauchen wir keine Harvard-Professoren.

Die sexuelle Komponente bei Fisher und Ury besteht darin, daß sie ihren Kunden suggerieren, sie müßten sich beim Verhandeln unbedingt wie ein Softie und besorgter Idealliebhaber verhalten, dem es in erster Linie darum zu tun ist, daß der andere voll auf seine Kosten kommt. „Was zählt, sind die Interessen, nicht die Positionen!", mahnen sie immer wieder. „Positionsgerangel gefährdet künftige Beziehungen!" – „Versetzen Sie sich in die *Lage des anderen!*" – „Schieben Sie die Schuld an Ihren eigenen Problemen nie der Gegenseite zu!" – „Beteiligen Sie die Gegenseite am Ergebnis!" – „Stimmen Sie Ihre Vorschläge auf das Wertsystem des anderen ab!" – „Bauen Sie aktive Beziehungen auf!" So geht der Sermon über immerhin zweihundert Seiten hinweg, und am Ende weiß der Leser beim besten Willen nicht mehr, ob er Männlein oder Weiblein ist, auf welche Seite er gehört und welche Interessen er eigentlich vertritt, die eigenen oder die der anderen.

Die Vorstellung, daß ein Außenminister der USA einst nach den Anleitungen des „Harvard-Konzepts" mit den Russen verhandelt hat und dies heute noch für einen Erfolg hält, treibt einem nachträglich noch den Angstschweiß auf die Stirn. Was für eine Naivität! Was für eine Mickymaus-Politik! Da steigt einer von Stufe zu Stufe bis in eine der höchsten Stellen der westlichen Welt auf und hat sich dennoch den Kinderglauben bewahrt, die Welt der Diplomatie sei ein einziges Liebesnest und man könne mit den Sowjets umgehen wie ein keuscher Liebhaber mit seiner Geliebten! Der Gedanke ist geradezu aberwitzig.

Von hier aus wird erst richtig abmeßbar, wie tief die US-Politik in der Vor-Reagan-Ära gesunken war und was für eine Herkulesarbeit die kühlen neokonservativen „think-tanks" der neuen Regierung zu leisten hatten, um wieder realistische Perspektiven in das Geschäft der internationalen Abrüstungsverhandlungen zu bringen. Doch die Gefahr ist noch lange nicht vorbei. Hört man den demokratischen Präsidentschaftskandidaten in den USA oder einem europäischen Politiker beliebiger Couleur zu, so vernimmt man sofort das alte Liebeslied. Für diese Leute sind Verhandlungen mit dem Osten längst zu einem Objekt erotischer Begehrlichkeit geworden. Nicht mögliche Ergebnisse interessieren, sondern das Liebesspiel an sich, auch und gerade dann, wenn die andere Seite ein verstockter Macho ist, der auf die feinen Tricks des „Harvard-Konzepts" bis auf weiteres nur mit groben Prügeln reagiert.

An einer Stelle des „Harvard-Konzepts" ist tatsächlich auch (in einem kleinen Halbsatz nur) von der „Macht des Schweigens" die Rede, die sowohl im Sex wie auch bei Verhandlungen entscheidende Bedeutung erlangen könne. Offensichtlich machen wir zur Zeit gerade eine Phase durch, da die Macht des Schweigens regiert, und wir spüren, daß sie gar nicht schlecht regiert. Das Gewicht der westlichen Führungsmacht und des Westens insgesamt ist unter ihrem Regime eindeutig gewachsen, und die westlichen Politiker finden Zeit (und sollten sie nutzen), um sich über neue, realistische Verhandlungsstrategien klar zu werden.

Das Beispiel Cyrus Vance kann sie lehren, daß Galbraith mit seinem Vorschlag für ein politisches Liebesbrevier vollkommen schief lag. Das „Harvard-Konzept" mag bei Verhandlungen im orientalischen Bazar von Nutzen sein, wenn es um den Erwerb einer kupfergetriebenen Kaffeekanne geht – als Ratgeber für Abrüstungsverhandlungen auf höchster Ebene taugt es nichts. Denn der Eros einer Atombombe ist in jeder Position gleich Null.

Pankraz

Zürich: „Die amerikanische Päpstin" von E. Vilar

Die Tiara verpfändet

Die amerikanische Päpstin", bereits mit nicht allzu großem Erfolg in Paris und Avignon in französischer Übersetzung gespielt, ist jetzt im Zürcher Hechtplatztheater zum ersten Mal in der deutschen Urfassung aufgeführt worden. Das Stück bildete ursprünglich den Teil eines Buches über den Katholizismus von Esther Vilar, die seinerzeit mit dem „Dressierten Mann" für viel Aufregung sorgte.

Jetzt erleben wir den Monolog der ersten Päpstin der Neuzeit, gewählt im Jahre 2014. Es ist eine Fernsehübertragung, ermöglicht von diversen Firmen, die mit ihren Werbespots die Rede dauernd unterbrechen, und nur möglich durch die Gefälligkeit von Versicherungsgesellschaften und Banken, die die vorgezeigten Prunkstücke, Tiara, Krone etc. längst erworben haben. Denn die katholische Kirche ist arg heruntergekommen, und der Vatikan auch. Dem Papst wird von seinen Gläubigern dort großmütig Wohnrecht auf einem Raum von 100 Quadratmetern eingeräumt. Das ist, erzählt die Vilar, die Folge des Regimes einer Reihe von Päpsten, die die Kirche liberalisiert und alles erlaubt haben. Es gibt kein Zölibat mehr, Priester und Päpste können ganz offen homosexuell sein und dergleichen. Päpste, viele Päpste. Denn sie werden nicht mehr von einer Kurie auf Lebenszeit gewählt, sondern von der Gemeinde auf jeweils vier Jahre, einer Gemeinde, die im Begriff steht, sich völlig aufzulösen. Wie gewohnt nimmt Esther Vilar auch hier Stellung gegen das, was gerade modisch ist, in diesem Fall die „progressiven" Katholiken, die die alten Regeln und Vorschriften für überaltert halten.

Das alles ist sehr gescheit, oft witzig, amüsant, fordert zu Gelächter heraus. Sehr ernst wird, was die Päpstin über die Zukunft zu sagen hat, nämlich, daß sie, die aus den Slums von Los Angeles stammmt, bis an ihr Lebensende Papst zu bleiben gedenkt und die Kirche wieder aufbauen wird, damit sie mächtig und den Armen und Einsamen eine Stütze sei.

Höhepunkt der Rede: Die Geschichte von Jesus, wie die Päpstin sie sieht. Es ist die Biographie eines jungen jüdischen Revolutionärs, der sehr wohl weiß, daß es kein Jenseits gibt, der aber durch seinen qualvollen Tod die Menschheit davon überzeugen will und wohl auch überzeugt hat, daß sie nicht ungestraft in ihrem ruchlosen Leben fortfahren darf, wenn sie nicht furchtbare Bestrafung im Jenseits riskieren will. Das ist tiefbewegend, das ist oft dichterisch.

Man hat die „Päpstin" lange Zeit für unspielbar gehalten. Zu Unrecht, wie es sich zeigt. Vor allem einmal durch die Regie Leopold Lindtbergs. Auf den ersten Blick gibt es da nicht viel zu inszenieren. Aber der erste Blick täuscht. Es strotzt von Stellen, die peinlich werden könnten und verletzend für Gläubige. Bei Lindtberg merkt man nichts mehr davon. Und dann: Wie er Maria Becker führt! Natürlich ist es schwer zu sagen, was von ihm stammt, was von ihr.

Wie dem auch sei: Die Becker ist einmalig. Sie hat tausend Töne und Zwischentöne. Sie hält vom ersten bis zum letzten Wort ihr Publikum gebannt und gefangen. Sie spricht jedes Wort, als sei es ihr erst beim Aussprechen eingefallen. Schauspielkunst von solch hoher Qualität, daß man vergißt, daß es sich um Schauspielkunst *handelt. Man* sollte diese außerordentliche Produktion überall sehen – in Berlin, München, Wien. Man in hat in Jahren nichts so Großartiges erlebt.

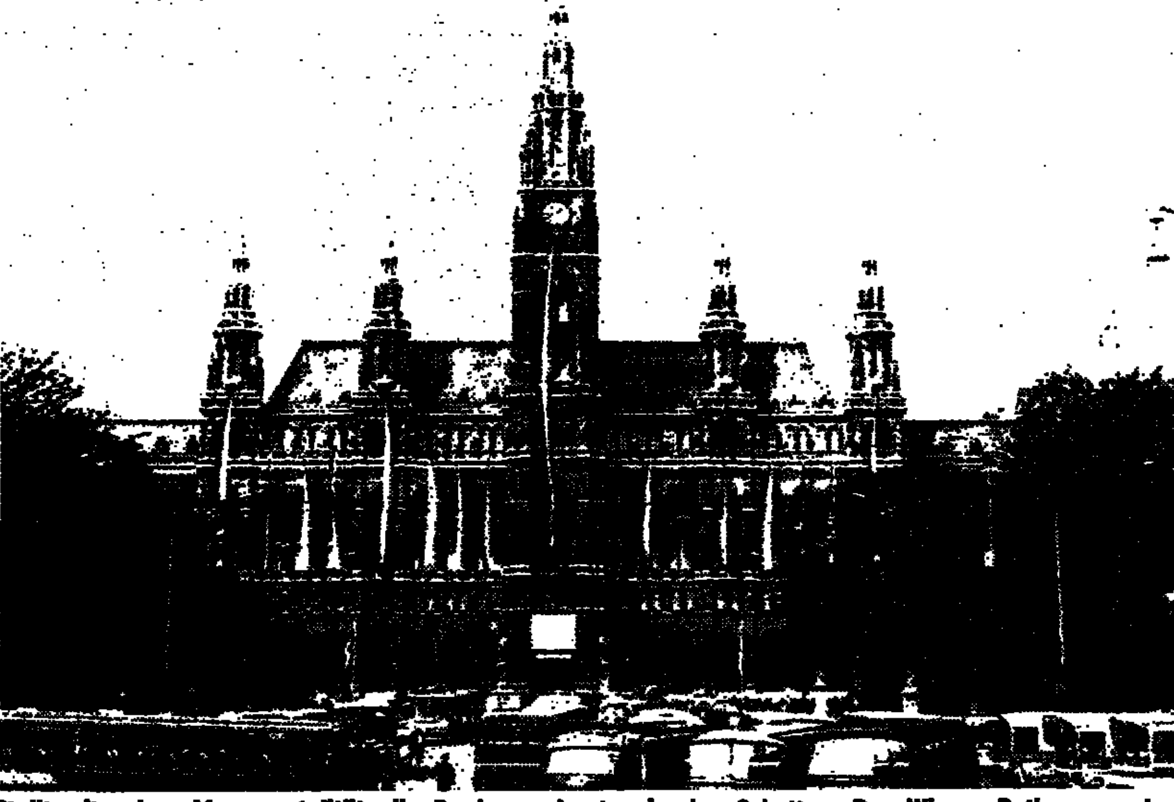
CURT RIESS

Einem Schlachtschiff gleich an der Ringstraße - Vor hundert Jahren wurde Wiens Rathaus eingeweiht

Aber das dritte Glas zerschellte nicht

Vor hundert Jahren standen einige Dutzend Männer mit betretenen Mienen an der Wiege eines erschreckenden Wesens. Sie konnten einfach nicht begreifen, was sie da angerichtet hatten. Und es dauerte lange, ehe sie vom legitimen Vaterglück erfaßt wurden: Dieser Koloß von Rathaus war ihr Werk! Nur einer freute sich ehrlich und lachte sich dabei ins Fäustchen, der siebensprachige Wiener Bürgermeister Kajetan Felder. Er allein hatte die Voraussetzungen für den Bau geschaffen und war dabei gewaltig ins Gehege mit den nun hier versammelten Gemeinderäten gekommen, die lieber nur ein kleineres und weitaus billigeres Gebäude zugelassen hätten.

Der Bürgermeister aber wußte, was er seiner geliebten Stadt schuldig war und suchte einen Bauplatz aus, wo das künftige Haus später, einem Schlachtschiff gleich, mit einer Bodenverdrängung von 14 000 Quadratmetern an der Ringstraße ankern konnte. Es war ein riesiger Exerzierplatz, den Anwohnern ohnehin höchst lästig, denn da wurden Kanonen abgefeuert, bei Schönwetter wehten Staubwolken über die nahen Häuser hin, und bei Regen glichen die Wege Sumpfpfaden. Es schien jedoch aussichtslos, dieses praktische Übungsfeld dem Ärar abzuringen. Deshalb glaubte der Gemeinderat, einem listig gestellten Antrag des Bürgermeisters, den Platz für das neue Rathaus zu arrondieren, indem man bei Seiner Majestät dem Kaiser darum ansuchte, fröhlich zustimmen zu können. Aber ach, der Schuß ging nach hinten los.



Stellt mit seiner Monumentalität alle Regierungsbauten in den Schatten: Das Wiener Rathaus an der Ringstraße, das vor hundert Jahren fertiggestellt wurde FOTO: VOTAVA

Trotz seiner Neigung für die Armee, aber erfüllt von dem Wunsch, der Ringstraße Glanz zu verleihen, billigte der Kaiser huldvoll den Plan – und nun blieb den Gemeinderäten nichts übrig, als einen der Dimension des Bauplatzes entsprechenden Bau zu errichten. Verständlich ihre Betretenheit, als dann die wohl kostspieligste Tintenburg der Welt erstand. Die präliminierten Kosten waren schon mit dem Doppelten der Kosten der k. k. Hofoper veranschlagt worden, die Endabrechnung aber ergab den Wert mehrerer Rittergüter.

Daß dieser Bau im Gegensatz zu andern Prachtbauten am Ring nicht klassizistisch ausfiel, hatte unter anderem seine Begründung darin, daß man mit mittelalterlichen Stilmitteln die Blüte des städtischen Bürgertums berufen wollte. Allerdings ging der Architekt Friedrich von Schmidt keineswegs so weit, Gotik imitieren zu wollen, er übernahm nur, hochgebildet wie er war, Bauelemente aus der Gotik und daneben manches im Grundriß aus der Renaissance – er schuf ein Stück Historismus.

Reine Gotik wäre auch beim Bauherrn nicht gern gesehen worden, weil sie von den höchsten Kreisen, ganz besonders vom Kaiser Franz I. und seinem Bruder Erzherzog Johann gefördert worden war (die Habsburger meinten damit den frommen Geist des Mittelalters wieder heraufführen zu können). Und zwischen der Stadtverwaltung von Wien und dem Kaiserhaus bestand eine traditionelle Spannung. So sollte denn auch jetzt das Haus der Bürger durch seine Monumentalität alle Regierungsbauten in den Schatten stellen, und die düpierten Gemeinderäte konnten sich solcherart wenigstens einer kleinen Rache am Kaiserhaus versehen.

Die Maße waren enorm. Der Hauptturm erhielt die Höhe von 94 Metern und erreicht, vom Eisernen Rathausmann gekrönt, die hundert. Der Festsaal bekam die Länge von 74 Metern und achtzehn Meter Höhe; mehrere Siedlungshäuser fänden darin Platz. Die Beheizung verschlang an einem einzigen Tag vier Waggon Kohle. Ohne künstliche Beleuchtung herrscht überall ein leicht diffuses Licht. So enthält der Gemeindesitzungssaal ein wahres Luftschiff von Beleuchtungskörper, einen zehn Meter hohen Lüster aus vergoldeter Bronze, welcher nicht nur schattenloses Licht spendet, sondern, über einen eigens vorgesehenen Zugang, fünfundzwanzig Personen in seinem Innern aufnehmen kann. Die hoffnungsvollen Handwerksmeister Wiens aber widmeten dem Raum einen umfänglichen Kamin mit der gewiß ernstgemeinten *Aufschrift:* „*Mit* Weisheit wird das Haus erbaut und mit Klugheit regiert." Nicht weniger ungewöhnlich ist der Sitzungssaal des Stadtsenates. Sein Wandschmuck befindet sich in fortwährender Bewegung. Es sind die Porträts der Bürgermeister, die hier keine Ruhe finden. Ist einer verstorben, hängt man ihn hier auf, wogegen dann am andern Ende einer ausscheiden muß, ein Schicksal, dem der berühmte Bürgermeister Dr. Lueger schon verfallen wäre, hätte man nicht davon abgesehen, die Bürgermeister der „autoritären Periode", und zwar von 1934 bis 1945 – Hitler kam 1938 nach Wien – als „nichtgewählte Stadtoberhäupter" aufzuhängen.

Das Rathaus ist in der Gründezeit errichtet worden, wo in Wien allgemein dem Hausherrn der erste Stock vorbehalten war. Da nun aber der hohe Saal die unteren Stockwerke einnimmt, wurde ein sehr österreichischer Ausweg begangen, um den Bürgermeister in die Beletage zu befördern. Ganz einfach erhielt der erste Stock die Bezeichnung Mezzanin, der zweite gar Halbstock, und so konnte der praktisch dritte Stock als erster für den Hausherrn und Bürgermeister herhalten. Das ist noch heute so.

Was der Rathausmann als Turmkrönung zu bedeuten hat, ist nur Fremden nicht geläufig. Wurde er doch so konstruiert, daß er sich als höflicher Wiener nach allen Seiten hin verneigen kann: Auf diese Weise *vermag er jedem Druck in den Höhen* standzuhalten. Seine Fahne richtet er natürlich auch nach dem Wind. Und er heißt Eiserner Rathausmann, weil er aus Kupfer ist. Zu dem hohen Herrn auf der Spitze des Turms begab sich der Erbauer des Rathauses bei der Eröffnung und leerte feierlich drei Gläser Champagner in luftiger Höh'. Eines auf den Kaiser, eines auf die Monarchie, eines auf Wien, um sie dann jeweils in die Tiefe zu schleudern. Aber sonderbar: das letzte Glas zerschellte nicht, was nach allgemeinem Aberglauben nur eine böse Vorbedeutung für die Stadt haben konnte. Jedoch Kaiser und Reich sind verschwunden, Wien steht noch!

Sollen wir erwähnen, daß kein Mensch auf die Idee kam, den emeritierten Bürgermeister Dr. Felder, den Initiator des Rathauses, zur Eröffnungsfeier einzuladen? Nein, nein, das entsprach nur dem auch heute noch geübten Brauch, verdienten, aber bereits abgetakelten Männern keine Kränze zu flechten ... Daß die Räume des gigantischen Schlachtschiffes nicht mehr den Anforderungen unseres bürokratischen Zeitalters genügen, hat zur Folge, daß sich zahlreiche Außenstellen um das Rathaus herum angesiedelt haben, deren Inhaber von dem ebenfalls nahen „Café Rathaus" profitieren, indem sie sich von Zeit zu Zeit mit der Bemerkung „Ich geh' ins Rathaus" von ihren Amtsgeschäften absentieren, um im „Rathaus" bei einem Schälchen *Kaffee Erholung zu suchen.*

ERIK G. WICKENBURG

Radu Gabreas Fassbinder-Film „Ein Mann wie Eva"

Gruppentick mit Mattes

Also irgendwie na ja müßt ich jetzt eigentlich zum Leser einfach Du sagen oder so, weil je tiefer Du in was reingehst, um so gefährlicher kommt es da an Dich ran, das ist so ne Art von Gehtnichtmehr von irgendwas oder so ... – In solchem Sprechbehelfston, stockend und mit dem lässigen Feeling aufgekratzter RWF-Insider, wäre authentischer über „Ein Mann wie Eva" zu berichten. Man will ja nicht durch repressive Grammatik wieder zudecken, was der Regisseur Radu Gabrea aus Bukarest in genauen Bildern einer schein-romantischen Schmuddeligkeit offenlegt (Kamera Horst Schier).

Nämlich: was der Mensch und Typ Rainer Werner Fassbinder, der in 17 Jahren 42 Filme geschafft hat, sich selbst und seiner Ersatzfamilie an Lebensstoff abringt. An Unterwerfung unter die Diktatur einer Privat-Ästhetik. Und natürlich an Liebes-Energie so oder so („idiotische Klassifizierungen", meint Gabrea).

In der offenbar auch seelisch verregneten Villa, wo der Eva genannte Regisseur „*Kameliendame*" zu Verdis „Traviata"-Klängen verfilmt, geht's zu, als müßten sie mit allem, was sie haben, den erschauernden Voyeuren einer heilen Welt endlich einmal zeigen, wie radikal genialisch so eine Dreharbeit aussieht.

Die Räume vollgestopft mit altem Traviata-Mobiliar. Dazwischen, wie zum Gruppensex versammelt, nackte Schaufensterpuppen. Ein Reste-Tohuwabohu (mit Hund) auf dem Frühstückstisch. Daran das Team, ge*horsam lachend oder betreten stumm* dem Worte-Ausstoß des dicken Vorsitzenden lauschend. Der fegt das Geschirr runter, läßt alle Rechnungen aufschütten, zündet sie an. Und wenn kein Geld mehr da ist, „müssen eben Gudrun und Else auf den Strich!" Ehrfürchtiges Schweigen nach Opfergang-Art. Später sieht man im Gegenlicht die Scheine an Gudruns eleganten Beinen nur so herunterrieseln auf den Chef, und ein dankbarer Wadengriff ist ihr gewiß.

Diese Gudrun (Lisa *Kreuzer) muß* alles aushalten, wovon mitwirkende Frauen der RWF-Filme so sehr unterschiedlich schwärmen. Ausziehen, Kriechen vor der Kamera. In Drehpausen den Mutterkomplex überwinden helfen. Und vor den homosexuellen Handgreiflichkeiten mit Walter (Werner Stocker) sich anschreien lassen: „Wie kannst du wagen, mit ihm zu schlafen, wo du ganz genau weißt, daß ich ihn mag!" Endstation Eifersucht: während der Chef den Maskenball dreht, erdolcht Gudrun den Walter nebenan in der Küche.

Kein biographischer Film sollte es werden. Aber die typischen Szenen wirken weder rein noch zufällig. Etwa die auf dem Standesamt: „Ich möchte diesen Herrn heiraten! Geht *nicht? Dann muß ich halt* die Dame nehmen!" Oder bei einer Raserei im offenen Packard die Vision: „Ich möchte wie James Dean sterben!" (Die Münchner Prinzregenten-Unterführung als Zufahrt in eine gekachelte Unterwelt, dazu dämonisches Auflachen.) Und daß sich der traurige Ali (Charly Muhamed Huber) erhängt, erinnert daran, daß sich Fassbinders Freund Armin Meier in der Müchner Reichenbachstraße das Leben nahm.

Nun aber weg vom strapazierten Psycho-Milieu (Courths-Mahler verkehrt) und hin zu Eva Mattes, die sich hier von einer wandlungsfähigen Schauspielerin zu einer frappierenden RWF-Imitatorin entwickelt. Dieser (gedanken?-)versunkene Blick unterm breiten Hut, der Sauerkrautbart, der schwere Seemannsgang mit etwas eingedrehten Füßen ... – es ist der nachahmliche Aufstieg des unnachahmlichen Filmemachers RWF. Wie der die Brille hochstupst, die Zigarette mit der *ganzen Hand* am Mund anlegt, das hat sie ihm getreulich abgeguckt. Sie beherrscht sogar den gefährlich larmoyanten Ton mit den scheinbar bittend hochgezogenen Endsilben, die jederzeit in Hysterie umschlagen können. Sehr glaubhaft ihr schleichender Terror unterm Filmsachzwang. Der liebende Gruppentick. Das geschundene Herz ...

Aber ich weiß nicht, was von dem Film übrigbleibt ohne die wunderbare Stimme der Callas, der ständigen Begleiterin. Wo die singt, wird alles Miese nobel. Wird doch kein Requiem sein für RWF?

ARMIN EICHHOLZ

Berlin: Meyerbeers Oper „Das Feldlager in Schlesien"

Geschichte für Flötisten

Man kann nicht immer nur Meisterwerke entdecken. Das ist so in der Welt, auch der musikalischen. Meyerbeers „Feldlager in Schlesien", ein preußisches Military-Tattoo in Operngestalt, von Fritz Weisse, dem entdeckungsfreudigen Leiter des Berliner Konzert-Chors aus der handschriftlichen Partitur in der Berliner Philharmonie konzertant zu neuem Leben erweckt, ist eher ein patriotisches Schmunzelstück, komponiert zur Wiedereröffnung der 1843 abgebrannten Hofoper zu Berlin.

Musik und Preußentum hatten ja (sehr zum Leidwesen von Preußen*jahr 1981* und *Preußenausstellung*) nicht gerade viel miteinander zu tun. Aber immerhin gab es schließlich Friedrich den Großen, den Flötenspieler, und um den drehen sich denn auch die drei Opernakte, die Ludwig Rellstab für Meyerbeer erfand. Es spricht für den Komponisten, daß ihm bei aller Flöterei der alte König herzlich gleichgültig war und er sein Werk in Wahrheit einer jungen Königin auf den Leib schrieb: Jenny Lind, der „schwedischen Nachtigall", die er als *Koloratur-Zigeunerin gleich mit* zwei Solo-Flöten um die Wette trillern hieß, allen bislang im Schwange stehenden musikalischen Wahnsinnsszenen sozusagen um eine volle Flötenlänge voraus.

Des halsbrecherischen Tirilierens ist denn auch applausfördernd für längere Zeit kein Ende: Die Oper ein Vogelkäfig, aus dem es zum Himmel singt. Norma Sharp tat das, von David Gantsweg und Valerie Robeson umspielt, auf einnehmend leichtkehlige Weise. Aber natürlich sind in einer Preußenoper von echtem Schrot und Korn nicht ausgerechnet die an*ekdotischen Genre-Szenen die* Hauptsache. Im 1. Akt rettet sich der große Friedrich, indem er sich klein macht. Er flieht vor der Gefangennahme durch die Ungarn im schlesischen Krieg in der Maske eines flötenspielenden Musikstudenten, der zur Belohnung später im 3. Akt zum Leib- und Leitflötisten ernannt wird. Eine Geschichte zum Lippenlecken – vor allem für Flötisten natürlich.

Zwischen den beiden Akten entfaltet sich ein Riesentableau: Das „Feldlager in Schlesien", ein Parademarsch der Chorstimmen, der Blechbläser und der großen Pauke, auf die Meyerbeer fleißig haut. Es war am Ende wohl doch dieses Bild und nicht Jenny Linds Silberkehlchen allein, das der Oper ihre nicht unerheblichen Erfolge bescherte. Ein Husarenlied gibt es da, von Josef Hopferwiesers Tenor mit dem Blech um die Wette heraustrompetet, das den alten Rossini um seine Porzellantassen in der Vitrine hätte fürchten lassen.

Zum Schluß dröhnt mit klingendem Spiel zu allem Überfluß auch noch der „Alte Dessauer" auf: Ein Opern-Klatschmarsch, der noch heute alle Claqueure arbeitslos macht. Mit ihm marschiert Meyerbeers „Feldlager in Schlesien", Fritz Weisse, ein Tambour-Major im Frack an der Spitze, Preußenwimpel sozusagen an den Geigenbögen, wieder zurück ins Vergessen.

KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN

Ein Deutsches Historisches Institut ist in den USA, ein geisteswissenschaftliches Institut ist in Japan geplant, das gab Forschungsminister Riesenhuber bekannt.

Die Bibelzeichnungen von Wolfgang Klähn sind bis zum 18. März im Braunschweiger Dom zu sehen

Photographien von Jörg Krichbaum zeigt das Osthaus Museum in Hagen bis zum 26. Februar. Der Katalog kostet 12 Mark.

Die Nationale Theatergruppe Vietnam begann in Berlin ihr Gastspiel. Sie wird noch in München (22.-24.2), Freiburg (25.2.) und Bonn (27.-29.2.) auftreten.

Ein Internationales Folklore Festival findet vom 27. April bis 1. Mai in Bregenz statt.

Kurt Peters, der Tänzer, Pädagoge, Publizist und Archivar, wurde für den Deutschen Tanzpreis 1984 nominiert.

JOURNAL

Remarques Tagebücher an New York University

SAD. New York

Paulette Goddard, die Schauspielerin und Witwe des Schriftstellers Erich Maria Remarque, hat die Tagebücher ihres Mannes der New York University vermacht. Es handelt sich um 22 Bände mit mehr als tausend Seiten. Die ersten Eintragungen beginnen 1918, noch bevor *Remarque seinen berühmten* Roman „Im Westen nichts Neues" veröffentlichte. Die anderen Bände stammen aus den Jahren 1935 bis 1954 und 1964 / 65. Bereits 1977 hatte Paulette Goddard der Universität die Manuskripte und die Privatbibliothek Remarques übergeben.

Alte hebräische Manuskripte entdeckt

M.v.Z. Cremona

Im Staatsarchiv von Cremona wurden Fragmente hebräischer Manuskripte aus dem frühen 13. und dem 14. Jahrhundert entdeckt. Sie wurden als Makulatur beim Einbinden von Büchern und als Schutzhüllen für Archivmaterial verwendet. Diese Funde sind von besonderer Bedeutung, weil es außer einem Talmud keine hebräischen Handschriften aus dem 13. Jahrhundert in Europa gibt. Mit Unterstützung des italienischen Nationalen Forschungsrates soll nun systematisch nach solchen Manuskripten in den Archiven aller Städte gesucht werden, in denen es jüdische Gemeinden gab.

Katalog mit Courbets unbekannten Skizzen

DW. Baden-Baden

Zu der Ausstellung „Les voyages secrets des Monsieur Courbet", in der bislang unbekannte Reiseskizzen von Courbet (s. WELT v.25.1.) gezeigt werden, liegt jetzt der Katalog der Kunsthalle Baden-Baden vor. Er bildet mehr als zweihundert Zeichnungen ab, z.T. mit topographischen Vergleichsbildern, durch die die Lokalisierung möglich war. Der Katalog mit 340 Seiten kostet 45 Mark. Die Ausstellung wird anschließend in Zürich (13.4.–11.6.) zu sehen sein.

Horst Antes erhält Ruf nach München

dpa, München

Der Maler Horst Antes hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Malerei und Graphik an der Akademie der Bildenden Künste in München erhalten. Vorgänger auf diesem Lehrstuhl war Professor Günter Fruhtrunk, der am 12. Dezember 1982 gestorben war.

Christian Rohlfs im Rathaus am Delft

DW. Emden

An den deutschen expressionistischen Maler Christian Rohlfs erinnert eine Ausstellung, die der Kunstverein in Emden, die Ludolf Backhuysen-Gesellschaft im Rathaus am Delft organisiert hat. Sie



„Weiblicher Kopf" von Christian Rohlfs

gibt einen Überblick des 1938 verstorbenen Künstlers. Dabei stehen die späten Arbeiten, große Temperabilder, und die bisher kaum bekannte Graphik aus einer Privatsammlung im Mittelpunkt. Die Ausstelölung ist bis zum 4. März zu sehen.

Rund 300 000 Mark für jungen Maya-Forscher

dpa, Chicago

Ein 18jähriger Forscher der Maya-Kultur erhält als jüngster Stipendiat der amerikanischen MacArthur-Stiftung 128 000 Dollar (rund 300 000 Mark), die er in den nächsten fünf Jahren für Forschung auf einem Gebiet, das er sich aussuchen darf, verwenden kann. Der Preisträger David Stuart hatte vor zehn Jahren seinen Vater, einen Archäologen, auf einer Expedition zur mexi*kanischen Halbinsel Yucatan* begleitet und danach mit dem Studium der Maya-Hieroglyphen begonnen.

Konzertwoche zu Spohrs Geburtstag

dpa, Kassel

Eine Konzertwoche zum 200. Geburtstag von Louis Spohr wird vom 1. bis 9. April in Kassel, wo er von 1822 bis 1857 als Hofkapellmeister wirkte, stattfinden. An der Festwoche beteiligen sich das Hessische Staatstheater und der Mitteldeutsche Sängerbund.

Chaos und Krawalle auf Frankreichs Autobahnen

Fernfahrerstreik bringt das ganze Land durcheinander

CONSTANCE KNITTER, Paris

„Châteauroux ist umzingelt". „Verletzte bei Auseinandersetzungen zwischen Lkw-Fahrern und Polizei". „Fallschirmjäger legen Straßen frei". „Hunderttausende von Geiseln auf Autobahnen". „Blockierte Eisenbahnlinien". Lebensmittelnot in Bergdörfern". „Barrikaden im ganzen Land".

Das waren die Schlagzeilen, die gestern *aus ganz Frankreich in* Zeitungen und alle halbe Stunden im Rundfunk gemeldet wurden. Das Land befindet sich seit dem Wochenende in einem wahren „Kriegszustand". Ausgelöst wurde das Verkehrschaos durch einen Streik von dreitausend Lkw-Fahrern, die mit ihren Lastwagen seit vergangenem Donnerstag die Autobahn Paris–Lyon und sämtliche Zufahrtsstraßen zu den Wintersportorten in den französischen Alpen blockierten. Es kam zum größten Verkehrsstau, den Frankreich seit dem Kriege erlebt hatte. An diesem Wochenende begannen die Schneeferien für Hunderttausende von Urlaubern aus der Region Paris und Nordfrankreich, während Schulkinder *und* Wintersportler aus Südfrankreich nach einer Ferienwoche die Heimreise antreten wollten.

Veronique Peyronnel, 19 Jahre alt, war *das erste Todesopfer in dem* Chaos auf den Straßen. Die junge Frau fuhr mit ihrem Mann in einem Pkw von Clermont-Ferrand in Richtung Riom. Wütend über *eine* plötzliche Straßenblockade, wollte der Ehemann auf der Nationalstraße einige hundert Meter zurücksetzen, um eine verpaßte Ausfahrt zu benutzen. Dabei stieß er mit einem Pkw zusammen. Die junge Frau wurde getötet.

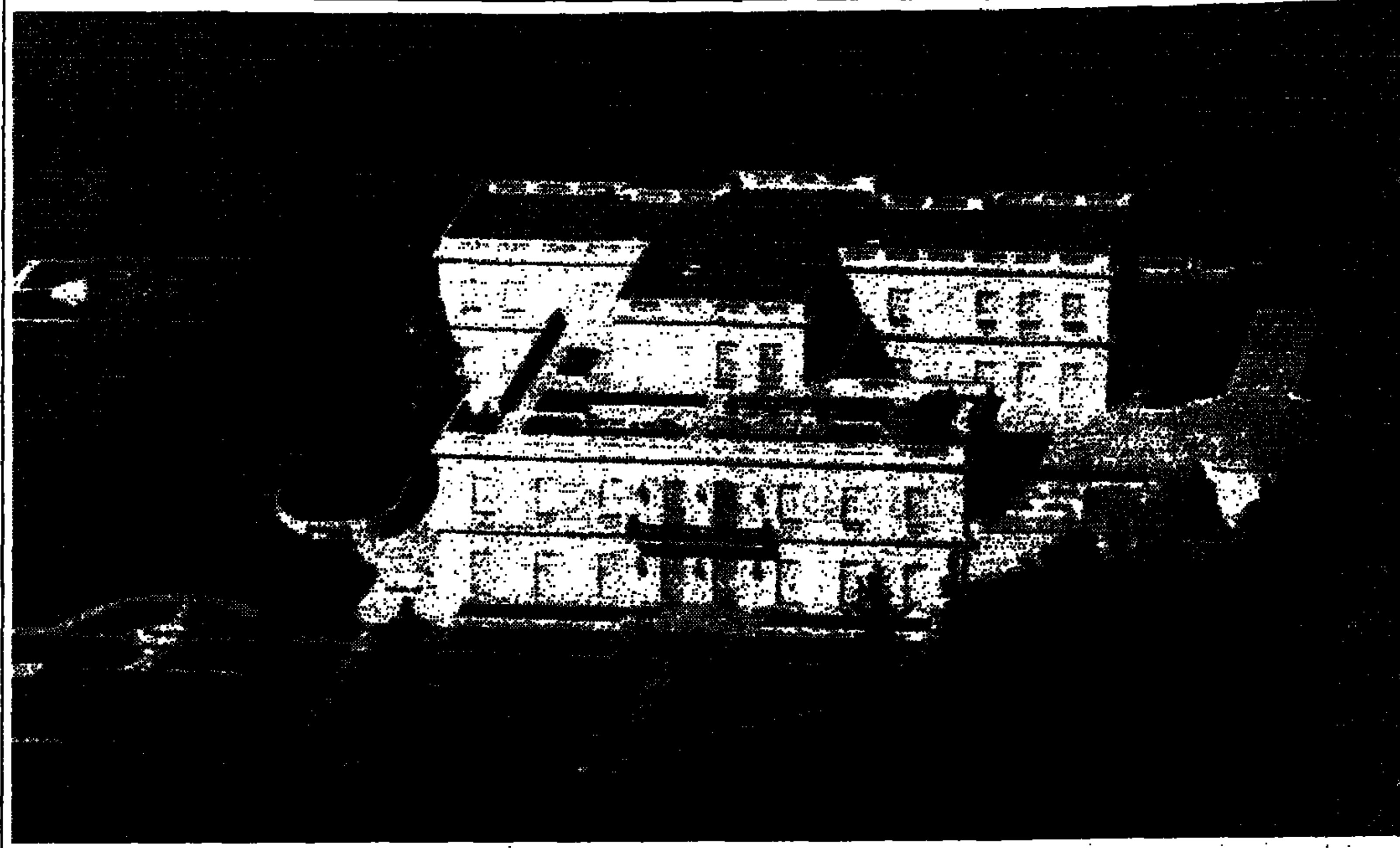
Auf der Straße zwischen Cluses und Annemasse wurde die eiskalte, sternenklare Nacht durch die Flammen eines brennenden Lasters erhellt. Aus Protest gegen den von der Regierung angeordneten Einsatz von Militär und Polizeieinheiten hatte der Lkw-Besitzer seinen „Brummi" Sonnabend abend mit Benzin übergossen und angezündet. Rund dreißig Lkw-Fahrer und Feuerwehrleute sahen dem Flammen-Spektakel ta*tenlos zu. „Das ist* erst der Anfang. Wenn die Polizei nicht abrückt, zünden wir alle unsere Laster an", drohten die übrigen Fahrer.

Krawalle *gab es auch auf* der Autobahn zwischen Beaune und Chalon-sur-Saône, wo ergrimmte Ritter der Landstraße gestern morgen einen Bus, *der 38 Kinder nach* Annemasse transportierte, mit Ziegelsteinen „bepflasterten". Dabei zerstörten sie die Windschutzscheibe und Scheinwerfer des Busses, verletzten aber wie durch ein Wunder keines der Kinder. Unbeirrt setzte der Bus seine Fahrt zwischen den Lkws fort. In Sallanches in den Savoyen zerschnitten Gendarmen *gestern* die Reifen der die Nationalstraße blockierenden Lkws. Mit dieser – seltsam anmutenden – Aktion sollte eine neue Formation von Lkw-Barrikaden vereitelt werden.

Gestern mittag hatte sich die Blokkade *auf* das gesamte Straßennetz Frankreichs ausgebreitet. An der Côte d'Azur versperrten Hunderte von Lastern die Zufahrtsstraßen nach Nizza, wo Touristen und Einheimische zum Karnevalsumzug der Stadt strömten. In der Normandie besetzten sie die Brücke von Tancarville und Teilstrecken der Autobahn Paris–Caën. In Südfrankreich kam es auf allen Nationalstraßen und Autobahnen zu riesigen Verkehrsstaus, weil Laster im Schneckentempo über die Fahrbahnen schlichen. Selbst auf den Zufahrtsstraßen nach Paris und dem Autobahnring rund um die französische Hauptstadt kam es zu Stauungen durch die Aktion „Schneckentempo".

Chamonix, Mégève, Saint-Gervais und zahlreiche andere Wintersportorte sind seit Tagen von der Außenwelt abgeschnitten. In vielen Berggemein*den wurde der* Notstand ausgerufen. Dort fehlt es an Heizöl, Benzin und Nahrungsmitteln. Bei nächtlichen Temperaturen von minus 15 Grad *sitzen die Urlauber in ungeheizten* Bungalows. Es gibt keine Milch mehr, kein Obst und Gemüse. Den Bäckern geht das Mehl zum Brotbacken aus.

Zum wahren Kriegszustand auf den Straßen von 31 Departements des Landes kam es gestern, weil die französische Regierung sich weigerte, unter dem Druck der Lkw-Fahrer Verhandlungen *mit* den Verbänden der Fuhrunternehmer aufzunehmen. Die beiden Verbände der Fuhrunternehmer verlangen die Aufgebung der Sperren an den Grenzen nach Italien. Diese wurden durch einen Streik der französischen und italienischen Zöllner ausgelöst. Ferner verlangen die Lkw-Fahrer freie Fahrt an Wochenenden in den Grenz-Departements zur Schweiz und nach Italien, dazu Steuervergünstigungen und erleichterte Arbeitsbedingungen an den Wochenenden, *damit* die Chauffeure zu ihren Familien nach Hause können. Die von den Transportunternehmen ausgelöste Aktion wurde von der *kommunistischen* Gewerkschaft CGT als „unannehmbar" und „politische Handlung" verurteilt. Sie sei nicht im Interesse der angestellten Lkw-Fahrer. (SAD)



Kurz vor der Vollendung: Die Villa des saudischen Königs Fahd. 38 000 Quadratmeter Park gehören noch dazu als Sicherheits- und Ruhezone. FOTO: KEYSTONE

Auf Schleichwegen zur Schweizer Villa

WALTER H. RUEB, Genf

Seit Jahren regelt in der Schweiz die sogenannte Lex Furgler den Grundstücksverkauf an Ausländer. Nach dem „Ausverkauf der Heimat" in den goldenen Zeiten der Hochkonjunktur ist heute Ausländern der Erwerb von Ferienwohnungen und Wohnungen in sogenannten Appartementshotels nunmehr beschränkt, der Kauf von Grundstücken sogar völlig unmöglich. Selbst milliardenschwere königliche Hoheiten müssen sich der Lex Furgler beugen.

Für Saudi-Arabiens König Fahd aber fanden die eidgenössischen Republikaner jetzt einen Ausweg, als der Monarch in der Genfer Gemeinde Collonge-Bellerive ein Grundstück von 30 000 Quadratmetern erwerben wollte. Gemeinde- und Kantonsbehörden empfahlen dem morgenländischen Potentaten, das von ihm gewünschte Grundstück zu kaufen und es hinterher sofort und kostenlos der knapp 5000 Einwohner zählenden Genfer Vorort-Gemeinde am östlichen Seeufer zu schenken.

Fahd ergriff die Gelegenheit beim Schopfe, zahlte umgerechnet 4,5 Millionen Mark, und das Eidgenössische Justiz- und Polizeiministerium in Bern segnete das merkwürdige Geschäft ab. Saudi-Arabiens König benötigt das Grundstück, um neben einer vor der Vollendung stehenden Prunkresidenz eine genügend große *Sicherheits- und Ruhezone* anlegen zu können.

Beim Erwerb der ersten 17 000 Quadatmeter, auf denen seit Jahren eine schneeweiße, zweigeschossige Residenz gebaut wird, mußte noch nicht zum Trick einer Schenkung gegriffen werden, um die Lex Furgler zu umgehen. Damals war die *Lex* Furgler noch eine harmlose Verordnung, die vor kapitalkräftigen Kunden keine unüberwindlichen Hindernisse auftürmte. Jetzt darf König Fahd auf 6000 der gekauften und sofort verschenkten 30 000 Quadratmeter helvetischen Bodens seine königliche Garde im Gewirr geometrisch angelegter Wege, seltener Pflanzen und stilvoller Brunnen, Fontänen und Teichen patrouillieren lassen. Die beschenkte Gemeinde verpflichtete sich dafür im Gegenzug, das ihr zugefallene Grundstück lediglich landwirtschaftlich zu nutzen und nicht etwa zu bebauen. Angeblich scheiterte an diesem Vertragspassus das Geschäft beinahe: Die geschäftstüchtigen Schweizer hatten nämlich bereits ausgerechnet, wieviel ihnen ein Verkauf des königlichen Geschenks einbringen könnte ...

Zur Enttäuschung kommt jetzt im *Zuge der königlichen* Baumaßnahmen Ärger. Nachbarn der Märchen-Villa „Morgenröte" mit 27 königlichen Suiten und Salons, einem mit goldumrankten *Mosaiken* verschönerten Swimmingpool sowie einer Tiefgarage für 50 Automobile haben König Fahd wegen Belästigung und *Nachtruhestörung auf fast 600 000* Mark Schadenerstaz verklagt. Sie sind insbesondere darüber erbost, daß selbst an Sonn- und Feiertagen gearbeitet und oft mitten in der Nacht mit Preßlufthämmern Krach gemacht wird. Einer der Kläger schimpfte: „*Man kommt* sich hier vor wie in einer arabischen Enklave."

Generell weniger gut gesonnen als der Macht des Geldes aus Saudi-Arabien scheinen die Schweizer der politischen und militärischen Macht der Sowjetunion. Diplomaten der kommunistischen Weltmacht haben mit dem Besitzer eines Hauses in Genf Kontakt aufgenommen. An der Fassade des Miethauses Rue des Plantaporrets 4 künden Bronze- und Marmortafeln, daß hier vom September 1904 bis Oktober 1905 Wladimir Iljitsch Uljanow alias Lenin, der „Vater der russischen Revolution und Vater des Vaterlandes", gewohnt hat.

Die Inschrift auf der Marmortafel ist nur noch schlecht lesbar. Chaoten haben sie beschmiert, besprüht und zerkratzt. Trotzdem möchten die Sowjets *das Gebäude kaufen und darin* ein Lenin-Museum sowie ein Kultur- und Informationszentrum einrichten.

Der Hausbesitzer ist einem Verkauf nicht *abgeneigt. Die Russen sollen* eine hohe Summe geboten haben. In Genf und in Bern aber verweist man auf die Lex Furgler. Dabei kamen die *abschlägigen Bescheide* von den gleichen Behörden, die dem saudiarabischen König erlaubten, ein Grundstück *zu* kaufen, es zu verschenken, um doch auf eben diesem Areal von der Größe von sechs Fußballfeldern ein Feriendomizil zu errichten.

In den Zeitungen der Schweiz wird vor der endgültigen Entscheidung im Fall „Lenin und der Lex Furgler" darüber gestritten, was den Sieg davon tragen wird: die ausgeprägte Geschäftstüchtigkeit der Schweizer oder ihr nicht minder entwickelter Anti-Kommunismus.

Arbeit an Sichtgeräten ungesund?

dpa, Osaka

Die Arbeit an Sichtschirmen scheint nach Untersuchung eines japanischen Forschungsinstituts für die Angestellten, die diese in Büros inzwischen weit verbreiteten Geräte bedienen, gesundheitliche Probleme aufzuwerfen. *Das geht aus einem* Bericht des Forschungsinstituts für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (Labor Safety and Health Research Institute) in Osaka hervor, der am Wochenende einem Symposium über Arbeitsbedingungen vorgelegt wurde. Danach *leiden Sichtschirm*-Benutzer häufiger an Ermüdungserscheinungen der Augen und Kurzsichtigkeit als ihre Kollegen und Kolleginnen, die nicht an diesen Geräten arbeiten. Bei *Frauen* ist darüber hinaus der Anteil an anomal verlaufenden Schwangerschaften ungleich höher. Das Institut hatte im November in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften 3148 Sichtschirm-Operators in 66 Unternehmen befragt, *von denen* 1580 antworteten. 54 Prozent der Befragten saßen mehr als vier Stunden pro Tag an dem Gerät, 42 Prozent mehr als zwei Stunden. 92 Prozent der *Frauen und* 84 Prozent der männlichen Operators beschwerten sich über Ermüdungserscheinungen der Augen. Allgemein lag die Zahl der Bildschirmbenutzer, die während ihrer Arbeitsjahre kurzsichtig wurden, zehnmal höher. Das Institut stellte ferner fest, daß im Durchschnitt 13 von 50 schwangeren Frauen, die mit Videoterminals arbeiteten, über einen anomalen Verlauf ihrer Schwangerschaft und der Geburt klagten.

Krebs durch Niespulver?

dpa, Hamburg

Niespulver mit einem krebserregenden Wirkstoff beschäftigte am Wochenende Polizei und Gesundheitsbehörden in Norddeutschland und Hessen. Über Rundfunk wurde die Bevölkerung gewarnt. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um das Produkt „Comet", das in schwarzen Plastikflaschen und Papiertüten angeboten wird.

Sechs Patienten verbrannt

AP, Tokio

Bei einem Feuer in einer Nervenheilanstalt der japanischen Stadt Hiroshima sind *gestern fünf* Geisteskranke und eine Krankenschwester ums Leben gekommen. Zum Zeitpunkt des Brandes, der das eingeschossige Holzhaus völlig einäscherte, befanden sich 15 Geisteskranke in der Anstalt.

Kernladung gezündet

dpa, Uppsala

Die Sowjetunion hat gestern morgen eine unterirdische Kernladung gezündet. Das gab das Seismologische Institut der Universität Uppsala bei Stockholm bekannt. Die Explosion im *Versuchsgebiet* Semipalatinsk in Westsibirien erreichte eine Stärke von 6,5 auf der nach oben offenen Richterskala.

Anschluß an Autobahn

dpa, Arnsberg

Das mittlere Ruhrtal wird im Herbst dieses Jahres direkt an das Autobahnnetz angeschlossen: Dann wird das letzte, knapp neun Kilometer lange *Teilstück der Autobahn* zwischen Arnsberg und Werl (A 445) freigegeben. Die ersten sechs Kilometer waren bereits 1972 mit der Eröffnung der Strecke Dortmund–Kassel (A 44) dem Verkehr übergeben worden.

Suchtrupps haben keine Hoffnung mehr

Vier der fünf verschütteten Bergleute tot geborgen / Unglücksursache ungeklärt

AP, Gelsenkirchen

Von den fünf auf der Gelsenkirchener Zeche „Consolidation" in 1050 Meter Tiefe verschütteten Bergleuten hat aller Wahrscheinlichkeit nach niemand das Unglück überlebt. Vier Kumpel wurden bis gestern tot geborgen. Auch für den letzten Vermißten, von dem noch jede Spur fehlte, gab es kaum noch Hoffnung auf Rettung.

Die etwa 260 Mitglieder der Bergungsmannschaften, die seit dem Unglück in der Nacht zum Donnerstag auf der Schalker Schachtanlage zum Teil unter Lebensgefahr in drei Schichten im Einsatz sind, setzten trotz der geringen Erfolgschancen die Suche nach dem unter etwa 1000 Tonnen eingebrochenen Gesteins eingeschlossenen türkischen Bergmann Ekrem Cam fort. Auch mit Hilfe hochempfindlicher Horchgeräte konnte von dem 28jährigen jedoch kein Lebenszeichen in der 16 Meter langen Bruchstelle empfangen werden. Der Präsident des Bochumer Bergamtes, Karl-Heinz Bader, bezeichnete die Überlebenschancen des vierfachen Familienvaters als „sehr gering". Die Suchtrupps hätten weiter keine Spur von dem Vermißten entdeckt. Die sehr schwierigen Bergungsarbeiten könnten möglicherweise noch Tage dauern, sagte Bader.

Am Freitag und Samstag waren von den Rettungstrupps auf der Sohle zehn der Schalker Schachtanlage die drei türkischen Bergleute Asim Gökce (19), Iliyas Celkin (35) und Öztürk Seyfettin (39) sowie der 48 Jahre alte deutsche Hauer Werner Wallach aus Essen tot geborgen worden. Nach dem Ergebnis der Obduktion wurden die getöteten Bergleute von den hereinbrechenden Gesteinsmassen erschlagen und waren wahrscheinlich auf der Stelle tot. Ein qualvoller Erstickungstod scheidet nach Angaben der Ärzte aus.

Die Unglücksursache ist, wie der Präsident des Bochumer Bergamtes erklärte, nach wie vor nicht bekannt. Eine Explosion werde jedoch ausgeschlosssen. Die aus der Belegschaft der Zeche geäußerte Vermutung, die eingebrochene Schwachstelle zwischen Strecke und Streb sei durch die kurzfristige Entfernung von Abstützpfeilern zum Zeitpunkt des Unglücks ungenügend gesichert gewesen, wollte Bader am Sonntag weder bestätigen noch dementieren. Die Bergungsarbeiten seien von seinem Amt, das als Hilfsbehörde der inzwischen ermittelnden Essener Staatsanwaltschaft fungiert, auf mögliche Hinweise auf die Unfallursache ständig beobachtet worden, teilte der Bochumer Bergdirektor mit.

Die Essener Staatsanwaltschaft will nach Baders Angaben heute die ersten Zeugen zum Unfallhergang befragen. Zunächst sollen die fünf Bergleute, die rund acht Stunden nach dem Unglück am vergangenen Donnerstag morgen von den Suchmannschaften unverletzt geborgen werden konnten, sowie Sicherheitsingenieure, Steiger und Aufsichtspersonen, die vor dem Unglück in dem eingestürzten Flöz gearbeitet haben, befragt werden.

Eine gemeinsame Trauerfeier für die Unglücksopfer wird es nach Angaben der Zechenleitung nicht geben. Die *getöteten* türkischen Bergleute sollen in ihren Heimatorten bestattet werden.

LEUTE HEUTE

Schöner, trauriger Sieg

Sean Connery (53), *nach Meinung* vieler der beste aller James-Bond-Darsteller, hat vor einem Londoner Gericht seine Elf-Millionen-Mark-Klage gegen seinen ehemaligen Finanzberater **Kenneth Richards** gewonnen. Gleichwohl dürfte es vermutlich keinen Penny geben: Richards, der in Lausanne in der Schweiz lebt, soll total „insolvent" sein.

Galadiner mit Caroline

US-Präsident **Ronald Reagan** (73) war Samstag abend der prominenteste Gast eines Galadiners, das Fürst **Rainier von Monaco** und seine Kinder Prinzessin **Caroline**, Prinzessin **Stephanie** und Prinz **Albert** gaben. Anlaß der Veranstaltung war die Gründung einer Stiftung für notleidende Schauspieler zum Gedenken an Gracia Patricia, die 1982 tödlich verunglückte Frau des monegassischen Fürsten. An dem Bankett nahmen auch die Hollywood-Schauspieler **Cary Grant** (80) und **Goeorge Hamilton** (44) teil. Die Karten zu diesem Diner kosteten die Kleinigkeit von 5000 Dollar, umgerechnet etwa 13 000 Mark.

Malaysia verbietet den Export von Makak-Affen

Reaktion auf grausame Versuche an den Tieren

rtr, Kuala Lumpur

Die malaysische Regierung hat jetzt ein Ausfuhrverbot für Affen verhängt, die zu wissenschaftlichen Experimenten benutzt werden. Malaysia ist eines der wichtigsten Exportländer dieser Tiere. Die Regierung entschloß sich zu diesem Schritt, nachdem bekannt geworden war, daß *die Affen auch zur Erprobung* atomarer und chemischer Waffen eingesetzt werden. Der malaysische Wissenschafts- und Umweltminister Amar Stephen Young verwies darauf, die Regierung habe die Ausfuhr bislang nur aus der Überzeugung heraus erlaubt, zur medizinischen Forschung und damit zum Wohle der Menschheit beizutragen.

Untersuchungen des Internationalen Bundes für den Primatenschutz (IPPL) in Washington ergaben jedoch, daß in den USA malaysische Affen in Experimenten mit Neutronen bestrahlt, mit Elektroschocks unterschiedlicher Stärke behandelt wurden oder gezwungen worden seien, in Tretmühlen bis zum Verenden *zu laufen*, berichtete die *IPPL-Mitar*beiterin Majorie Dogget.

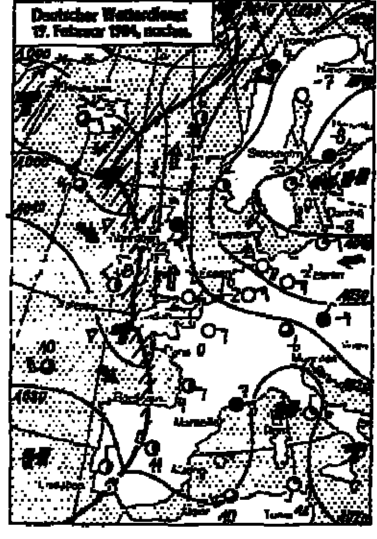
Der malaysischen Umweltschutz-Organisation Sahabat Alam Malaysia (SAM) sind außerdem Fälle aus ausländischen Forschungsinstituten bekannt, bei denen Gewichte auf die Wirbelsäulen lebendiger Affen geworfen wurden, um Erkenntnisse über die Verkrüppelung zu erhalten.

Bislang wurden vor allem Makak-Affen exportiert, die zur Gattung der Meerkatzen gehören. Ihre jährliche Exportquote setzte die Regierung 1979 auf 5000 fest. Nach offiziellen Angaben wurden *in den vergangenen* drei Jahren nur etwa 9000 Tiere exportiert – die Umweltschützer sprechen von 15 000.

Ob das Exportverbot *auf Dauer* gelten soll, hängt nach Angaben des Ministers davon ab, wie hoch der Bestand der Makak-Affen ist, der zur Zeit überprüft wird. Nach Schätzungen ging ihre Zahl von 300 000 im Jahre 1975 auf 200 000 zurück.

WETTER: Weitgehend trocken

Wetterlage: Der nach Mitteleuropa gerichtete Keil eines russischen Hochs schwächt sich ab. Auf Südwestdeutschland greift ein schwacher Tiefausläufer über.



Vorhersage für Montag:

Schleswig-Holstein und Raum Berlin: Teils heiter, teils wolkig, aber kaum Niederschlag. Tageshöchsttemperaturen um null Grad Celsius.

Südwestdeutschland: Von Südwesten aufkommende Bewölkung und nachfolgend etwas Schneefall.

Übriges Bundesgebiet: Heiter bis trocken. Temperaturen am Nachmittag um null Grad.

Weitere Aussichten:

Von Westen Bewölkungsverdichtung, nachfolgend leichter Schneefall.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	–2°	Kairo	20°
Bonn	0°	Kopenh.	0°
Dresden	–4°	Las Palmas	19°
Essen	–2°	London	2°
Frankfurt	–1°	Madrid	11°
Hamburg	–1°	Mailand	12°
List/Sylt	–1°	Mallorca	14°
München	–6°	Moskau	–4°
Stuttgart	–6°	Nizza	9°
Algier	10°	Oslo	–5°
Amsterdam	–2°	Paris	0°
Athen	12°	Prag	–5°
Barcelona	11°	Rom	6°
Brüssel	–2°	Stockholm	–3°
Budapest	0°	Tel Aviv	21°
Bukarest	–2°	Tunis	11°
Helsinki	–8°	Wien	–4°
Istanbul	7°	Zürich	–3°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 7.26 Uhr, Untergang: 17.46 Uhr, Mondaufgang: 23.59 Uhr, Untergang 9.37 Uhr.
* In MEZ, zentraler Ort Kassel

Die neue Heimat eines genialen Schwindlers

WERNER THOMAS, Miami

Der Barlovento Club, 14 Kilometer westlich von Havanna, ist der vornehmste Jacht-Verein Kubas. Luxuriöse Boote liegen vor Anker. Das Gelände wird scharf bewacht. Die Wohnungen der Appartement-Häuser *stehen lediglich* Ausländern zur Verfügung. Einer der Mieter soll ein prominenter amerikanischer Flüchtling sein, Robert Vesco, einer der größten Finanzschwindler aller Zeiten. Er, der den Ios-Konzern um 224 Millionen Dollar erleichtert haben *soll, hat nach Ansicht amerikanischer* Ermittlungsbehörden einen neuen Geschäftspartner gefunden: Fidel Castro. Staatsanwalt Jack Wolfe aus dem texanischen Brownsville glaubt, Vescos Spur nach Havanna verfolgen zu können, wo der eingefleischte Kapitalist inzwischen ständig lebt.

Mit großer Wahrscheinlichkeit hilft Vesco der Revolution, indem er ihr illegal amerikanische Technologie verschafft. Da Washington Kuba weiterhin mit einem Handelsembargo straft, bleiben die Kubaner vom Zugang vieler technischer Errungenschaften ausgeschlossen.

Staatsanwalt Wolfe ermittelte ein Aktionsfeld Vescos: Er wollte der Zuckerinsel das in den USA entwickelte „pelletizaion"-System verschaffen, das sie unabhängiger machen würde von sowjetischen Öllieferungen. Das System ermöglicht die Verwendung der getrockneten und zu Kugeln gepreßten Zuckerrohrfasern als Brennstoff für Kraftwerke. Herminio Garcia Lazo, Vizepräsident der *kubanischen Planungsbehörde*, erinnerte an eine Studie, wonach man mindestens eine Million Tonnen Öl im Jahr sparen könnte, fast ein Zehntel des Bedarfs.



Robert Vesco: Vom Nixon-Freund zum Castro-Kompagnon. FOTO: CAMERA PRESS

Die Verbindungen zwischen Castro und Vesco entdeckte Wolf, als im vergangenen Jahr in Harlingen (US-Bundesstaat Texas) zwei Mexikaner und ein Kanadier festgenommen wurden, die „pelletization"-Ausrüstungen auf ein *Flugzeug verladen* wollten. Die Geräte sollten via Mexiko nach Kuba gebracht werden. Robert Vesco hinterlegte prompt (Wolfe: „innerhalb von zwei Tagen") die Kautionssumme von insgesamt 300 000 Dollar. Der Kanadier und ei*ner der Mexikaner* flohen, der andere wurde inzwischen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Vesco hat sich seit seiner Flucht Anfang der siebziger Jahre immer im karibischen Raum aufgehalten. Die meiste Zeit verbrachte der ehemalige Nixon-Freund in Costa Rica und den Bahamas, wo sein Name zuletzt bei einem Skandal eine Rolle spielt, der durchaus noch zum Sturz der Regierung führen könnte.

Einer der Zeugen brachte Vesco und den Sport- und Jugendminister Kendal Nottage, einen Protege des Premiers Landon Pindling, mit gemeinsamen Kokain-Geschäften in Verbindung. Die USA verdächtigen Pindling und Nottage ohnehin, von Vesco Geld kassiert zu haben, damit er dort seine Rauschgift-Operationen abwickeln konnte. Pindling konterte aber damit, daß Vesco 1980 ausgewiesen worden sei.

Zwar liegen bisher keine Meldungen vor, daß Robert Vesco auch von Kuba aus mit Rauschgift handelt, die Amerikaner beschuldigen aber die Castro-Regierung seit langem solcher Aktivitäten.

Havanna weist diese und andere, auch von *Präsident Reagan* erhobenen, Vorwürfe zurück. Ahnungslosigkeit ist bei den Kubanern auch Triumph, wenn der Name des genialen Schwindlers fällt. Ricardo Alarcon, der stellvertretende kubanische Außenminister, versicherte Anfang dieses Jahres treuherzig: „Vesco? – Ich weiß absolut nichts über ihn." (SAD)

ZU GUTER LETZT

Eine frankophile Lady rief in London einen Kohlenhändler an: „Liefern Sie eine Tonne Kohle, s'il vous plait." Worauf der schlagfertige Mann fragte: „Wünschen Sie die Lieferung à la carte oder cul de sac?"